

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Ausschluss für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr
Bekannt für die festgesetzte Kolonisation oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerbliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zur Wiedereröffnung des bayerischen Landtages.

Am 12. August wurde der bayerische Landtag verlagert. Mit dem 28. September beginnt die neue parlamentarische Session.

Bayern nimmt nach seiner wirtschafts- und geistespolitischen Entwicklung in der Reihe der größeren deutschen Bundesstaaten eine Ausnahmestellung ein. Zum ersten ist es, als Ganzes genommen, am spätesten von der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts erfasst worden. Zum andern besitzt in ihm die katholische Bevölkerung mit 71 Proz. ein sehr bedeutendes Übergewicht über die evangelische.

Die wirtschaftliche Struktur, die trotz rascher industrieller Fortschritte der letzten Jahrzehnte heute noch stark agrarisches Gepräge trägt und das numerische Übergewicht des Katholizismus, der unter einem leicht modernen Ueberzug die mittelalterliche, kulturhemmende Tendenz sehr gut bewahrt hat: diese beiden Faktoren bestimmen den Grundcharakter der bayerischen Politik und bilden die Schlüssel zum Verständnis der politischen Ereignisse.

Die Wirtschaftspolitik ist Agrarpolitik und die herrschende Partei des Zentrums ist Agrarpartei. Selbst die Liberalen, sonst die Vertreter des Industriekapitals, wurden von der starken agrarischen Strömung in Land und Parlament vollständig mitgerissen. Sie machen aus Geschäftsnähe und Konkurrenzrücksichten selbst die stärksten Uebertreibungen in der Wirtschaftspolitik des Zentrums unbedenklich mit. Die Geistespolitik trägt liberal-ultramontanen, realitätsfremden Charakter. Sie gründet sich auf das konfessionelle Bewußtsein des bayerischen Volkes. Die Uebermacht eines durchweg konservativen Katholizismus in Verbindung mit dem stark agrarischen Charakter großer Gebietsteile erklärt die Vorkerschaft des Zentrums und die Rückschläge des Landes und Volkes — mit Ausnahme der wenigen Großstädte — auf dem Gebiete der Geisteskultur. Dieses Zurückbleiben hinter der kulturellen Entwicklung macht sich weniger bemerkbar in den „oberen“ Regionen, wo die liberalen Traditionen noch nicht ganz verblüht sind, als vielmehr in den breiten Massen des Volkes, die nur auf die Volksschulbildung angewiesen sind.

In den letzten Jahrzehnten wurde auch Bayern von der industriellen Entwicklung stark ergriffen und dadurch eine Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zustände herbeigeführt. Das gewerbliche Proletariat entstand und mit seiner Entstehung war die Vorbedingung für das Werden und Wachstum der Sozialdemokratie gegeben. 1893 schickte das fränkische Industriezentrum Nürnberg zum ersten Male Sozialdemokraten als Vertreter in den bayerischen Landtag. Das agrarische Proletariat war lange Zeit für unsere Partei unerschließbar. Die letzten Jahre haben auch hierin für manche Gegenden wenigstens eine Aenderung gebracht. Der zehnjährige Beweis für diese Behauptung liegt in dem Ergebnis der Reichstags- und Landtagswahl in dem pfälzischen Wahlkreis Neustadt a. S. Das Vordringen der Industrie auf das Land, begünstigt durch bessere Verkehrsverhältnisse, die auch dem Arbeiter der Fabrikstadt das Wohnen auf dem Dorfe ermöglichen, bereiten die Verlagerung heute noch stark agrarischer Gebiete durch die Sozialdemokratie vor.

In früheren Jahren haben nur Liberale und Zentrum um die Vorkerschaft in Bayern gekämpft. Die Bevölkerung stand in ihrer Mehrheit schon damals auf der Seite des Zentrums. Ganz allein durch eine ungerechte Wahlkreisverteilung, die halbliberale Minister trafen, in Verbindung mit einem indirekten Wahlsystem, konnte die parlamentarische Macht der Liberalen künstlich erhalten werden. Daher kam es auch, daß die auf so undemokratische Art entstandene Landtagsmehrheit es nie zu einer energiegelichen liberalen Aktion gebracht hat.

Durch die Wahl des Jahres 1907, die auf der Grundlage des direkten Wahlrechts und einer gerechteren Wahlkreisverteilung stattfand, kam die wirtschafts- und geistespolitische Grundstimmung des Volkes auch im Parlament richtiger zum Ausdruck. Ein übermächtiges, im ganzen geschlossenes Zentrum beherrschte mit Dreifünftelmehrheit alle politischen Positionen. Die Liberalen sind zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken, die noch weniger in der Zahl als vielmehr in ihrer parlamentarischen Aktionsunfähigkeit zum Ausdruck kommt. In weit besserer Lage befindet sich die Sozialdemokratie, obwohl sie zahlenmäßig noch etwas schwächer als der Liberalismus ist. Sie ist arbeitstreu und arbeitstüchtig und besitzt die unverwundliche Energie und unzerstörbare Ueberzeugungskraft der Weltensünder und Weltverbesserer. Auf dem mächtigen Sozialdemokratischen Parteipfeiler Deutschlands erhebt sich die bayerische Sozialdemokratie höher und bedeutungsvoller als die Vertreterzahl im Landtage bedingen würde. Die Sozialdemokratie ist stark, denn sie hat noch Ideale und den Glauben an die Zukunft zu erobern.

Die wichtigste Aufgabe des bayerischen Landtages in der beginnenden Session ist die Regelung der Finanzen. Wie das Deutsche Reich, so sind auch die Bundesstaaten in finanziellen Nöten. Die Ausgaben für Abfertigungszwecke und die Beamtenaufbesserungen fordern eine Erhöhung der ständigen Einnahmen durch Verschließung neuer Steuerquellen oder besserer Erbohrung der vorhandenen. Bayern verbindet mit einer Vermehrung seiner Einnahmen eine teilweise Umgestaltung und Modernisierung seines bisherigen, total veralteten Steuerrechts. Mit dem Worte „Steuerreform“ soll dem Volke die Steuervermehrung etwas schmack-

hafter gemacht werden. Die Erledigung dieser Steuerreform drängt umso mehr, als voraussichtlich das vorzulegende Budget ohne Steuererhöhung nicht zu bilanzieren ist.

Sodann werden wohl die ersten Regierungsvorlagen über die Ruhbarmachung der Wasserkrafts und Elektrifizierung der Bahnen an den Landtag gelangen. Diese wirtschaftlich und finanziell für den bayerischen Staat bedeutungsvolle Angelegenheit wird unserer Partei aufs neue Gelegenheit geben, dafür einzutreten, daß die Ausnutzung der Wasserkrafts nicht dem Privatkapital überantwortet wird.

Ähnlich dem Beamtengehalt aus dem Vorjahre, das die rechtlichen und finanziellen Verhältnisse der Staatsbeamten geregelt hat, erwartet der Landtag eine Vorlage der Regierung für die Gemeindebeamten. Die sozialdemokratische Partei wird dabei den Beamten soweit als möglich entgegenkommen, doch auch scharf darauf sehen, daß durch dieses Gesetz die Rechte der gemeindlichen Selbstverwaltung nicht beeinträchtigt werden.

Während die Vierkriege in den anderen Teilen des Deutschen Reiches vielfach durch Kapitulation der Brauer oder durch förmliche Friedensverträge zwischen Produzenten und Konsumenten beendet sind, stehen sie in Bayern noch bevor. Die Staatsregierung beschäftigt nicht nur den durch die Reichssteuer bedingten höheren Betrag, sondern noch etwas mehr herauszuschlagen. Es kann interessant werden, wenn das bayerische Zentrum sich notgedrungen der heißen Arbeit unterzieht, dem bayerischen Volke sein nach Steinbel wichtigstes und unentbehrlichstes Nahrungsmittel zu verteuern.

Als Uebertrag aus der vorigen Session wird dem Landtage auch die neue Kirchengemeindeordnung wieder vorgelegt werden. Ob auch das so nötige und so lange verprochene sechste Bildungsjahr für die Volksschullehre endlich kommt, ist noch ministerielles Geheimnis.

Alles in allem: Der bayerische Landtag hat ein wichtiges, umfangreiches Pensum zu erledigen und der sozialdemokratischen Fraktion wartet eine Menge parlamentarischer Arbeit.

Zum Wahlkampf.

Gegen Reaktion und Steuerdruck

leitartikel ein liberaler Geistlicher in der „Morgenpost“. Er kommt zu dem wunderbaren Schluß, daß sich beide am besten durch die Beteiligung an den — Kirchenwahlen bekämpfen ließen. Als ob Reaktion und Steuerdruck durch die Wahl von liberalen Mannesgelehrten bekämpft werden könnten. So etwas kann angeht die der verflochtenen Reichsfinanzkommission nur ein Pfarrer behaupten, dessen Witz nur von der Kanzel bis zur Dregel reichen.

Ganz korrekt gibt der geistliche Herr die Zahlen an, daß in Berlin 1881 die Kirchensteuern insgesamt 146 200 M. — 3 Proz. der Staatseinkommensteuer betragen. 1890/91 dagegen schon 750 000 M. — 10 Proz. und 1909/10 fünf Millionen, einhundertvierzigtausend Mark, also zwanzig Prozent der Staatseinkommensteuer. Ja, der liberale Geistliche hat auch recht, wenn er darauf hinweist, daß die Kirchensteuer in aller nächster Zeit wiederum erhöht werden möchte, um den gestiegenen Anforderungen zu genügen. Daran wird aber auch der „nutzlose“ Kirchenliberale nichts ändern, selbst wenn man ein solches Exemplar entdeckte und in den Kirchenrat hineinwühlte.

Es ist aber nur das eingetroffen, was die Sozialdemokraten in der preussischen Duma bei der Beratung des Gesetzes über Erhöhung der Pfarrergehälter voransagten. Haben aber die liberalen Mannesgelehrten damals auch nur den allergeringsten Widerstand der Bewilligung von weiteren 12 1/2 Millionen Staatszuschuß pro Jahr entgegengesetzt? Im Gegenteil, über den Antrag der vermurdeten preussischen Regierung hinaus hat man die Summe auf nahezu 15 Millionen erhöht. Dabei war aber noch die Vorbedingung, daß die Kirchengemeinde das zur Durchführung der Erhöhung der Pfarrergehälter Fehleude (etwa zwei Drittel) durch Umlagen aufbringen müßten! Daß die Kirchensteuern ins Unermessliche wachsen würden, das hat der Redner der Sozialdemokratie, Genosse Hoffmann, schon am 30. Oktober 1908 vorausgesagt.

Bei den weiteren Beratungen dieses Gesetzes, nachdem der Versuch, die Sozialdemokratie mundtot zu machen, so jämmerlich verunglückte, hat der Redner der Sozialdemokratie von der Regierung einen Nachweis über die Höhe der Pfarrergehälter gefordert. Er hatte verlangt, daß ein Höchstgehalt festgesetzt wird und die Summen, die ins Unglaubliche darüber hinausgehen, gestrichen und zur Aufbesserung der niedrigen Pfarrergehälter verwendet werden.

Wo waren denn da die „liberalen“ Kämpfer gegen Reaktion und Steuerdruck?

Sie stimmten einem Gesetz zu, dessen selbstverständliche Folgen jetzt durch „radikale Kirchenwahlen“ bekämpft werden sollen! In der Tat, wenn die Sache nicht zu ernst wäre, sie wäre zum Lachen! Als ob es nicht die liberalen „Größen“ Schepp und Wiemer gewesen wären, die darüber heulmeierten, daß Hoffmann keine Glacéhandschuhe trug, als er zupackte und die Dinge beim richtigen Namen nannte!

Antliche Wahlmasche.

In einem Artikel zum Prozeß Schädling gibt Herr v. Gerlach aus dem Schatze seiner persönlichen Erfahrung eine Reihe von Vorgelegen für die Standalöse Art, wie von Amts wegen Wahlmasche betrieben wird. Er erzählt:

„Längere Zeit gehörte ich dem Kreise Herzogtum Lauenburg an. Dort spielte sich ein folgender Vorgang ab: der Kreis war im Reichstag und Landtag durch den überaus angesehenen freisinnigen Verling vertreten. Bismarck wütete, daß gerade der Kreis, wo sein Friedrichsruh lag, immer einen Freisinnigen entsandte. Er machte für das „schlechte“ Wahlergebnis den zu „schlappen“ Landrat Grafen Bernstorff verantwortlich. Deshalb schäufte er für diesen Herrn eine Art Sinecure im Kultusministerium und berief zu seinem Nachfolger einen im Verwaltungsfach gänzlich unerfahrenen, aber überaus „schneidigen“ Herrn v. Vennigsen-Förder. Herr v. Vennigsen fabrizierte ein schwindelgeschwollenes Flugblatt gegen Verling, dem darin Brandstiftung und Mißhandlung seiner Mutter nachgesetzt wurden. Die hohen Vorgesetzten tadelten um dieses Flugblatt. Unmittelbar vor der Wahl telegraphierte der Oberpräsident an den Landrat: „Schießen Sie los!“ Daraufhin kam die Schmähschrift zur Verbreitung.

Derselbe Landrat ließ am Wahltag den Führer des Freisinn in Lauenburg a. G. verhaften, weil er auf die Strafe gespuht hatte.

Herr v. Vennigsen wurde in einer Gerichtsverhandlung von der Anklage widerrechtlicher Freiheitsberaubung freigesprochen, weil das Gericht seine Gesetzbekanntnis als so groß erachtete, daß es annahm, ihm habe das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit seiner Handlung gefehlt.

In meiner Regierungsbeamtenzeit fragte ich einen Landrat, warum er denn nicht endlich für die Befestigung eines durch seine Trunkucht Mergernis erregenden Amtsvorstehers Sorge. Antwort: „Ohne den Mann kriegen wir in dieser Ecke des Kreises niemals konservative Wahlen zustande.“

Ich habe einen hohen katholischen Geistlichen gesprochen, der mir erzählte, vor der Stichwahl — es war 1903 — sei bei ihm ein Regierungsrat von der Regierung in A. erschienen, um ihn zu veranlassen, sich für die konservative und gegen die freisinnige Kandidatur ins Zeug zu legen.

Kurz vor einer Landtagswahl in Wiedenkopf reiste ein Schulrat bei den Lehrern herum, um ihre Stimmen für die Kandidatur des konservativen Landrats zu gewinnen.

In meiner konservativen Jugendzeit agitierte ich einmal für einen konservativen Reichstagskandidaten in Niederbarnim. Als ich mich nach einigen Dingen erkundigte, wurde mir gesagt: „Alles Wankenswerte über die Agitation erfahren Sie auf dem Landratsamte. Das ist die Zentrale.“

Vor jeder Wahl finden Korrespondenzen zwischen dem Minister des Innern und den Landräten über die für die einzelnen Kreise aufgestellten Kandidaten statt. Es handelt sich darum, die der Regierung „genehmigten“ Kandidaten festzustellen.

Doch genug! Die Regierung steht den Parteien nicht neutral gegenüber. Sie bekämpft nicht nur von Amts wegen die Sozialdemokraten, die Polen, die Dänen, die Welfen, nein, sie begünstigt offenkundig die Konservativen, hier und da in Westfalen auch die Nationalliberalen. Daß sie bei den Blockwahlen auch einige Freisinnige in ihr Netz geschlossen hatte, ist nicht auf ihre „Neutralität“, sondern nur auf ihre Ueberzeugung zurückzuführen, daß diese Freisinnigen sich ausreichend nach rechts entwickelt hätten.

Wir haben eine Parteiregierung. Aber diese reaktionäre Regierung arbeitet mit der Fiktion, daß sie über den Parteien stehe. Das prägt unseren öffentlichen Verhältnissen einen Charakter von Unwahrscheinlichkeit auf, der vielleicht der ärgste Fluch unserer inneren Politik ist.

Bekanntlich wurden die vier Berliner Mandate auch wegen angeblichen Terrors durch die Sozialdemokratie kassiert. Gerlachs Ausführungen beweisen, daß nicht nur die bürgerlichen Parteien im Terror die Sozialdemokratie weit übertreffen, sondern daß auch die Regierung jede Art der unerhörtesten Wahlmasche für erlaubt hält!

Keine Vertuschung.

Eines der wichtigsten Mittel, dessen sich Fürst Bülows meisterlich zu bedienen suchte, um sich an der Macht zu behaupten, war die Beherrschung der Presse. Es gelang ihm dies um so leichter, als die „parteilose“ Generalanzeigerpresse, die für Informationen jeder Regierung zu dienen bereit ist, immer mehr an Verbreitung gewonnen hatte und auch die liberale Presse stets geneigt war, sich für eine rechtzeitige Auskunft erkenntlich zu erweisen. Auch bei der liberalen Presse überwiegt ja der Geschäftspunkt den politischen, und meistens ist die politische Ueberzeugung ihrer Redakteure nicht so fest, um nicht Liebendwürdigkeiten zugänglich zu sein. Während bei den konservativen und liberalen Blättern die künstliche Bülows nicht versingen, und diese Wähler in ihrer politischen Haltung von der Regierung unabhängig blieben, weil hinter ihnen ge-

schlossene Parteien mit festen politischen Zielen stehen, ist die liberale Presse nachgerade völlig hilflos geworden. Und jetzt scheinen die mehr oder weniger feuilletonistisch begabten Herren, die dort Politik machen, dem gestürzten Feuilletonisten erst recht Treue bewahren zu wollen und noch auf diese romantische Regung, die sie vielleicht gar nicht bei sich zu finden hofften, stolz sein zu wollen.

Die Privatgeföhle dieser Herren würden uns nun weiter nichts angehen, würden sie dabei nicht ihre Pflicht gröblich vernachlässigen und an der Vertuschung einer Angelegenheit mit allen Mitteln arbeiten, über die die Wahrheit zu erfahren, ein eminentes Interesse des deutschen Volkes ist. Die liberale Presse sucht die Enthüllungen der Merkale und konservativen Organe über die Novemberereignisse als politisch bedeutungsloses Kullissenereignis hinzustellen. Eine Diskussion über die Novemberereignisse sei ja gar nicht nötig, denn es sei ja schon damals alles amtlich aufgeklärt worden. Nur daß eben gerade die Frage zu entscheiden ist, ob jene amtliche Aufklärung nicht eben eitel Lug und Trug gewesen ist und ob das deutsche Volk und vor allem seine Vertretung, die damals über die auswärtige Politik des Kanzlers zu Gericht sah, nicht bewußt irreführt worden ist, um einen Freispruch zu erlangen, der nie zu erzielen gewesen wäre, wenn der Reichstag die Wahrheit gekannt hätte. Fürst Bülow hat ausdrücklich in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ erklärt, daß er der Veröffentlichung widersprechen hätte, wenn er das Interview gelesen hätte, und er hat im Reichstage hinzugefügt, daß der Kaiser sich auch in seinen Privatgesprächen diejenige Zurückhaltung auferlegen müsse, die für eine einheitliche Politik und die Aufrechterhaltung der Autorität der Krone unerlässlich sei. Jetzt behauptet aber die „Kreuz-Z.“ und mit ihr andere liberale und konservative Blätter, Fürst Bülow habe diese Privatgespräche gekannt und gebilligt, und er habe die Publikation des Interviews selbst veranlaßt. Ist dies aber wahr, dann hätte der Kanzler den Reichstag und das deutsche Volk in der unglücklichsten Weise belogen, dann wäre mit der deutschen Volksvertretung Schindluder getrieben worden! Oder aber die Sache ist nicht wahr, die konservativen Behauptungen sind erlogen, dann muß auch dieses festgesetzt werden können, damit man die Konservativen für die Perfidie einer solchen Kampfesweise verantwortlich machen kann.

Wir haben schon erklärt, daß für die Behauptungen der „Kreuz-Z.“ eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht. Aber Wahrscheinlichkeit genügt in diesem Falle nicht. Wir verlangen Gewissheit. Hätte der Deutsche Reichstag nur einen Teil jenes Machtbewußtseins, das das französische, englische oder auch nur das österreichische Parlament besitzen, er müßte die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangen, die endlich Licht in das Dunkel jener Vorgänge bringen würde. Zunächst aber wird sich die Regierung wohl entschließen müssen, zu erklären, was an den Behauptungen der Konservativen wahr ist oder nicht. Das Schweigen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ zu diesen diffamierenden Beschuldigungen gegen den früheren Kanzler müssen den Verdacht stärken, daß jene amtlichen Erklärungen keineswegs den wahren Sachverhalt darlegten. Oder soll man annehmen, daß die Regierung des Herrn v. Bethmann-Sollweg nicht den Mut findet, Verleumdungen entgegenzutreten, wenn die Verleumdungen aus dem konservativen Lager kommen? Wenn die Regierung hofft, daß der Vertuschungsfeldzug der liberalen Presse Erfolg haben wird, so wird sie sich täuschen. Diese Dinge werden aus der politischen Diskussion jetzt nicht mehr verschwinden und die Regierung hat die Pflicht, endlich die verlangte Auskunft zu geben.

Der zerfallende Nationalliberalismus.

Am Sonntag tagte in Darmstadt ein Landesparteitag der hessischen Nationalliberalen unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit. Er sollte eine klare Scheidung zwischen der Partei und den aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausgeschiedenen Abgeordneten Herrn v. Hehl und Graf Oriola bringen. Hat sie aber nicht gebracht, weil den tapferen Nationalliberalen im letzten Moment der Mut fehlte, den Druck herbeizuführen, weil sie sich von den lächerlichen Elementen und ihrer Organisation, dem Bund der Landwirte, schon viel zu abhängig fühlten, um den Kampf gegen die Hehl und Oriola aufzunehmen.

Der Vorsitzende Abg. Osann eröffnete die Tagung mit der Mahnung, nichts von den Verhandlungen in die Öffentlichkeit zu bringen. In seinem Referat behandelte er besonders die Haltung der nationalliberalen Fraktion in der Frage der Erbschaftsteuer. Um die Stärke der Partei nach außen zu dokumentieren und um ein einheitliches Votum zu erzielen, war ein Zwang auf die Fraktionsmitglieder notwendig, damit nicht dissentierende die Stohkraft der Partei schwächen konnten. Der Zwang ging dahin, keine nationalliberale Stimme gegen die Erbschaftsteuer abzugeben. Diese Form wurde gewählt, um es den Abg. Lehmann, Oriola und Hehl zu Herzen heim zu ermöglichen, in der Fraktion zu bleiben. Sie hatten sonach nur nötig, sich bei der Abstimmung von Berlin fernzuhalten.

Die Erregung über die Ablehnung der Erbschaftsteuer veranlaßte die Fraktion, dem Abg. Oriola mitzuteilen, daß er der Budgetkommission nicht mehr angehören und es wünschenswert sei, wenn er in der nächsten Zeit überhaupt nicht im Reichstage erscheine. Redner, der persönlich gegen den Fraktionszwang gewesen ist, bedauert sodann lebhaft die Art, wie Hehl in Worms gegen die Fraktion aufgetreten ist (lebhaft Zustimmung), und insbesondere den Parteiführer Wassermann angegriffen hat. Ramentisch aber auch, weil diese Redensarten bei der Reichstagswahl in Sachsen gegen die nationalliberale Partei ausgespielt wurde. (Lebhaftes Hül! hört!) Dr. Osann warnte die Jungliberalen vor den verführerischen Tönen der Freisinnigen, denn diesen werden die Nationalliberalen niemals liberal genug sein. Die maßvoll erdringende Sozialdemokratie bringt uns schwere Stunden, deshalb müssen wir die richtigen Entschlüsse fassen. (Lebhafter Beifall.)

Aus der Rede des Frh. v. Hehl ist besonders die folgende Stelle hervorzuhoben:

Der Reichstagssekretär v. Sydow habe das mobile Kapital schonen wollen. Die Fraktion hätte sich nicht durch eine traurige Regierung von der Vermögenssteuer abbringen lassen sollen. Wenn die Parteimitglieder wüßten, welche Rolle die Kreditpolitik im Reichstage spielt und wie so manche an die Interessen der Wärfen angeschlossen sind, würden sie hier anderer Meinung sein. Ich bin ganz genau unterrichtet, daß Wassermann sehr intus mit Bülow verkehrt und daß Bülows Entlassung schon im November stattfand, er suchte sich jedoch nur einen guten Abgang zu verschaffen. Bülow hätte doch nicht den Wünschen der Nationalliberalen und der Freisinnigen in bezug auf das preussische Wahlrecht entsprochen. Allerdings ist ja jetzt die nationalliberale

Fraktion geneigt, für Preußen das Pluralwahlrecht zu akzeptieren. Der Ausweg der neuen Steuerfreiheit war ein gerodeter, denn bei einer Auflösung des Reichstags wären 100 Sozialdemokraten in den Reichstag gekommen. Er sei also nicht in der Lage, sich dem Vertrauensvotum für die Reichstagsfraktion anzuschließen. Trotzdem stehe er auf dem nationalliberalen Programm aus voller Ueberzeugung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Oriola begann mit dem nicht mißzuverstehenden Hinweis, daß er als bisheriger Geschäftsführer der Fraktion in alle großen und kleinen Affären in der Partei eingeweiht sei. Er wandle sich dann eingehend gegen den Fraktionszwang bei der Erbschaftsteuer. Wassermann hätte bei den Fraktionsmitgliedern angefragt über ihre Stellung und wenige Tage vor Pfingsten sagte er mir, es sind immer noch 27 dagegen und 27 dafür. Jetzt soll das auf einmal eine Frage des Liberalismus sein. Ist nur der liberal, der dem Fürsten Bülow in dessen Wandlungsfähigkeit nachfolgt? In einem Privatgespräch habe übrigens Wassermann Hehl gegenüber bemerkt, daß dieser für die ihm gerecht erscheinenden Steuern stimmen könne. Auch viele andere Fraktionsmitglieder waren der Ansicht, dafür zu stimmen. Wäre die Reform nicht zustande gekommen und eine Reichstagsauflösung erfolgt, so hätte das ein allgemeines Fortschreiten der Sozialdemokratie gebracht. Er wolle nicht aus der Schule plaudern, aber merkwürdig bleibe doch, wie gerade die liberalen Blätter nun für Bülow eintraten. Wenn er aus Fraktionsverhandlungen berichten dürfte, dann könnte er von ganz anderen Fällen Mitteilung machen über die Verhöhnung „dieses Fürsten Bülow“ bei den Nationalliberalen.

In der weiteren Diskussion traten fast ebensoviele Anhänger der Reichstagsfraktion wie der Hehl und Oriola auf. Die letzteren warnten davor, die Partei in einen Kampf mit der lächerlichen Bevölkerung zu treiben, während einer von der Gegenseite, der jungliberale Lehrer Schmecher-Worms erklärte, die Herren gehören nicht mehr zu uns. Wir sollen der Lächerlichkeit anheim, wenn wir nicht den Mut finden das zu sagen. In Worms werden notorisch Nationalliberalen nicht mehr Fraktion v. Hehl wählen, so daß bei der zu erwartenden Abweichung von Zentrumswählern in der Stichwahl der Wahlkreis den Sozialdemokraten zufallen wird.

Während einige Redner klare Situation zwischen der nationalliberalen Partei und dem Bund der Landwirte wollten, erklärten andere, so z. B. der Landtagsabgeordnete Roach-Darmstadt: der Ausschluß der Hehl und Oriola werde einen Bruch der heftigen Partei zur Folge haben. Dr. Osann, der noch einmal das Wort nahm, warnte vor Ueberpannung der Gegensätze und insbesondere davor, die Entscheidung über die Frage der weiteren Zugehörigkeit der Hehl und Oriola zur Partei nach Berlin zu überweisen, sonst wäre ein rigoroser Wahlkampf unvermeidlich und Landtagsfraktion und Partei in Hessen stießen auseinander.

Dann wurde mit 70 gegen 80 Stimmen eine Resolution angenommen, worin der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen, die Haltung der Hehl und Oriola und ihr Austritt aus der Fraktion bebauert und Kenntnis davon genommen wird, daß die beiden gleichzeitig mit dem Austritt aus der Fraktion ihre Ämter in den nationalliberalen Organisationen niedergelegt haben.

Zugegen wurde der wichtigste Antrag, die Frage der weiteren Zugehörigkeit der beiden Herren zur nationalliberalen Partei dem Zentralvorstand der Partei in Berlin zu überweisen (was mit einem Antrag auf Ausschließung ziemlich gleichbedeutend gewesen wäre) gegen eine Minderheit abgelehnt!

Die tapferen Jungliberalen halten ihre Resolution, wonach der Austritt aus der Fraktion selbstverständlich auch den Austritt aus der Partei zur Folge habe, zurückgezogen!

So hat sich der hessische Nationalliberalismus also um die Entscheidung herumgedrückt — die Hehl und Oriola dürfen sich weiter Nationalliberalen nennen.

Ein Bild schlimmster Verfälschung und jämmerlichster Angst vor klaren Entscheidungen ist es, was dieser Geheimparteitag der hessischen Nationalliberalen bietet. Daß es in den übrigen Teilen des Reiches besser um ihn steht, ist nicht anzunehmen.

Vom Kampf in Schweden.

Stockholm, 27. September 1909. (Privatbesuche d. „Vorwärts“.) Die vorbereitenden Verhandlungen zwischen den beiden Parteien waren am Freitag beendet. Die offiziellen Vergleichsbeamteten hatten nun die Aufgabe, auf Grund der Verhandlungen einen detaillierten Vergleichsvorschlag anzubereiten. Dieser Vorschlag sollte sowohl die einzelnen Differenzpunkte, die dem jetzigen Kampfe zugrunde liegen, wie auch den von der Regierung gewünschten Entwurf eines Reglements betreffend die Behandlung künftiger Konflikte umfassen. Die Vergleichsbeamteten waren bereits am Sonnabend mit ihrer Arbeit fertig und unterbreiteten dann ihre Vorschläge den Parteien, die sich bis Montag nachmittag drei Uhr entscheiden sollten.

Die Gewerkschaften hatten zu diesem Zwecke eine Konferenz der Verhandlungsvorstände einberufen, die bis heute abend getagt hat. Die Konferenz war indes nicht in der Lage, den vorliegenden Vergleichsvorschlag anzunehmen. Drei Punkte, die sich auf die ursprünglichen Konflikte beziehen, wurden abgelehnt, ebenso das für die Arbeiterorganisationen unannehmbare Reglement zur Behandlung künftiger Konflikte, das lediglich den Intentionen der Unternehmer entspricht.

Stockholm, 27. September. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen werden trotz alledem fortgesetzt. Der Ausgang ist einstweilen unmöglich vorzusehen. Die Vergleichsbeamteten werden wahrscheinlich ihr Möglichstes anbieten, beide Parteien zum Nachgeben zu bewegen.

Gewaltherrschaft oder Staatsbürgerrecht

In einem Zeitraum von 14 Tagen hat die Eisenbahndirektion Berlin 20 Arbeiter aus dem Dienst entlassen. 20 Arbeiter, die zum Teil 5, 10 bis 20 Jahre Kraft und Gesundheit im Dienste des Staates geopfert haben und ihre dienstlichen Obliegenheiten während der ganzen Zeit zur vollen Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten verrichteten; darunter nicht wenige, die wegen ihrer Brauchbarkeit im Dienste zu Vorkämpfern befördert worden waren. Sie wurden entlassen, weil die Eisenbahnverwaltung die Ueberzeugung gewonnen hat, daß sie Mitglieder eines „ordnungsfeindlichen Vereins“, des Deutschen Transportarbeiterverbandes resp. dessen Reichssektion der Eisenbahner sind. Während einige der Entlassenen kein Hehl daraus machen, daß sie der genannten Organisation als Mitglieder angehören, bestreiten andere ganz entschieden, jemals mit dem Verbandsverband etwas zu tun gehabt zu haben. Den letzteren wird es ebensowenig möglich sein, ihre Nichtzugehörigkeit zum Verbandsverband der Eisenbahnverwaltung glaubhaft nachzuweisen, wie es dieser gelingen wird, den gegenteiligen Beweis zu erbringen. Es mag deshalb auch dahingestellt bleiben, ob die Eisenbahnverwaltung einer elenden Denunziation folgte oder ob sie nach eigenem Ermessen eine Anzahl braver Arbeiter herausgriff, um diese mit der Hungerpeitsche zu züchtigen. Worauf es hier ankommt, ist, daß die Eisenbahnverwaltung ihre Macht dazu benutzte, das Recht mit Füßen zu treten. Daß es möglich ist, daß eine Staatsbehörde in so herrlicher Weise, wie hier geschehen, den Arbeitern die Staatsbürgerrechte raubt, daß ist

es, wozu wir Stellung zu nehmen haben. Mehr denn zehn Jahre führte der Verband der Eisenbahner Deutschlands den Kampf um das Koalitionsrecht mit der preussischen und sächsischen Eisenbahnverwaltung und seit dem Anschluß dieses Verbandes an den Deutschen Transportarbeiterverband hat dieser letztere in verstärktem Maße den Kampf des Rechtes gegen die Gewalt zu führen. Immer rücksichtsloser verfolgt die Eisenbahnverwaltung jede freiheitliche Regung des Personals; in ihrem Vorgehen übertrifft sie jeden Scharfmacher. § 2 Absatz 3 der „Gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der Staatseisenbahnverwaltung“ bietet ihr die Handhabe, jeden Arbeiter, der durch irgendwelche Umstände in den Bereich „ordnungsfeindlicher Gesinnung“ gerät, aus dem Dienste zu entfernen. Diese Bestimmung lautet:

Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achtbar und ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen fernzuhalten.

Die Eisenbahnverwaltung hat, wie der Minister v. Breitenbach selbst im Abgeordnetenhaus sagte, ein Ueberwachungs-system eingerichtet, das es ermöglicht, jeden als „ordnungsfeindlich“ Verdächtigen zur Anzeige zu bringen und mit Dienstentlassung zu bestrafen. Ein solches System ist aber geradezu verwerflich, weil es geeignet ist, ein feiges Denunziantentum zu züchten und die große Masse der Eisenbahnarbeiter in ein an Sklaverei grenzendes Arbeitsverhältnis zu bannen.

In einer Verfügung, die die Eisenbahnverwaltung im Anschluß an die Maßregelungen an allen Dienststellen ausschlagen ließ, heißt es:

Wir haben einer Anzahl von Güterbodenarbeitern das Dienstverhältnis aufkündigen müssen, weil sich ihre Zugehörigkeit zu dem Deutschen Transportarbeiterverbande und dessen Reichssektion der Eisenbahner ergeben hat. Der Transportarbeiterverband verfolgt, wie bereits in unserer Bekanntmachung vom 6. Februar 1907 ausgesprochen ist, ordnungsfeindliche Bestrebungen und hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern zu stören. Nach § 2 Abs 3 der Gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstzweige der preussisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung ist die Teilnahme an ordnungsfeindlichen Bestrebungen und Vereinen verboten. Wir vertrauen der Einsicht unserer sämtlichen im Arbeitsverhältnis stehenden Bediensteten, daß sie sich von dem Transportarbeiterverband und ähnlichen ordnungsfeindlichen Organisationen fernhalten, damit wir nicht zu weiteren Entlassungen gezwungen werden.

Obgleich die Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage ist, den Nachweis zu führen, daß von ihr aus dem Dienst entlassene Arbeiter tatsächlich dem Verbandsangehörigen, hat sie doch die Kühnheit, in der Verfügung dies als feststehende Tatsache hinzustellen. Und wenn es in der Verfügung weiter heißt, der Transportarbeiterverband verfolgt ordnungsfeindliche Bestrebungen und er hat sich zum Ziel gesetzt, den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern zu stören, so ist das eine Behauptung, die die Tatsachen direkt auf den Kopf stellt.

Tatsache ist, daß die Arbeiter auf dem Anhalter Güterbahnhof mit Hilfe der Organisation im Laufe der letzten Monate einige der unhaltbarsten Mißstände beseitigt und bedeutende, von der Verwaltung geplante Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse zurückgewiesen haben. An Stelle des ausbeuterischen Prämien-systems wollte die Verwaltung ein Akkordverfahren einführen, das nicht nur der Verwaltung eine noch größere Ausbeutung der Arbeitskraft ermöglichen sollte, sondern das auch die Ausbeutung der Arbeiter durch den Arbeiter zur Folge gehabt hätte. Durch das Eingreifen der Organisation, der Reichssektion der Eisenbahner und ihres Organs, des „Bedruf“, kam diese Verschlechterung nicht zu stande. Die fortgesetzte im „Bedruf“ geübte Kritik an der schlechtesten Arbeitseinteilung, an der überlangen Arbeitszeit, an der Sonntagsarbeit, an der unständlichen und unvorteilhaften Arbeitsmethode und anderem mehr hatte zur Folge, daß die Verwaltung die schlimmsten Mißstände beseitigte. Die Sonntagsarbeit wurde zum großen Teil beseitigt und für den Nacht- oder Spätdienst wurde die adäquante Arbeitszeit eingeführt. Die Mißstände waren derart, daß selbst der Verkehrsinspektor einmal sagte: „Totschänen mühten wir uns, wenn man so etwas hört!“ Aber gebessert wurde nichts. Erst als die Arbeiter sich an den Transportarbeiterverband wendeten und dieser eingriff, erst dann sah sich die Verwaltung genötigt, Abhilfe zu schaffen. Und alles, was an Verbesserungen eingeführt wurde, lag sowohl im Interesse der Verwaltung wie im Interesse der Arbeiter. Nach Einführung der Akkordarbeit im Spätdienst wurde kein Arbeiter mehr gebraucht als vorher, dagegen wurde von drei Vorkämpfern einer entbehrlich. Trotzdem wagt es die Eisenbahnverwaltung, den Transportarbeiterverband als eine ordnungsfeindliche Organisation, die den Frieden zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern stören will, zu bezeichnen und die Arbeiter davor grüßlich zu machen.

Jetzt, nachdem eine Anzahl Arbeiter aufs Straßenspaster getworfen und die übrigen nach der Meinung der Eisenbahnverwaltung genügend eingeschüchtert sind, greift auch sofort die alte Unordnung wieder Platz, die selbstverständlich die größte Unzufriedenheit der Arbeiter im Gefolge haben muß. Im Tagesdienst wird nicht mehr von 7 bis 7 gearbeitet, sondern von 6 bis 8 Uhr, und an den Ladeluken erfolgt keine Ablösung so daß die Arbeiter so lange aushalten müssen, bis alle Fuhrwerke fort sind; erst dann beginnen die Aufräumarbeiten die bis 1/9 Uhr und noch länger dauern. Im Spätdienst, der um 4 Uhr nachmittags beginnen und um 12 Uhr nachts enden soll, wird jetzt wieder, da man mit dem ungeschulten Personal in der Zeit nicht fertig wird, nach einer nächtlichen Pause 4 resp. 1/5 Uhr morgens gearbeitet, und da die Arbeiter um diese Zeit keine Fahrgelegenheit haben, müssen sie auf dem Bahnhof verweilen, bis sie mit dem ersten Zug nach Hause fahren können. So gehen die Arbeiter um 3 Uhr nachmittags zum Spätdienst, um am anderen Morgen um 6 Uhr nach Hause zu kommen. So sieht jetzt die „Ordnung“ aus. Von den neu eingestellten Arbeitern sind viele schon nach dem ersten halben Tage davongelaufen und ältere haben den Dienst freiwillig gekündigt.

Die Eisenbahnverwaltung will „Herr im Hause“ sein; sie betrachtet jeden Arbeiter als willenloses Werkzeug, mit dem sie ganz nach Belieben schalten und walten kann. Sie sucht die Gemahregelungen durch besondere Kennzeichen ihrer Zeugnisse zu schädigen, sucht ihnen die freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft bei der Betriebskrankenkasse zu erschweren oder gar unmöglich zu machen, sie zieht den Entlassenen gemäß dem von ihr selbst erlassenen Statut bis zu 30 Proz. der eingezahlten Gelder zur Arbeiterpensionskasse ab, nimmt überhaupt für sich alle Rechte in Anspruch und verlangt, daß die Arbeiter sich allen ihren Anordnungen fügen sollen. Sie setzt die Verwunderungsmühe auf, wenn ein Arbeiter sich auf Gesetzesbestimmungen beruft. Gibt es wirklich Arbeiter,

die Gesetze kennen? Gibt es denn überhaupt für die Eisenbahnverwaltung ein Gesetz? Sie macht ihre Gesetze selbst und diese enthalten für sie nur Rechte und für die Arbeiter nur Pflichten. Mit dieser Praxis ist sie bisher stets ausgekommen, sie konnte es, weil die Arbeiter geduldig genug waren, es sich gefallen zu lassen. Den freien Gewerkschaften meistens fernstehend, ließen sie sich in politischer Beziehung von den bürgerlichen Parteien ins Schlepptau nehmen oder verhielten sich auch hier indifferent. Darin standen bis in die neuere Zeit hinein die in Berlin und seinen Vororten wohnenden Eisenbahner, einschließlich der in den Eisenbahnwerkstätten beschäftigten gewerblichen Arbeiter, ihren Kollegen in den Provinzstädten und auf dem platten Lande in gar nichts nach. Den in Berlin, Schöneberg, Kisdorf, Stralau-Kummelsburg, Lichtenberg usw. wohnenden Eisenbahnern lieferte mit geringen Ausnahmen die „Morgenpost“ und der „Lokalanzeiger“ die „geistige Nahrung“ und das Stullenpapier. Infolge der unermüdbaren Agitation unserer Genossen fängt es endlich auch in diesen Kreisen an zu dämmern, das Ergebnis der vorigen Landtagswahl läßt das bereits erkennen. Die Aufklärung hat inzwischen weitere Kreise gezogen. Was die Vertreter der Sozialdemokratie im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Eisenbahngesetzes über die Zustände in den Eisenbahnbetrieben und über die Bevormundung der Eisenbahnarbeiter und -Angestellten sagten, ist nicht wirkungslos an diesen vorübergegangen. Waren unsere Abgeordneten doch die einzigen, die den rückständigen, provozierenden Ausführungen des Ministers v. Breitenbach in der Frage des Koalitionsrechts der Eisenbahner entschieden entgegentraten und die Interessen der gleich den Landarbeitern und Dienstboten völlig rechtlosen Arbeitergruppe wahrzunehmen verstanden. Und was die Reden unserer Genossen im Landtage und was die mündliche und schriftliche Agitation nicht zu erwirken vermochte, das hat die Bereitwilligkeit der bürgerlichen Parteien zur Bewilligung indirekter Steuern im Reichstage fertiggebracht. Dazu kommt, noch gerade vor der Landtagswahl in der infolge des schamlosen Mandatsraubes verwaisten vier Wahlkreisen, die Maßregelung des Arbeiterausschusses und der Güterbodenarbeiter auf dem Anhalter Bahnhof. Die Quittung für diese Tat und für alle sonstige an den Arbeitern begangene Ungeheuerlichkeiten wird die Eisenbahnverwaltung bei der bevorstehenden Wahl erhalten. Wir zweifeln nicht daran, daß die Berliner Eisenbahner Mannes genug sind, sich auch durch die öffentliche Stimmabgabe nicht abhalten zu lassen, der Verwaltung zu zeigen, daß sie es fast sind, als Sklaven behandelt zu werden.

Die Eisenbahnverwaltung hat kein Recht, das kann nicht oft genug wiederholt werden, den Arbeitern das Koalitionsrecht vorzuenthalten, ihre darauf gerichteten Verfügungen entbehren jeder gesetzlichen Grundlage und deshalb hat kein Eisenbahner die Verpflichtung, sich danach zu richten. Durch Masseneintritt in die Gewerkschaft sollten die Eisenbahner gegen diese Ungeheuerlichkeiten protestieren, um endlich der Gewalttherrschaft ein Ende zu bereiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September 1903.

Freisinnige Einigungschmerzen.

In München trat am vergangenen Sonntag der aus den Führern der drei freisinnigen Fraktionen, dem Abgeordneten von Payer, Müller-Meinungen, Wiemer und Schrader bestehende Ausschuss der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft zusammen, um über die Verschmelzung der drei Fraktionen zu beraten. Das Ergebnis der Beratung bestand darin, daß man zwar eine engere Fühlungnahme der drei Parteien, namentlich zu Wahlzwecken, für eine „politische Notwendigkeit“ erklärte, zu gleicher Zeit aber eine „überhäufte und unvorbereitete Zusammenschließung“ für „inopportun und für den Bestand der zukünftigen gemeinsamen Partei gefährlich hielt. Man begnügte sich damit, den Wunsch auszudrücken, daß durch den weiteren Ausbau der parlamentarischen linksliberalen Fraktionsgemeinschaft die spätere Vereinigung der drei Gruppen vorbereitet werde. Der Redner der freisinnigen Volkspartei erklärte die Auflösung der freisinnigen Volkspartei und deren Aufgehen in einer neuen Partei für unannehmbar. Wohl aber habe die freisinnige Volkspartei gegen die „bedingungslose Angliederung der beiden kleineren Gruppen an die freisinnige Volkspartei“ nichts einzuwenden. Natürlich fand Herr Müller-Meinungen keine Gegenliebe. Dagegen scheint sein Vorschlag einer taktischen Verständigung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft mit der nationalliberalen Partei die Zustimmung auch der anderen Fraktionshäupter gefunden zu haben.

Das Verhältnis der freisinnigen Parteien zu einander bleibt danach also vollständig das alte. Auch bedeutet die Bereitwilligkeit, mit den Nationalliberalen zusammenzugehen, keineswegs den Rück nach links, den einzelne Optimisten von einer Verschmelzung der drei freisinnigen Parteien erwarteten. Selbst das „Berliner Tageblatt“ warnt vor einem allzu intimen Einfließen mit den Nationalliberalen, die „heute sehr unzuführe Kantonsisten“ seien. Vielmehr müsse der Freisinn erst wieder den „Mut zum Kampfe“ finden und vor allem den „Anschluß nach links“ nicht scheuen. Von diesem Mut war allerdings bei den Verhandlungen des freisinnigen Biererausschusses sehr wenig zu bemerken.

„Staatsbürger-Zeitung“ und Wahrhaftigkeit.

Mäuschenstil ist die „Staatsbürger-Zeitung“ geworden, nachdem sie sich ihren grandiosen Reinfall am Sonnabend geleistet hat. In ihrer Sonntagsummer sagt sie über die angebliche Affäre Hengsbach kein Sterbenswort mehr! Sie unterschlägt also ihren Lesern die Erklärungen Hengsbachs, Seberings und des „Vorwärts“. Sie unterschlägt das alles, nachdem sie ihren Lesern den Richter-Wiegershaushausen Lügenbrief vorgelesen hat, sie unterschlägt selbst die Ankündigung, daß Hengsbach die Verleumder verflagen wird! Ein niederträchtigeres Verfahren, eine gemeinere Unehrlichkeit ist wohl nicht denkbar. Und das spielt sich auf als Wort und Güter deutscher Jugenden, zu denen unseres Erachtens doch wohl auch die Wahrhaftigkeit gehört! Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat sie wohl nicht im Verzeichnis?

Das Schicksal der Strafprozessnovelle.

Offiziell wird mitgeteilt, daß die Entwurfsaufhebung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung dem Reichstage in unveränderter Form wieder vorgelegt werden. Sowohl die reaktionäre Kritik des Reichstages, der gegen die Zurückziehung von Leuten zu den Strafanstalten war, als auch die vorwärtsdrängende des Anwaltstages solle unberücksichtigt bleiben. Im Bundesrat sei keine Meinung, aber die in den Entwurf eingezogenen Grundlinien hinauszuweisen, insbesondere wird die

Forderung der Zurückziehung von Leuten auch in die Verfassungsinanz als ganz aussichtslos bezeichnet. Auch anderen Forderungen der Anwälte werde der Bundesrat auf Grund der Erfahrungen bei gewissen Prozessen nicht stattgeben können. Sollte in der nächsten Session eine Einigung mit dem Reichstage nicht zustande kommen, so werde der Bundesrat in dieser Legislaturperiode voraussichtlich auf die Entwurfsaufhebung nicht mehr zurückkommen, sondern sie zurückstellen bis zur nächsten Legislaturperiode, für die bereits im Sommer oder Herbst 1911 gewählt werden wird. Die letzte Session vor den Neuwahlen — diesmal die Session 1910/11 — stehe schon im Zeichen der Wahlbewegung und eigne sich daher nicht zum Abschluß großer, vielumstrittener Gesetzgebungswerke. Sollte der Reichstag also Verbesserungen wollen, so soll er mit der Vertagung der Reform auf längere Zeit gestraft werden.

Ein Herz, eine Seele.

Bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Halle a. d. S. werden die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie in voller Geschlossenheit gegenüberstehen. Nachdem die Konservativen sich bereits für die freisinnige Kandidatur erklärt haben, hat nunmehr auch der Bund der Landwirte und die Mittelstandsvereinsung beschlossen, mit aller Energie für den freisinnigen einzutreten, um einen Sieg der Sozialdemokraten zu verhindern!

Gemütlich erledigt.

Für das gute Einverständnis, das im Deutschen Reich zwischen der Regierung und den Herren Kapitalisten besteht, zeugt folgende Mitteilung der „Adm. Zig.“:

Die Verhandlungen wegen der vor Eintritt der Steuerpflicht von einer großen Anzahl von Aktiengesellschaften vorzeitig ausgegebenen Talons haben teilweise zu einem Ergebnis geführt. In einer auf dem Reichstagsamt abgehaltenen Konferenz, an der fünfzehn Vertreter der zum Teil in Betracht kommenden Gesellschaften teilnahmen, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die einmal ausgegebenen Talons nicht zurückgezogen zu werden brauchen und daß die betreffenden Steuerquoten für sie an denjenigen Terminen zu zahlen sind, an denen sie sonst gewohnheitsmäßig zu zahlen gewesen wären. Den Emittenten erwächst daraus der Vorteil, daß sie die einmal ausgegebenen Talons nicht wieder einzuziehen brauchen. Da viele der neu ausgegebenen Talons auf eine ungewöhnlich lange Zeitdauer, bis zu etwa 50 Jahren, ausgestellt waren, so brauchen sie diese Talons nicht auf einmal abzustempeln zu lassen, sondern können die Steuer in bestimmt vorgesehener Zeitabschnitten zahlen und haben sie somit nicht sofort zu entrichten. Die Steuerkasse kommt auf diese Weise zu dem von ihr beanspruchten Gelde, und die Gesellschaften, die vorzeitig Talons ausgegeben hatten, erleiden aus dieser vorzeitigen Ausgabe keine Schädigung. Zwischen dem Reichstagsamt und der Mehrheit der Aktiengesellschaften ist ein sich in diesem Rahmen bewegendes Abkommen unterzeichnet worden, zu dem den noch zurückhaltenden Gesellschaften der Beitritt freigelassen ist. Es wird angenommen, daß auch diese dem Abkommen beitreten werden. In diesem Falle wird die Angelegenheit damit erledigt sein; sollten aber Gesellschaften nicht darauf eingehen, so wird dem Reichstag eine Gesetzesnovelle vorgelegt werden, deren Bestimmungen dann für die außerhalb des Abkommens stehenden Gesellschaften in Wirksamkeit treten würden.

Es ist recht charakteristisch für die heutigen Regierungsverhältnisse, daß die Frage, ob die vor dem 1. August vorzeitig ausgegebenen Dividendencheine steuerfrei sind, nicht auf richterlichem oder gesetzlichem Wege ausgeklügelt wird, sondern durch eine gemüthliche Aussprache zwischen den Vertretern des Reichstagsamtes und der Aktiengesellschaften.

Kampf um Domänenüberschüsse.

Die bevorstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Meiningen haben die für das Herzogtum so überaus wichtige Domänenfrage in den Vordergrund der Wahlbewegung gestellt. Da über das Domänengeschäft in weitesten Kreisen noch völlige Unkenntnis herrscht, verfaßte der Landtagsabgeordnete Genosse Hofmann im Auftrage der sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine Schrift, die die ganze Entwicklung der Domänenfrage an Hand urkundlicher Feststellungen darlegt und den Standpunkt unserer Partei dazu präzisiert. Der Streit um den Domänenbesitz und um die Domänenverwertung ist so alt wie die seit 1824 in Meiningen bestehende „Verfassung“, die die damalige Regierung gewähren mußte, weil sie sich vor Schulden nicht mehr retten konnte. In einer langen Reihe von Jahren kämpften nun Fürst und Landtag sowohl um den Domänenbesitz als auch um die Überschüsse. Eine Reihe von Domänengeschäften kam zustande, von denen immer das eine die Bestimmungen des anderen umwarf, einmal zugunsten des Herzogs, das anderemal zugunsten des Landes, je nach der politischen Situation und Zusammenfügung der Landtage. Das für das Land günstigste Domänengeschäft war das vom 12. März 1848, wonach zwei Drittel des Domänenüberschusses in die Landeskasse, ein Drittel dem Herzog zuzuführen sollte, der das Geld im Interesse des Staatswohles verwenden sollte. Der Herzog gab in einem Manifest die Versicherung, daß die ausschließliche Verwendung aller Domänenüberschüsse zu Landeszwecken für immer sichergestellt sei, und veranlaßte auch den jetzigen Herzog zur Anerkennung des Gesetzes. Am 23. Mai 1849 wurde ein Domänengeschäft angenommen, in dem das Domänenvermögen als Staatsgut anerkannt und dem Herzog nur seine Privatvermögensanteile zuerkannt wurden. Nach dem letzten, jetzt geltenden Gesetz hat der Hof jährlich 394 000 M. und die Hälfte der Überschüsse zu beanspruchen. Die Veranlagung dieser beiden recht wenig verbreiteten Feststellungen ist dem Herzog und der Regierung sehr un bequem, und die bürgerliche Presse wird offiziell mit Nachrichten traktiert, die bestreiten, daß der jetzige Herzog 1848 sein Versprechen für immer gegeben habe, trotzdem der klare Wortlaut des Gesetzes vom 12. März 1848 das deutlich besagt. Unsere Genossen verlangen, daß vom Ueberschuss ein größerer Teil als jetzt in die Landeskasse abgeführt wird, da der Anteil des Hofes von 122 118 M. im Jahre 1867 auf mehr als 800 000 M. in den letzten Jahren gestiegen ist. Auch in bezug auf den Domänenbesitz macht sich eine durchgreifende Reform nötig, die aber die bürgerliche Landtagsmajorität am 10. November 1903 mit der Begründung ablehnte, für sie sei die Domänenfrage erledigt, trotzdem man an der historischen Feststellung der Frage sieht, wie unmaßstäblich der Anspruch des Herzoglichen Hauses auf das Domänenvermögen sowie auf die Domänenverwertung im Grunde genommen ist, was auch daraus hervorgeht, daß 1867 das als Schiedsgericht angerufene Oberappellationsgericht Dresden zu keinem Spruch kommen konnte, erstens wegen der schwierigen Materie, zweitens wegen des fast vollständigen Fehlens von rechtsgültigen Besitztiteln. Unsere Genossen aber werden nicht eher ruhen, bis die Angelegenheit auf eine für das Land und die Bevölkerung annehmbare Weise erledigt ist.

England.

Die Krise des Etats.

London, 25. September. (Eig. Ber.) Je näher England dem Zeitpunkt ist, an dem das Schicksal des Etats entschieden wird, desto größer wird die innerpolitische Spannung. Fast allgemein ist heute die Ansicht, daß die Lords dem State Chamberlains folgen und den Etat verwerfen werden. Eine derartige Maßnahme würde die Auflösung des Parlaments und die Ausschiebung der Neuwahlen bedeuten. Auch der Gegenstand des Wahlkampfes ist bereits gegeben. Für die Liberalen bedeutet er: Unterhaus gegen Oberhaus. Für die Konservativen heißt er: Tarifreform gegen Sozialismus.

Allem Anscheine nach gibt es unter den Konservativen und den Lords eine kleine gemäßigtere Minderheit, die gegen die Aufnahme des Kampfes ist. Sie ist der Ansicht, der Etat sei so schädlich, daß dessen Wirkungen große Erbitterung in weiten Kreisen hervorrufen und zum Sturze der Liberalen führen müssen. Die Lords sollen deshalb dem bisherigen konstitutionellen Gebrauch folgen und den Etat passieren lassen, ohne indes irgendwelche Verantwortlichkeit zu übernehmen, ja, sie sollen ausdrücklich jede Verantwortlichkeit ablehnen. Allen die Mehrheit der Konservativen und der Lords wollen von dieser Lattit nichts wissen. Sie sagen: ist der Etat so schlecht, so ist es die Pflicht der Lords, ihn abzulehnen.

Die Kommissionsberatung des Etats wird nächsten Donnerstag zu Ende sein. Anfang Oktober wird der Kommissionsbericht — in England nennt man ihn report stage — entgegen genommen, wobei es wahrscheinlich zu weiteren Debatten kommen wird. Gegen Mitte Oktober dürfte die dritte Lesung erfolgen, worauf der Etat an die Lords abgeht. Gegen Ende Oktober wird das Schicksal des Etats entschieden sein. Jedoch wird allgemein angenommen, daß Neuwahlen vor Januar 1910 nicht zu erwarten sind.

Aus der heutigen Presse darf man entnehmen, daß der Wahlkampf bereits eingeleitet ist.

Einen merkwürdigen Zeitartikel bringt heute die sozialliberale Wochenrevue „The Nation“, die als das Organ Lloyd Georges und Winston Churchills gelten darf. Der Artikel behandelt vorerst die dem Etat zugrunde liegende wirtschaftspolitische Frage und übergeht sodann zur konstitutionellen Frage, die so außerordentlich groß ist, daß sie alle Bedingungen unserer Politik verandert. Der Ministerpräsident sagte das richtige Wort auf richtige Weise in seiner kraftvollen Rede in Bingley Hall (Birmingham), doch wenn die Lords an den Etat rühren, so wecken sie die Revolution, denn in Finanzsachen sind die Lords machtlos, die Gemeinden aber selbstherrlich. Kann jemand dies bestreiten? Verwerfen die Lords den Etat, so wird man sehen, wo das Recht ist. Wird es notwendig werden, noch einmal dieses Recht zu bekräftigen, so wird das politische England in neuer Form aus diesem Kampfe hervorgehen. Ein entschlossener Krieg wird eröffnet werden; und wären wir nicht sicher, daß wir siegen und den Usurpator niederschlagen werden, . . . so würden wir sagen, daß die Regierung König Edwards bestimmt sei, eine der stürmischsten in unserer Geschichte zu werden.

Die liberale Partei ist im großen ganzen einig. Kleine Abspaltungen werden wohl vorkommen, sie werden indes die Partei nicht schwächen. Dagegen sind die Konservativen nicht ganz einig, da es unter ihnen hervorragende Männer gibt, die der Schutzpolitik nicht zustimmen können. Diese verlangen, daß die Partei einzig und allein unter dem anti-sozialistischen Banner in den Wahlkampf gehen soll, ohne am Freihandel zu rütteln. Diese Richtung hat ihr Organ im Wochenblatt „Spectator“.

Kolonialstreuel.

Die Londoner Zeitung „Truth“ bringt über das Treiben einer englischen Gesellschaft in Peru, der Peruvian Amazon Company, Mitteilungen, die eine neue furchtbare Anlage gegen die Kolonialbarbarei enthalten. Die Kompanie beutet ein gewaltiges Territorium am Amazonasstrom aus und geht hauptsächlich darauf aus, Kauffisch zu gewinnen. Die eingeborenen Indianer werden gezwungen, den Gummisaft im Urwald zu sammeln, und zwar werden dabei die infamsten Mittel angewendet. Es besteht Zwangsarbeit; jeder Eingeborene muß unentgeltlich ein bestimmtes Quantum abliefern, und schafft er es nicht, so wird er geprügelt, bis das Fleisch von den Knochen fällt. Vom Hunger geplagt und geschunden, sterben die Indianer hin und die Leichen werden den Hunden hingeworfen. Es werden Fälle berichtet, wo die Engländer in infamster Weise die Indianer folterten, ihnen Glieder abschneiden, sie kreuzigen, mit Petroleum begießen und anzünden. Die Frauen der Indianer werden mißbraucht und es wird mit ihnen Handel wie mit Viehstücken getrieben.

Die Mitteilungen stammen von einem einwandfreien Zeugen, einem amerikanischen Reisenden.

Die Barbarei und ruflosen Greuelthaten der sogenannten christlichen Nation in jeder Region der Welt und gegen jedes Volk, das sie unterjochen konnten, finden keine Parallele in irgend einer Aera der Weltgeschichte, bei irgendeiner Rasse, ob noch so wild, mitteleidlos und schamlos. — Das schrieb ein Engländer vor 70 Jahren. —

Marokko.

Ende des Krieges?

San Sebastian, 27. September. Vor seiner Abreise nach Madrid erklärte der spanische Minister des Aeußern Alende-Solazar, die militärische Aktion in Marokko nähere sich ihrem Ende. Das Ziel des Feldzuges wäre erreicht, die einflussreichen Stämme seien von dem Wunsche befreit, Frieden zu schließen.

Ein Erfolg der Spanier.

Madrid, 26. September. Aus Melilla wird amtlich gemeldet: Die Spanier haben Rador und die umliegenden Anhöhen besetzt. Zahlreiche Rauren haben sich unterworfen und 60 Gewehre ausgeliefert.

Melilla, 27. September. Die spanischen Truppen nahmen gestern nach leichtem Feuergefecht und einem Kavallerieangriff die Position Tanina, die südlich von Mar Chica am linken Ufer des Ued Seluan und nahe dessen Mündung liegt. Die wichtige Position Tanina wurde verstärkt und wird künftigen Operationen zur Basis dienen.

Die Spanier, die das von einer Garza sorgfältig besetzte Rador plünderten und vollständig niederbrannten, hatten fünfzehn Verwundete. Die Zahl der Truppen, die gegenwärtig sich in Rador befinden, beträgt 20 000 Mann. Man glaubt, daß diese demnächst nach Seluan marschieren werden, wo sich das Gros der Garza vereinigt hat.

Mulay Hafids Andreden.

Tanger, 28. September. In der Antwortnote des Sultans Mulay Hafid auf die Einsprüche der Mächte gegen die über die gefangenen Aufständischen verhängten Strafen, die den Mitgliedern des diplomatischen Korps heute zugestellt wurde, gibt der Sultan seinen schon in früheren Briefen ausgesprochenen Meinungen Ausdruck und erklärt dann, er habe Milde walten lassen, soweit das religiöse Gesetz, das habe zur Anwendung kommen müssen, es gehattete. Weiter erklärt der Sultan, er hoffe, daß die Wiederkehr normaler Zustände in Marokko ihm gestatten werde, nicht wieder zu ähnlichen Maßregeln greifen zu müssen.

Gewerkschaftliches.

Ein terroristischer Obermeister und Stadtverordneter.

Im Juni d. J. teilten wir aus Hamburg einen typischen Fall von Unternehmerterrorismus mit, der deshalb in die Öffentlichkeit gelangte, als der terrorisierte Unternehmer, ein Wagenbauindustrieller, nicht willens war, sich dem Nachtgebot des Obermeisters und Altonaer Stadtverordneten Ruppert zu fügen. Er stellte vielmehr gegen R. Strafantrag wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung, §§ 240 und 253 des Strafgesetzbuchs. Der Sachverhalt ist folgender: Die Stellmachergesellen von Hamburg-Altona standen im Mai und Juni 1909 wegen Lohnforderungen im Streit; sie verlangten einen Stundenlohn von 55 Pf., statt der bis dahin gezahlten 50 Pf. R. war Leiter der Meisterorganisation. Der Stellmachermeister und Wagenfabrikant B. hatte die Forderungen der Gesellen bewilligt. B. arbeitet auch für eine amerikanische Gesellschaft, die ihm einen Auftrag auf Lieferung von 50 Wagen erteilt hatte. Während des Streiks erschien Ruppert im Kontor der genannten Gesellschaft und verlangte von dem Geschäftsführer, daß er die an B. ausgegebene Bestellung rückgängig machen solle, andernfalls sich die Stellmacherinnung veranlaßt sehen würde, gegen die Gesellschaft vorzugehen, so daß sie nirgend ihre Wagen mehr abgeben könne. Unter dem Druck dieser Androhungen hat der Geschäftsführer den an B. erteilten Auftrag zurückgezogen.

Die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht lehnte ein Eingreifen gegen Ruppert ab, worauf der Rechtsbeistand des terrorisierten Unternehmers, Dr. Herz-Altona, Beschwerde einlegte, deren Begründung lautete:

Der ermittelte Sachverhalt ist geradezu ein typischer Fall für die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung. Der beklagte Ruppert hat B. (so heißt der Geschäftsführer) mittels der Wogottandrohung zu bestimmen versucht, der Koalitionsvereinbarung der Meister Folge zu leisten. Unter Folgeleuten ist, wie das Reichsgericht in der Entscheidung (Band 41, Seite 368) ausführt und wie auch in der bisherigen Praxis angenommen wurde, zu denken an ein Befehlswort im Sinne der die Ziele und Maßnahmen der Koalition durch entsprechendes Verhalten gewolltermaßen unterstützenden Förderung seitens dessen, auf den eingewirkt wird. Daß der Eingewirkte, der durch seine Maßnahmen die Koalition unterstützen sollte, B. und B. ist, macht selbstverständlich keinen Unterschied. Das Vergehen ist dann eben durch diese Beeinflussung dem B. gegenüber begangen, verlegt aber außerdem noch B., der durch Zurückziehung des von B. erteilten Auftrages geschädigt ist. Nach der Rechtsprechung, wie sie gegen Arbeiter in Anwendung gebracht ist, würde sogar Erpressung vorliegen (Reichsgericht Band 21, S. 114). Der § 153 der Gewerbeordnung ist gleichmäßig gegen Arbeiter und Arbeitgeber gerichtet und es muß daher auch in einem Verfahren gegen einen Arbeitgeber die Rechtsprechung zur Anwendung gebracht werden, die bisher gegen die Arbeiter geübt worden ist. Gerade die Staatsanwaltschaft vertritt sonst den Standpunkt einer weitgehenden Auslegung des § 153 der Gewerbeordnung.

Das tut die Staatsanwaltschaft in der Tat, denn sie hat erst vor kurzem gegen einen streikenden Arbeiter Anklage erhoben, weil er zu einem siebzehnjährigen Arbeitswilligen die inhaltsschweren Worte gesagt hat: „Ach, da wohnt Du, Burfche!“

Der zwingenden Logik dieser Beschwerde hat sich auch der stellvertretende Oberstaatsanwalt nicht zu entziehen vermocht, denn er hat dem Antragsteller mitgeteilt, daß er die Fortsetzung des Verfahrens angeordnet habe.

Ob die Sache sich zu einer Anklage verdichten wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Jedenfalls wird durch diese Aktion festgestellt werden, ob im Geltungsgebiet der hamburgischen Gerechtigkeit der § 153 der Gewerbeordnung nur ein Ausnahmegesetz gegen Arbeiter ist. Bislang ist uns erst ein Fall bekannt geworden, daß ein Arbeitgeber in die Maschinen dieses ominösen Paragraphen geriet. Charakteristischerweise war es auch eine Innungsgröße, ein Berliner Vädermeister.

Berlin und Umgegend.

Arbeiterentlassungen in der Flaschenindustrie.

Seit einem Jahre sind in der Flaschenindustrie bedeutende Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. Außer der Krise, die hier mit aller Schärfe eingeseht, hat auch die Biersteuer wesentlich mitgewirkt.

Viele Fabriken weisen recht bedeutende Lager auf. Angesichts solcher Zustände konnten die Flaschen-Industriellen bei den Entlassungen ganz nach Willkür verfahren. Bei irgendwelchen Betriebsstörungen müßten gerechtere Weise diejenigen Arbeiter zur Entlassung kommen, die an dem Ofen beschäftigt sind, der stillgelegt wird. Dies ist aber nur ganz ausnahmsweise zu konstataren. Die Industriellen halten Auslese unter der Arbeiterschaft und werfen diejenigen hinaus, die in der Organisation eine führende Stellung einnehmen, oder die sonst die Interessen ihrer Kollegen wahrzunehmen suchen.

In der Glasfabrik Stralau bei Berlin hat die Betriebsleitung von den 300 beschäftigten Arbeitern 60 Flaschenarbeitern gekündigt. Die Arbeiter sind seit Beendigung ihrer Lehrgänge alle Mitglieder des Zentralverbandes der Glasarbeiter. Die Direktion der Stralauer Glasfabrik war früher bei der Firma Siemens in Dresden in Stellung, und bei dem Amtsantritt dieser in Stralau befürchteten die Arbeiter aus verschiedenen Gründen ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die müßtergültig organisierte Arbeiterschaft. Dies unterließ jedoch zunächst; dagegen versuchte die Direktion durch allseitige heimliche Anträge, die Arbeiterschaft zu zerplündern. Den leitenden Personen der Organisationen wurden Stellen als Meister angeboten und als diese die Stellen entschieden ablehnten, versuchte man für die Arbeiterschaft Vergünstigungen zu beantragen, zu denen die Firma einen recht erheblichen Teil der Kosten beisteuern wollte. Auch dies Anerbieten wurde abgelehnt und der Firma bedeutet, daß, wenn die Firma zu solchen Ausgabemitteln bereit ist, es dann doch notwendig wäre, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen. Diefem Verlangen aber entsprach die Firma nicht.

In den letzten Tagen zeigt sich nun die Direktion im richtigen Richte. Die 60 Arbeiter, die die Kündigung erhalten haben, sind nicht an dem außer Betrieb kommenden Maschinen beschäftigt, sondern von allen Dingen wurden die Arbeiter ausgesucht, und so muß das Vorgehen der Direktion als ein Anschlag gegen den Verband der Glasarbeiter betrachtet werden. Die Firma besitzt nicht genügend Fabrikwohnungen für Flaschenarbeiter, wie dies sonst in anderen Flaschenfabriken üblich ist; sie hat daher eine ganze Anzahl Wohnungen gemietet und zwar auch für die Arbeiter, deren Arbeitsverhältnis am 1. Oktober gelöst wird. Der Kontrakt dieser Wohnungen läuft bis 1. Januar. Um sich erneut mit dem Kontrakt der Humanität zu umgeben, hat die Firma den Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inzeratenteil verantw.:

Arbeitern gestattet, wenn sie die Miete bezahlen, in der Wohnung zu bleiben. Die Arbeiter haben dies aber entschieden und bestimmt abgelehnt.

Da die Stralauer Flaschenfabrik nur geringe Lagerbestände aufweist und die Firma fortgesetzt von solchen Firmen Flaschen bezieht, denen es gelungen ist, die Organisation der Arbeiter zu zerstören, so entspringt sich das Vorgehen der Stralauer Flaschenfabrik als ein Schlag gegen die so müßtergültig seit langen Jahren organisierte Arbeiterschaft. Es werden deshalb alle Flaschenarbeiter des In- und Auslandes ersucht, Arbeitsangebote von der Flaschenfabrik Stralau mit ihrer Zweigniederlassung in Radnik, Bez. Kroschen und Kauscha bei Opatowitz, nicht anzunehmen.

Deutsches Reich.

Weitere Vereinbarungen zur Vermeidung von Arbeiterentlassungen in der Brauindustrie.

Der Verband der Brauereien von Hannover und Umgegend hat in Unterhandlungen mit dem Brauereiarbeiterverbände sich verpflichtet, Arbeiter bis zum 1. Mai 1910 nicht zu entlassen, wenn der Konsumrückgang, an den Umsatzziffern des gleichen Monats des Vorjahres gemessen, die Höhe von 15 Prozent nicht übersteigt. Die Vereinbarung hat Gültigkeit, wenn im Laufe des Monats die Vierstellige erlerbt werden, und tritt außer Kraft in Fällen des Bankrotts. Bevor jedoch Ausstellungen vorgenommen werden, treten die beiden Organisationen zur nochmaligen Verhandlung zusammen.

Zum Kampf der Holzarbeiter in Südwestdeutschland.

Mit einem gründlichen Fiado für die Unternehmer wird die Bewegung der Holzarbeiter in Südwestdeutschland enden; das kann heute schon mit Bestimmtheit vorausgesagt werden. An einigen Orten wird der Ausgang sogar den vollständigen Zusammenbruch der Unternehmerorganisation bedeuten. Ob das den Schutzverbänden heute schon klar geworden ist, wagen wir allerdings nicht zu behaupten; denn die Herrschaft sind mit Blindheit geschlagen, sonst würden sie nicht so viele Dummheiten gemacht haben. Die mit so viel Klammern in Szene gesetzte Aussperrung in Frankfurt a. M. verläuft vollständig im Sande. In der ganzen letzten Woche sind vier Aussperrte dazugekommen, so daß nach genauer Feststellung jetzt insgesamt 202 Aussperrte gezählt wurden. Dazu kommen genau gerechnet 1041, die die Arbeit einstellen in Betrieben, wo nicht ausgesperrt worden war. Also von rund 1690 Holzarbeitern konnten die Unternehmer nur 282 herausbringen, trotzdem man jeden Arbeitgeber einzeln bearbeitet hatte. Wie dies gemacht wird, davon brauchen wir wohl eine Probe nicht erst geben. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes hatte damit gerechnet, daß am letzten Sonnabend wenigstens einige Dutzend Aussperrte hinzukommen würden. Die Arbeitgeber von Mannheim-Ludwigshafen haben nämlich in einer Delegiertenversammlung des Südwestdeutschen Arbeitgeberverbandes für das Holzgewerbe den Frankfurter den Kopf gehörig gewaschen, weil die Aussperrung nur in so geringem Umfang erfolgt ist, trotzdem bereits Herr Kertel die Zahl der Aussperrten auf circa 400 angegeben hatte. Die Mannheim'schen Unternehmer verlangten nun kategorisch die Aussperrung auf der ganzen Linie oder sie würden nicht mehr mitmachen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Arbeiter, die die Mannheim-Ludwigshafener Arbeitgeber wegen ihrer Solidaritätserklärung Frankfurt gegenüber nicht machen können, nach Frankfurt vergeblich sind. Es handelt sich hierbei sogar um Einrichtungen im Werte von 40 000 Mark. Daß diese Ironie des Schicksals den Arbeitgebern in Mannheim sehr an die Kieren ging, kann man ihnen nachsehen, und daß sie sich eine derartige Gaunerpolitik nicht länger gefallen lassen wollen, ist verständlich. In Ludwigshafen ist es deshalb schon zum Zusammenbruch der Arbeitgebervereinigung gekommen. Dort waren 100 Holzarbeiter am Kampfe beteiligt. Gestern, am 27. September, haben 12 der maßgebendsten Firmen mit 98 Arbeitern, die vom Holzarbeiterverband unterbreiteten Forderungen in vollem Umfang anerkannt, den vorgelegten Tarif unterschrieben und ihren Austritt aus dem Schutzverbände erklärt. Nur die Firma Jägg steht noch mit einer nennenswerten Arbeiterzahl im Kampfe. Die übrigen Firmen spielen am Orte keine Rolle mehr. Das bedeutet den Anfang vom Ende. — Auch in anderen Orten finden gegenwärtig Verhandlungen mit einer Reihe von Firmen statt und wird es auch hier voraussichtlich in den nächsten Tagen Uebererlassungen geben. In Frankfurt soll jetzt die Innung die Situation retten. Eine Versammlung mit der Tagesordnung „Aussperrung“ ist für den 27. September abends einberufen. Der Schutzverband scheint aber auch auf wirksame Hilfe von jener Seite nicht mehr zu rechnen, denn er hat sich gleichzeitig an den Gewerbegerichtsvorsitzenden gewandt, und diesen um Vermittelung ersucht. In Pforzheim hat der Gewerbegerichtsvorsitzende seine Vermittelung angeboten, die von den Arbeitern angenommen wurde, aber von den Unternehmern, wie verlautet, abgelehnt werden soll. In Heidelberg hat sich nichts geändert. Die bürgerliche Presse des Bezirks wird vom Arbeitgeberverband mit spaltenlangen Berichten, in denen die Dinge selbstverständlich auf den Kopf gestellt werden, gefüttert, und der Sekretär des Arbeitgeberverbandes bombardiert den Holzarbeiterverband fast täglich mit Briefen, in denen immer wieder „höflich ersucht“ wird, die Wünsche der Arbeiter für einen Vertragsabschluss in Frankfurt mitzuteilen, wozu die Arbeiter sich immer noch nicht bereden wollen.

Die Polizei läßt im allgemeinen Zurückhaltung; nur in Heidelberg und Pforzheim sieht es so aus, als wenn die Beamten in Preußen ihre Ausbildung genossen hätten.

Um strengste Fernhaltung des Zugangs wird weiterhin gebeten.

Bier Künstel sämtlicher Gold- und Silberarbeiter Hamans haben am gestrigen Sonntag das Arbeitsverhältnis gekündigt.

Befangene als Streikbrecher.

In Rärnberg sind seit vielen Wochen 200 Arbeiter der Zellulosefabrik Gebr. Wolf ausständig, weil man ihnen eine erhebliche Lohnreduktion zumuten wollte. Obwohl die Firma nur ein paar Streikbrecher fand, sind bisher alle Versuche zur Einigung gescheitert. Jetzt ist man auf den Grund des hartnäckigen Verhaltens der Firma gekommen: Sie läßt ganze Ladungen Waren in dem benachbarten Zellengangs herstellen. Das Justizministerium soll zum Einschreiten veranlaßt werden. Ob mit Erfolg?

Die bürgerliche Presse weiß täglich von Streikbrecher-Ausschreitungen zu berichten. Diese Berichte sind jedoch erlogen. Die Polizei hat sich ganz auf die Seite des Unternehmers gestellt. Ohne jeden Anlaß wurden von allem Anfang an täglich bei Arbeitsbeginn zahlreiche Schutzleute aufgestellt, um die nicht im geringsten bedrohten Streikbrecher zu begleiten und zu „schützen“. Es werden ihnen sogar eigene Straßenbahnwagen zur Verfügung gestellt, zu denen sie jeden Nachmittag geleitet werden. Das hat natürlich hin und wieder Ansammlungen veranlaßt, hin und wieder machte auch die Menge ihrer Entrüstung über das Vorgehen der Polizei Luft, die Streikenden selbst jedoch verhalten sich ruhig und müßterhaft.

Die Rückwärtsentwicklung des Christlichen Tabakarbeiterverbandes in Weiskalen.

Der Zufall läßt und einen Blick tun in die vor der Öffentlichkeit am wenigsten behüteten Zahlen über die Mitgliederbewegung des Christlichen Tabakarbeiterverbandes in Weiskalen. Danach betrug die Zahl der Mitglieder dieses Verbandes in Weiskalen am 1. April 1907 in 48 Zahlstellen 2679, während es am 1. April 1909 in 32 Zahlstellen nur noch 1601 Mitglieder waren. Das sind 16 Zahlstellen und 1078 Mitglieder in zwei Jahren weniger oder ein Rückgang von über 40 Proz. Diesen Rückgang geben die Christlichen selbst in ihrem Jahresberichte zu. Der Verrat im Schnapsbrot wird ihr Schicksal weiter befehlen.

Ausland.

Die Handwerker der dem Stabilimento Tecnico Triestino gehörigen Werft für Handelschiffbau in San Rocco hatten vor ungefähr 14 Tagen die Arbeit niedergelegt. Da die Bemühungen der Werkleitung, Ersatz zu finden, erfolglos geblieben sind, und infolge dessen die Arbeit für die übrigen Kategorien der Werftarbeiter ausgegangen ist, ist die gesamte Arbeiterschaft, 880 an Zahl, entlassen und der Betrieb eingestellt worden.

Verfassungen.

Eine vom Zentralverband der Dachdecker einberufene öffentliche Versammlung der im Dachdeckerberufe beschäftigten Hilfsarbeiter tagte am Mittwoch bei Wille. Gauleiter Höppler hielt das einleitende Referat über „Die wirtschaftliche Lage und die Organisationsverhältnisse unserer Hilfsarbeiter“. Von 86 zur Feststellung der Verhältnisse ausgegebenen Fragebogen waren nur 45 eingegangen. In diesen 45 Betrieben waren 388 Hilfsarbeiter beschäftigt; davon waren organisiert im Dachdeckerverband 69, im Bauarbeiterverband 82, im christlichen Verband 18, im Transportarbeiterverband 33, im Asphaltarbeiterverband 21, im Metallarbeiterverband 8, im Fabrikarbeiterverband 6; die übrigen 189 gehörten keiner Organisation an. Die Arbeitszeit betrug in 30 Betrieben 8 1/2 Stunden, in 9 Betrieben 9 Stunden, in 1 Betrieb 10 Stunden und 35 Pf. Lohn (Wetten), in 1 Betrieb 9—11 Stunden, in 4 Betrieben bei Dacharbeit 8 1/2 und 9 Stunden, beim Leitergerüstbau unbegrenzt. Der Stundenlohn war bei 3 Hilfsarbeitern je 42 1/2 Pf., bei 5 je 47 1/2, bei 271 je 50 Pf., bei 58 je 55 Pf., bei 14 je 60 Pf., bei einem 62 1/2 Pf., bei 8 je 65 Pf. und bei 2 je 70 Pf. Während jetzt der Stundenlohn bei den meisten nur 50 Pf. beträgt, war er vor zwei Jahren fast durchweg um 5 Pf. in verschiedenen Fällen um 10 Pf. höher. In der schlechten Konjunktur allein kann der Grund des Rückganges der Löhne nicht erblickt werden. Schuld an den schlechten Verhältnissen haben zum großen Teil die Hilfsarbeiter selber, weil sie ihrer Organisation den Rücken kehren. Aber auch den Dachdeckern ist ein Teil der Schuld beizumessen, weil viele derselben sich über die Hilfsarbeiter erhaben dünken und so ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit den Hilfsarbeitern vereiteln. In unserem letzten Lohnkampf hatten wir viel den Hilfsarbeitern zu verdanken. Wie es bei den Maurern und den bei ihnen beschäftigten Bauarbeitern zur Einigung gekommen ist, so mußte es auch bei den Dachdeckern dahin kommen, daß alle in unserem Verufe Beschäftigten im Dachdeckerverbande organisiert sind. Darum ist es erforderlich, alle dem Verbands noch fernstehenden zu veranlassen, sich zu organisieren, und zwar in nur einem Verbands. Allen in den verschiedenen Verbänden organisierten Hilfsarbeitern muß es klar gemacht werden, daß es unter den jetzigen Verhältnissen nicht weiter gehen kann. Welcher von den sieben Verbänden soll denn die einleitenden Schritte unternehmen? Kann denn bei dem kleinen Häuflein ein derartiger Apparat (eine Kommission aus sieben Verbänden) überhaupt funktionieren? Kann könnte es gelten lassen, daß der Bauarbeiter sowohl als der Dachdeckerverband in Frage kommen, die übrigen sind im allgemeinen für die im Dachdeckerberufe Beschäftigten nicht maßgebend. Wenn die Arbeitslosenunterstützung, die wohl in diesen Verbänden eingeführt ist, für diese Mitglieder als die Hauptfache angesehen wird, so sei damit niemandem gedient, nicht einmal ihnen selber; dafür sollten sie lieber sich zusammenschließen und für einen besseren Lohn eintreten. — W e i t e gibt bekannt, daß in letzter Zeit durch eine rege Agitation die Mitgliederzahl der Hilfsarbeiter im Dachdeckerverbande auf 111 gestiegen ist. Wenn auch circa ein Duzend Mitglieder wieder davon gestrichen werden müssen, so ist die Sektion doch immerhin 100 Mann stark, was doch darauf schließen läßt, daß die Mehrzahl der Hilfsarbeiter dem Dachdeckerverbande zuneige. — M e h r l e i n äußert sich dahingehend, daß es wohl um den Wert der Organisation keinen Streit geben könne. Um was es sich heute handle, sei die Frage der Einheitsorganisation und wie man dieselbe schaffen könne. Er empfiehlt heute einen Beschluß zu fassen, welche Organisation für die Hilfsarbeiter in Frage komme. Dieser sollten sich dann sämtliche anders organisierten anschließen. Da laut Statistik im Dachdeckerberufe relativ die meisten organisiert sind, so sollte billigerweise diesem die Rolle zugesprochen werden. Eine von ihm in diesem Sinne gestellte Resolution wurde von G r ä b e r (Bauarbeiterverband) bekämpft. G r ä b e r betonte, einen derartigen Beschluß nicht anzuerkennen. Die im Transport-, Fabrik-, Metallarbeiter- u. h. v. Verbände Organisierten haben sich ohne weiteres laut Kartellvertrag anzuschließen. Diese müßten dem Dachdeckerverbande beitreten. Von den im Bauarbeiterverband Organisierten müsse das nicht gefordert werden. — Einige Redner bestritten, die Resolution heute nicht zur Abstimmung zu bringen; auch wird der Wunsch geäußert, nochmals eine Versammlung einzuberufen, doch Mehrlein bemerkt hierzu, es solle durch die Abstimmung eine Willensänderung der Hilfsarbeiter stattfinden, dies sei absolut nötig; eine andere Versammlung würde wahrscheinlich dasselbe Bild zeigen wie die heutige. C o n r a d wünscht, beide Verbände (Bauarbeiter und Dachdecker) sollten Vereinbarungen zu treffen suchen, eine Einigung herbeizuführen. Dies wird von einigen Rednern als unmöglich bezeichnet, darum sollen die Hilfsarbeiter selber entscheiden. Die Abstimmung ergab bei einigen Stimmhaltungen 34 Stimmen dafür, 10 dagegen, daß der Dachdeckerverband als Organisation der Hilfsarbeiter in Frage komme. Die anwesenden Dachdecker enthielten sich der Stimme.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kompromittierte Offiziere.

Bukarest, 27. September. (B. S.) Mittermeldungen zufolge sind beim 22. Infanterieregiment große Unterschleife entdeckt worden. Eine Anzahl Offiziere, darunter auch der Oberst, sollen schwer kompromittiert sein.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Dnieburg, 27. September. (B. L. W.) Auf „Niederheinische Güte“ erwiderte sich heute am Hochosen eine schwere Gaseplosion, wobei fünf Arbeiter schwer und zwei leicht verletzt wurden. Die Schwerverletzten wurden ins Krankenhaus gebracht.

Riesenbrand.

Lemberg, 27. September. (B. S.) In der Stadt Lopyatyn wütet ein großer Brand. 200 Wohnhäuser sind eingestürzt, 120 Familien obdachlos.

Nationalitätenhaß.

Konstantinopel, 27. September. (B. L. W.) Bei der Pforte eingelaufene Meldungen besagen, daß in K a n e a ein Mohammedaner von Griechen ermordet worden ist. Wie verlautet, wird die Pforte die Schuldigen abermals ersuchen, für den Schutz der Mohammedaner auf Krete Sorge zu tragen, damit die Auswanderung aufhöre.

Ein gefährlicher Gemeinderatspräsident.

New York, 26. September. (B. L. W.) Nach einem Telegramm aus Caracas wurde das Mitglied des Gemeinderats C h a u m e r z von dem früheren Präsidenten des Gemeinderats Garcia auf der Straße erschossen. Chaumier hatte Garcia beschuldigt, er habe öffentliche Gelder unterschlagen und die Wähler, aus denen seine Unterschleife erschlichen seien, vernichtet.

Kreisgeneralversammlung von Niederbarnim.

Im Café Bellevue in Nummelsburg wurde am Sonntag die Kreisgeneralversammlung des Kreiswahlvereins von Niederbarnim abgehalten. Auf der Tagesordnung stand die

Berichterstattung über den Parteitag.

Die Delegierten Wessel, Kassa, Brühl und Frau Kienast gaben referierend Uebersichten über die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages. Genosse Brühl, der unter anderem über die Behandlung der Raifeier berichtete, bezeichnete die vom Parteitage angenommene Vereinbarung zwischen dem Kreisvorstande und der Generalkommission als einen Fortschritt in der Raifeierangelegenheit. Daß Genosse Müller als Referent die Raifeierfrage kühl besprochen habe, sei von manchen Parteiblättern gerügt worden. Der Redner ist der Meinung, daß diese Frage nicht anders als kühl und ruhig behandelt werden dürfe. Erregte Debatten könnten die Raifeier nicht fördern. Dömelburg habe mit Recht gesagt, die Raifeier sei eine sehr gute Sache; aber es sei schon viel zu viel über sie gesprochen worden.

Nachdem die Berichterstattung beendet war, teilte Sonnenburg namens der Mandatprüfungskommission mit, daß die Generalversammlung beschließt, 63 Delegierten, 21 Bezirksleiter und 14 Kreisvorständen, im ganzen 98 gültige Mandate. Es fehlen 14 Delegierte, 4 Bezirksleiter und 3 Kreisvorstände. Hierauf wurde die

Diskussion über die Berichte

der Delegierten eröffnet.

Ritsche bezeichnete die Stellung der Fraktionsmehrheit zur Frage der Ablehnung der Erbschaftsteuer als eine solche, die wohl im Prinzip richtig sein möge, für die praktische Politik aber nicht förderlich sei. Durch praktische Arbeit und praktische Politik werde der Sozialismus zum Siege kommen. Der Raifeier würde mit der Entwicklung der Großindustrie ein Ende gemacht werden. Im allgemeinen ist der Redner mit dem Resultat des Parteitages einverstanden. Ein erfreuliches Zeichen sei es, daß das Genossenschaftswesen auf dem nächsten Parteitage behandelt werden solle, und daß es gerade Jubel war, der diesen Antrag begründete. Daraus sehe man, daß die Notwendigkeit, praktische Arbeit zu leisten, auch in radikalen Kreisen mehr und mehr eingeschrieben sei.

Schönberg erklärte, daß auch er mit dem Verlauf des Parteitages sehr zufrieden sei. Mit besonderer Freude begrüße er den Brantweinbockott. Erfreulich sei auch die Erledigung der schwäbischen Hofgängerfrage durch die Erklärung der Betreffenden, daß sie eine Dummheit gemacht hätten, die nicht wiederholt werden solle. Der Beschluß der Fraktion, für die Erbschaftsteuer zu stimmen, sei ein Akt der Klugheit gewesen und müsse als ein vernünftiger Beschluß bezeichnet werden, denn wenn von den geforderten Steuern auch nur ein Zehntel den Besitzenden auferlegt werden solle, so müßten wir für diese Besteuerung des Besitzes stimmen. Hinsichtlich der Raifeier stimmte der Redner den Ausführungen des Genossen Brühl zu.

Sonnenburg führte aus: In der dritten Lesung hätte für unsere Fraktion die Lösung sein müssen: Fort mit der Erbschaftsteuer, die ein Holz ist auf eine wirkliche Besitzsteuer und nur den Zweck hatte, die indirekten Steuern zur Annahme zu bringen. Das Abkommen betriebe der Raifeier bezeichnete der Redner als erfreulich. Der Schnapsbockott werde dem Fiskus entgegenwirken, dadurch habe er eine große kulturelle Bedeutung. Wähler schlug zur wirksamen

Durchführung des Schnapsbockotts

vor, daß der Vorstand ein Flugblatt herausgebe, welches namentlich in den ländlichen Orten des Kreises verbreitet werden solle. Weiter trat der Redner ein für eine rege und planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat. Hinsichtlich der Raifeier trat er den Ausführungen des Genossen Ritsche entgegen. Nicht durch die Entwicklung der Industrie werde der Raifeier ein Ende gemacht. Aber selbst, wenn das zu befürchten wäre, dann müßten wir umso mehr für die Durchführung der Raifeier agitieren. Hindernisse dürften uns nicht zurückzuführen. Die Erbschaftsteuer sei von der Regierung doch nur deshalb beantragt worden, um die bürgerliche Linke zur Annahme der indirekten Steuer zu bewegen. Wenn es sich also darum handele, eine Mehrbelastung an indirekten Steuern abzuwenden, dann müßten wir natürlich auch gegen eine direkte Steuer stimmen, die nur der Annahme der indirekten Steuern dienen solle.

Genossin Arendsee trat für die Förderung der Frauenorganisation ein.

Liesegang führte aus, in der Frage der Erbschaftsteuer

scheide sich die Stellung der Genossen nicht nach Revisionisten und Radikalen. Habe doch selbst Wessel erklärt, daß er in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt haben würde. Aber trotz dieser Erklärung Wessels müsse gesagt werden: Im Interesse des Volkes hätten unsere Genossen gegen die Erbschaftsteuer stimmen müssen.

Kliem wandte sich gegen die Ausführungen des Genossen Ritsche und meinte, man solle doch nicht behaupten, daß nur die Revisionisten praktische Arbeit leisten und die Radikalen nur Phrasen gebrauchen.

Hierauf wurde die allgemeine Diskussion über den Parteitag geschlossen und eine besondere Debatte über die folgende Angelegenheit eröffnet: Dem Parteitage lag ein vom Bezirk Pantow gestellter Antrag des Kreis Niederbarnim vor. Mit Bezug auf den

Pantower Konflikt

wollte der Antrag eine Entscheidung des Parteitages herbeiführen über die Frage: Ist ein Kreiswahlverein berechtigt, einen Bezirksverein aufzulösen? — Nachdem bei der Beratung des Organisationsstatus auf dem Parteitage Genosse Ebert als Referent erklärt hatte, daß sich die Bezirksvereine den Beschlüssen des Kreisvereins zu fügen haben, hielten die Niederbarnimer Delegierten den Antrag ihres Kreises für erledigt und zogen ihn zurück. — Der gegenwärtigen Generalversammlung lag nun eine von der Pantower Funktionärskonferenz beantragte Resolution vor. Dieselbe bedauert die Zurückziehung des Antrages auf dem Parteitage, die dem Willen der Generalversammlung vom 1. August widerspreche und die Pantower Parteiverhältnisse erheblich beeinträchtige. Weiter sagt der Antrag: Da ein Parteitagentscheid in dieser Frage nicht getroffen werden konnte, solle die Generalversammlung die Auflösung des früheren Pantower Wahlvereins für einen Mißgriff der damaligen Kreisleitung erklären.

Zur Begründung ihrer Resolution führten die Pantower Delegierten aus: Es sei nicht ihre Absicht, den Pantower Streit wieder aufzurollen. Man müsse unterscheiden zwischen dem Fall Ritzsch und dem Fall der Vergewaltigung der Pantower Genossen. Die Annahme des vorliegenden Antrages sei das einzige Mittel, um in Pantow wieder gesunde Verhältnisse zu schaffen. Jetzt herrsche in Pantow offener Aufruhr, weil die Delegierten den Antrag zurückzogen anstatt es zur Entscheidung des Parteitages kommen zu lassen. Die Auflösung des Pantower Wahlvereins werde von den Pantower Genossen für unbedeutend gehalten. Sie wünschten, daß dies offen anerkannt werde. Die besten Kräfte in Pantow ständen jetzt abseits der Organisation oder sie beteiligten sich doch nicht an den Parteiarbeiten. Das seien Genossen, die nicht etwa zu den Freunden Ritzsch gehören, sondern nichts von ihm wissen wollen. Wenn es so weiter gehe, werde es nicht möglich sein, bei der nächsten Wahl eine Bezirksleitung in Pantow zusammen zu bringen und die Pantower Bezirksorganisation müßte dann kommissarisch verwaltet werden. Die Annahme der Resolution würde den Frieden in Pantow wieder herstellen.

Kassa rechtfertigte die Haltung der Parteitagdelegierten. Die Zurückziehung des Niederbarnimer Antrages habe mit seiner Stellung zu der Pantower Angelegenheit selbst nichts zu tun. Da die Kreisversammlung feierlich die Auflösung des Pantower Wahlvereins als berechtigt anerkannt habe, liege ein Beschluß der Kreisorganisation vor, monach die Auflösung des Bezirksvereins ausgesprochen worden sei. Nachdem der Parteitag sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß die Beschlüsse der Kreisorganisation für die Bezirksorganisationen bindend seien, sei der Niederbarnimer Antrag tatsächlich erledigt gewesen und konnte zurückgezogen werden.

In der mehrstündigen Diskussion zeigten alle Redner das Bestreben, dem endgültigen Frieden in Pantow die Wege zu ebnen. Viele stimmten auch dem Pantower Antrage teilweise zu. Andere Redner hatten Bedenken gegen die Form des Antrages, namentlich gegen die ausdrückliche Zurücknahme des früheren Generalversammlungsbeschlusses. Im Laufe der Debatte gingen noch sechs verschiedene Anträge zu dieser Angelegenheit ein. Nach Schluß der Debatte erklärte Liesegang, der Kreisvorsitzend sei für die Annahme der Pantower Resolution, zu der er eine kleine Veränderung vorschlug. Als der Kreisvorsitzend die Auflösung des Pantower Vereins ansprach, habe er diese Maßnahme im Parteinteresse für notwendig gehalten. Jetzt dagegen könne er den Pantower Genossen, welche die Auflösung für einen Fehler halten, nicht Unrecht geben.

Die Pantower Resolution wurde schließlich nach einigen Änderungen in folgender Fassung mit allen gegen 13 Stimmen angenommen:

Die heutige Generalversammlung spricht ihr Bedauern aus über das Verhalten der Niederbarnimer Delegierten auf dem Parteitage in Leipzig gegenüber dem vom Kreis Niederbarnim gestellten Antrag, der bezweckte, eine Entscheidung des Partei-

tages darüber herbeizuführen, ob ein Kreiswahlverein einen Bezirkswahlverein auflösen berechtigt sei.

Die Zurückziehung dieses Antrages widerspricht nicht nur dem Willen der Generalversammlung vom 1. August d. J., sie ist auch geeignet, die Wiederherstellung der Pantower Parteiverhältnisse erheblich zu beeinträchtigen.

Nachdem infolge der Zurückziehung des Antrages ein Parteitagentscheid in dieser Frage nicht getroffen werden konnte, sieht sich nunmehr die heutige Generalversammlung veranlaßt, den Beschluß der Generalversammlung vom 28. Februar d. J., der hervorgerufen war durch die Maßnahmen der damaligen Pantower Ortsleitung, zu revidieren und die Maßnahme der Auflösung des früheren Pantower Wahlvereins für einen Mißgriff der damaligen Kreisleitung zu erklären.

Hierauf wurde noch ein Antrag des Genossen Wähler angenommen, welcher besagt, damit der Brantweinbockott wirksam durchgeführt werde, erwarte die Generalversammlung, daß der Vorstand von Groß-Berlin ein auffällendes Flugblatt in dieser Angelegenheit herausgebe.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Brühl schloß die Versammlung mit der Bemerkung: Er könne die Verhandlungen dahin resumieren, daß alle Delegierten mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden sind und für die Durchführung derselben wirken werden. Er hoffe und wünsche, daß, nachdem die Pantower Resolution angenommen wurde, nunmehr geordnete Verhältnisse in Pantow eintreten werden, und daß jeder Genosse sich sage, die Wünsche des Einzelnen müßten zurücktreten hinter den Interessen der gesamten Partei.

Vom Bierkrieg.

Dortmund.

Der Bierkrieg ist in Dortmund in eine neue Phase getreten. Die Brauereien haben mehrere an den großen industriellen Werken gelegenen Wirten die Lieferung des Bieres entzogen, weil die Wirte zu den alten Preisen verkaufen. Der Genuß alkoholfreier Getränke ist in den Wirtschaften hierdurch erheblich gestiegen. Die Wirte haben die Schilder der Brauereien entfernt und dafür Schilder alkoholfreier Getränke angebracht.

Frankfurt a. M.

In sieben Versammlungen der Parteioorganisation von Frankfurt a. M. wurde mit 2658 gegen 1854 Stimmen der verschärfte Bierbockott angesprochen. Das Abkommen der Parteifunktionäre mit Brauereien und Wirten (ein Fennig Erhöhung für drei Zehntel und vier Zehntel) wurde abgelehnt. Bei der Abstimmung wurden die Stimmen in sämtlichen Versammlungen gezählt.

Beamtenkorruption.

Ein großer Bestechungs- und Mitemerschlagungsprozeß beschäftigte drei Tage lang die 3. Strafkammer des Landgerichts Köln. Die Verhandlungen deckten ein ungeheürliches Bild von Beamtenkorruption auf. Der Rechtskonsulent S. Rosenbaum war der Beamtenbestechung und der Unterschlagung angeklagt. Neben ihm saßen mehrere Polizei- und Gerichtsbeamte, die ihm gegen Entgelt gewohnheitsmäßig Akten und behördliche Verfügungen überbrachten. Die vier angeklagten Beamten waren aber nur ein Teil derjenigen, die den Rechtskonsulenten regelmäßig bedienten. Mehrere Zeugen bekundeten, daß diese Beamte ständig bei Rosenbaum verkehrten. Sie alle hatte der Rechtskonsulent in der Tasche. Ein Polizeibeamter erklärte: „Rosenbaum kannte die ergangenen Verfügungen eher als wir“. Gerichtsakten lagen bei ihm nur so herum. Er brauchte es nur zu wünschen und schon brachten ihm Gerichtsdienste die Akten, deren er bei seiner Berufstätigkeit bedurfte. Wollte er einen „Akten“ im Gefängnis besuchen, so konnte er sich einen der von dem zuständigen Richter blanko unterschriebenen Scheine beschaffen. Als ein Beurteiler seine Strafe nicht zahlen konnte, wurden die Akten einfach tagelang verlegt. Ein Zeuge erklärte, es sei üblich gewesen, Akten zu verlegen, um eine Sache hinzuziehen. Rosenbaum hat sich gerühmt, mit den Akten der Polizei könne er machen was er wolle; in Köln könne man jeden Beamten für einen Taler in die Tasche stecken. Rosenbaum war die Ausübung seines Berufes unterlag. Er hielt sich deshalb einen ehemaligen Staatsanwalt und einen früheren Landgerichtsrat als Strohmann, die er natürlich dafür entschädigen mußte, obwohl A. die Arbeit selbst machte. Die ihn oft treffenden Geldstrafen bezahlte er nie rechtzeitig. Wenn dann gegen ihn ein Haftbefehl erging, war er nie zu

Heilig, heilig ist der Landrat,
So von hinten wie von vorn,
weil er eine mächt'ge Hand hat,
hätte dich vor seinem Jorn!

Franz.

Notizen.

— Neue Freie Volksbühne (Metropol-Theater). „Sumpacibagabundus.“ Zauberposse mit Gesang in drei Aufzügen von Joh. Nestoy. Daß es die Aufgabe eines Insulten ist, wie die Neue Freie Volksbühne, das sich die Debut „Die Kunst dem Volke!“ gefest hat, diese alte Nestrovsche Zauberposse ihren Mitgliedern vorzusetzen, das möchte ich verneinen. Wenn sie es aber tut, dann müßte sie wenigstens für eine andere, besser ausgereifte Darstellung sorgen, als sie im Metropol-Theater geboten wurde. Allerdings, das heberliche Kleeblatt (Julius Wilhelm, Josef Giampietro und Martin Kettner) war köstlich, und daneben gab's noch einiges Erfreuliches, wie die famose Wirtsfigur, die Herr Hugo Hummel auf die Weine stellte. Aber schlimm war das Vorspiel im Geisterreich und arg ins Milieu des Metropol-Theaters überseht der Kuffert beim reichgewordenen Schneidergesellen, wobei nicht zu verkennen, daß im Rahmen dieses Milieus die Damen Margarete Winde und Ida Perry sehr hübsch und pilant tanzten und sangen. Kurz — so herzlich auch gelacht wurde, eine einheitlich befriedigte Stimmung ließ die Vorstellung nicht auskommen.

— Die Dolomiten, jene wilde Bergkette der Apenniner Alpen, bringt der neue Lichtbildvortrag der Urania in Wort und Bild zur Anschauung. Farbige Naturaufnahmen, die prächtig geraten sind, führen das Publikum auf der erst in diesem Jahre fertig gewordenen neuen Dolomitenstraße, einer glänzenden Leistung der Begehautechnik, von Bozen aus durch das ganze Gebiet der Dolomiten und lassen eine Fülle von Naturschönheiten vor dem Blicke des Zuschauers vorbeiziehen. Mit Staunen sieht man die wilden Felshöhen dieses Gebietes zu den Wolken emporragen; der Ragnol, der Rosengarten, der Antelao, und wie sie alle heißen, die furchtbaren Berggipfel der Dolomiten, tauchen auf und werden einem etwas mehr als bloße Namen, mit denen sich keine Vorstellung verknüpfen läßt. Herrliche Gebirgsseen, der Karer, der Milurina, der Dürren, der Prager Wildsee, entziehen durch ihre großartige Umgebung das Auge, und besonders der Karer-See, durch sein wunderbares Farbenpiel. Der begleitende Vortrag sagt das Nötige zur Erläuterung der Bilder und läßt höchstens das zu wünschen übrig, daß die Sprache mitunter etwas reichlich blumig und hochtrabend ist und vielleicht mit Vorliebe hier und da von dem poetischen Vegetius zu dem Schillertrappengang geistvoller Redeweise sich herabläßt. Im ganzen aber darf die Vorführung als wohl gelungen und der reiche Beifall als wohlverdient bezeichnet werden. — y.

Kleines feuilleton.

Verlorene Briefe und Postpakete. Die Zahl der Briefe, Postkarten, Zeitungen, Drucksachen, Bücher, Warenproben, Pakete kleineren Umfangs, die während des Geschäftsjahres 1907/08 der britischen Postverwaltung zur Beförderung anbertaunt wurden und den Adressaten nicht ausgehändigt werden konnten, belief sich auf mehr als 31 Millionen. Auf den ersten Blick dünkt uns das gar abgegraben enorm, aber man urteilt milder, wenn man erfährt, daß von 31 Millionen Postpaketen, die als unbestellbar zurückkamen oder spurlos verloren gegangen sind, fast 5 Millionen richtig bestellter Postsendungen gegenüberstehen. Nach der offiziellen Statistik, aus welcher „Chambers Journal“ Auszüge veröffentlicht, wurden von 11 745 000 Briefen, die während des Jahres 1907/08 zur Post gegeben wurden, 1 145 551 nicht bestellt. Unter den Briefen, deren Adressaten nicht ermittelt werden konnten, befanden sich 393 298, welche Geldsendungen enthielten, und zwar 387 500 M. in Banknoten und 12 793 000 M. in Cheques, Zinsscheinen und anderen Wertpapieren. Die Geldsendungen, die die Postverwaltung Großbritanniens den Adressaten nicht zustellen konnte, beliefen sich also im Geschäftsjahre 1907/08 auf mehr als 13 Millionen Mark. Es sei hinzugefügt, daß für die Absender nicht alles Geld verloren war, da die Postverwaltung ihnen, mit sehr wenigen Ausnahmen (wenn die Absender nicht ermittelt werden konnten), die abgeschickten Summen zurückgeben konnte. Daß die Angaben auf Briefadressen nicht immer ganz genau sein können, ist leicht begreiflich; was man aber nicht versteht, ist, daß sehr viel zerstreute Leute Briefe in den Briefkasten werfen, ohne sie überhaupt mit einer Adresse versehen zu haben. Man hat im Jahre 1904 in England eine Statistik dieser adressenlosen Postsendungen aufgestellt, und die Zahlen, die die offiziellen Berichte ans Licht brachten, überwiegen selbst die kühnsten Erwartungen. Die Zahl der Briefe, die keine Spur von einer Adresse aufwiesen, belief sich in jenem Jahre auf 379 426; es befanden sich darunter 4190 Briefe, welche Geldsendungen enthielten, und zwar 7000 M. in Banknoten und 195 000 M. in Cheques und anderen Wertpapieren. Ein Mann schickte im Brief einen Check im Werte von 30 000 M. und vergaß den Brief zu adressieren. Der zerstreute Herr konnte ermittelt werden, so daß man ihm sein Eigentum wieder zufinden konnte.

Künstliche Eier. Eine ganze Industrie, die sich mit der Herstellung künstlicher Eier beschäftigt, existiert bereits in New York und beginnt nun, den Export nach den Ländern Asiens zu betreiben. In einem Bericht des Ackerbau-Departements in Washington wird näheres über diese merkwürdige Produktion mitgeteilt. Der Handel mit künstlichen Eiern hat sich aus der Tendenz entwickelt,

das Meismehl möglichst auszunutzen. Die Herstellung erfolgt in vier verschiedenen Phasen. Zunächst wird das Mehl bereitet aus einer Mischung von Meismehl, Getreidestärke, Öl und verschiedenen anderen Ingredienzien, die dem Mehl eine große Rechlheit mit dem natürlichen Eigeb geben. Diese dicke Masse erhält durch eine Maschine eine gerundete Form und wird dann mit einer weichen Schicht umgeben, die wie das Naturrei aus Eiweiß besteht. Die Substanz wird hart und erhält nun eine ovale Form. Durch eine dritte Prozedur erhält das so geformte Ei eine zarte Haut aus Eiweiß und wird dann durch eine besondere Maschine mit einer Gipschale umgeben, die nur wenig dicker ist als die natürliche Eierschale. Das Ganze wird einer plötzlichen Erhitzung ausgesetzt, wobei die Schale fest trocknet und das Innere schnell fest wird. Das Produkt sieht ganz so aus wie ein natürliches Ei, schmeckt recht gut und ist auch sehr gesund; es läßt sich gut transportieren und besitzt als billiges Nahrungsmittel in Amerika eine gewisse Beliebtheit, die sich immer mehr verbreitet.

Humor und Satire.

Schüldings Abschied.

Heilig, heilig ist der Landrat,
hätte dich vor seinem Jorn,
weil er eine mächt'ge Hand hat,
so von hinten wie von vorn:

Kann er dich nicht offen fällen,
weil du brav und engelrein,
nun, so weich er dir zu stellen —
irgendwo und -wann ein Wein.

Wist du etwa Bürgermeister,
glaube nicht, du seist etwas,
denn auf deine Würde schmeiht er
wie vom Dach der Vogel was.

Viele wandeln ja auf Erden,
die man Bürgermeister nennt,
aber Landrat kann nur werden
Adel, Leutnant, Koßpöfudent.

Güte stets dich vor Verneinung,
wo der Landrat Ja gesagt,
habe keine eigne Meinung,
denn sonst wirst du angeklagt

und entlassen: „Eder dich fort, Hund,
denke ja nicht an Pension!“ . . .
Und als Rechtsanwält in Dortmund
singst du mit gedämpftem Ton:

finden, denn er wußte stets Bescheid, wenn ein solcher Befehl vorlag. Er erklärte einem Vertrauten gegenüber, daß der mitangeklagte Polizeibeamte den Haftbefehl solange in der Tasche behalte, bis er faul sei. Bedurfte ein Klient eines Schutzmannes, so konnte er ihm einen solchen beschaffen. Er schickte zum benachbarten Polizeibureau. Auf der Rechnung einer Reugin stand: „Zinsgeld für Schutzmänn 5 M.“ Der Schreiber des benachbarten Polizeibüros und andere dortige Beamte waren mit R. eng liiert, ebenso der Kriminalschutzmänn Kimmel von der Kriminalinspektion, wozu die Alten in allen größeren Strafsachen kamen. Ähnlich war es bei Gericht; es war, wie der Staatsanwalt feststellte, etwas ganz Normales, daß R. dem angeklagten Gerichtsdieners sagte: „Bringen Sie mal die Alten in der Sache so und so herüber!“ R. wohnte ganz in der Nähe des Gerichtsgebäudes. Wie schon gemeldet wurde, sind bei einer Hausdurchsichtigung Vollmachten von sieben Rechtsanwältinnen gefunden worden. Gegen die Anwälte, die sich des allmächtigen Rechtskonsultanten bedienen, soll ehrengerichtlich vorgegangen werden. Die Beamten hielten sich ihre Bestechungsgelder und „Darlehen“ zum Teil gewohnheitsmäßig bei R. ab.

Das Urteil lautete gegen Rosenbaum auf 2 1/2 Jahr Gefängnis, gegen den Gerichtsdieners Schnellen auf acht, gegen den Kriminalschutzmänn Kimmel auf sechs und gegen den Schutzmänn Scheloske auf vier Monate.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen:

Babenf und die Verschwörung für die Gleichheit mit dem durch sie veranlaßten Prozeß und den Verlegstücken. Von Ph. Buonarroti. Uebersetzt und eingeleitet von Anna und Wilhelm Wlos. (Internationale Bibliothek Nr. 49.) 336 Seiten. Preis broschiert 2 M., gebunden 2,50 M.

Das Werk enthält den einzigen authentischen Bericht eines beteiligten Zeitgenossen über jene Bewegung, die für die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus von erheblicher Bedeutung ist. Die Uebersetzer hoffen das Verständnis für die Verschwörung Babenf, diese wichtige historische Erscheinung, zu fördern, die von der baskischen Geschichtschreibung geringschäßig behandelt und entsetzt zu werden pflegt.

Der Inhalt des Werkes besteht außer einer längeren Einleitung von W. Wlos und der Vorrede des Verfassers aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die Parteien der jungen Republik einer scharfen Kritik unterzogen und die Pläne, Grundzüge und das Endziel der Verschwörung dargestellt. Im zweiten Teil wird der Prozeß behandelt und im Anhang eine Reihe Aktenstücke mitgeteilt, die in der Bewegung eine Rolle gespielt haben.

Im selben Verlage kam heraus:

Die Gesundheitspflege des Weibes. Von Dr. F. V. Simon. Mit 35 Abbildungen im Text und einer farbigen Tafel. Siebente, umgearbeitete Auflage. 304 Seiten. Preis broschiert 2 M., gebunden 2,50 M.

Das seit 10 Jahren sich einer steigenden Verbreitung erfreuende Buch liegt jetzt in der siebenten, neu bearbeiteten Auflage vor. Eine bessere Empfehlung können wir dem nützlichen Werke, das zu einem verlässlichen Ratgeber in der Familie geworden ist, nicht mit auf den Weg geben.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:

1. Bau und Leben des menschlichen Körpers.
2. Der Körper des Weibes.
3. Mädchen-Erziehung. Ernährung des Säuglings. — Die Gesundheitspflege während der Schuljahre.
4. Die Gesundheitspflege der Jungfrau.
5. Die Gesundheitspflege der Gattin. Schwangerschaft. — Geburt und Wochenbett. — Das Kindbettfieber. — Die Verhütung des Kindbettfiebers. — Die Pflege der Wöchnerin und Stillenden.
6. Die ansteckenden Geschlechtskrankheiten.

Im Vorlage der Buchhandlung Vorwärts erschien: Führer durch das preussische Einkommensteuergesetz. Von Arbeitersekretär Rud. Wissell. In allen bezwinkten Fragen der preussischen Einkommensteuergesetzgebung gibt die Schrift Rat und Auskunft. Seit zwei Jahren sind die Arbeitgeber verpflichtet, das Einkommen aller Arbeiter und Angestellten — soweit es unter 3000 M. beträgt — anzugeben. Das zwingt viele Arbeiter zu Reklamationen, weil sehr oft außerordentliche Gründe vorhanden sind, die zum Verlangen einer Steuerherabsetzung berechtigen. Welche besonderen Umstände solche Reklamationen erfordern und alles Nähere über die Form der dazu nötigen Eingaben kann man aus dem Führer erfahren. Die abgedruckten Musterbeispiele für Steuerreklamationen und Eingaben aller Art werden bei diesen Gelegenheiten gute Dienste leisten. Der billige Preis von 30 Pf. pro Exemplar macht die Anschaffung jedem Arbeiter möglich.

Parteilang des Bezirkes Magdeburg.

Der Sozialdemokratische Bezirksverband Magdeburg hielt am Sonntag, den 26. September, in Magdeburg seinen diesjährigen Bezirkskongress ab, dem Genosse Pfannkuch als Vertreter des Kreisverbandes beizuwohnt. Dem gedruckten vorliegenden Rechenschaftsbericht entnehmen wir folgende Angaben: Trotz der Krise — deren Deutlichkeit unter anderem dadurch illustriert wird, daß die Parteizentrale Magdeburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes im ersten Quartal dieses Jahres bei 9888 Mitgliedern für 41 782 Tage Arbeitslosigkeit 55 615,50 M. Arbeitslosenunterstützung zahlte — stieg die Zahl der organisierten Parteigenossen im Bezirk um 2018, von 11 464 auf 13 482, darunter 1799 weibliche. Bei der Gründung des Bezirksverbandes am 1. Juli 1906 wurden 8334 Mitglieder in den Listen geführt. Das Verhältnis der organisierten Sozialdemokraten zu der Zahl der bei der Reichstagswahl 1907 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen beträgt 12,5 vom Hundert. Die Zahl der geleisteten Beiträge beträgt auf den Kopf des Mitgliedes — im Bezirksverband sind Wochenbeiträge eingeführt — für das Quartal 11,5, was unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit der vollen Beitragsleistung sehr nahe kommt. Für den ganzen Bezirk ist einheitliches Gewerkschaftsmaterial eingeführt. Monatlich wird ein Agitationsblatt für die Landarbeiter, die „Landpost“ herausgegeben, allerdings bisher nur in einer Auflage von rund 7000. Daneben wurden viele Flugblätter verteilt. Die „Gleichheit“ wurde in 1004 und die „Arbeiterjugend“ in 560 Exemplaren bezogen.

Bei den Stabsverordnetenwahlen im Herbst 1906 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stabsverordneten von 29 auf 45. Von den Beschlüssen des Bezirksauschusses, der sich aus den Kreisvorsitzenden und dem Bezirksvorstand zusammensetzt, ist unter anderem zu erwähnen, daß die „kommunale Praxis“ und die Feste der „Sozialdemokratischen Gemeindebibliothek“ den Stabsverordneten und Gemeindevorstefern auf Kosten der Kreisassen geliefert werden müssen. Am 31. Januar 1907 fand in Magdeburg eine Gemeindevorsteherkonferenz statt, in der unter anderem die sozialdemokratischen Vertreter in den verschiedenen Gemeindeparslamenten durch einstimmigen Beschluß aufgefordert wurden, überall den Antrag zu stellen, daß die Gemeindevorstellungen wahlmündigst dem Petitionsrecht um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Vereinfachung des Hausbesitzerpfandes für die Kommunalwahlen Gebrauch machen.

Die Bezirksklasse sollte im verflochtenen Jahre eine Einnahme von 9881,78 M. einschließlich eines Restbestandes von 139,88 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 9678,77 M.

Der Parteisekretär des Bezirkes, Genosse Weims, ergänzte den Bericht durch einige Erläuterungen.

In der Diskussion wurde von verschiedenen Delegierten auf die erfreulichen Erfolge hingewiesen, die mit der „Landpost“ erzielt worden seien.

Zur Frage der Jugendorganisationen wurde ein Antrag angenommen, der die Kreisorganisationen zu ihrer Förderung verpflichtet und den Bezirksvorstand beauftragt, eine Konferenz der Jugendausschüsse einzuberufen.

Den Bericht der Prekommission erstattete Genosse Brandes-Magdeburg. Es ist daraus zu erwähnen, daß die Stimmenzahl der „Vollstimme“ infolge der Krise um etwas zurückging. Der Verleger der „Vollstimme“ erzielte im Berichtsjahre einen Ueberschuß von 11986,74 M., die Druckerei einen solchen von 12 148,08 M. Die von der Druckerei gezahlten Löhne stiegen von 88 632,13 M. auf 95 013,22 M.

In einem Referat über die Agitation für die Presse gab Genosse Rühls-Magdeburg verschiedene Winke. Ein weiteres Referat behandelte die Landarbeiterfrage. Referent war Genosse Haack-Berlin, Redakteur des Organs des Landarbeiterverbandes.

Genosse Weims referierte dann noch über Organisation und Agitation im Bezirk.

Am Tage vorher fand ebenfalls in Magdeburg eine Konferenz sozialdemokratischer Frauen im Regierungsbezirk Magdeburg statt. Es wurden zwei Referate erstattet. Ueber „Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat im Bezirk“ sprach Genosse Weims-Magdeburg und über „Die Erziehung im Arbeiterheim“ Genossin Vollmann-Halberstadt. Die Konferenz beschloß, mit allen Kräften die Agitation unter den Frauen zu fördern. Die Genossin Dackmann-Magdeburg erstattete dann noch einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Jugendbildungsausschusses.

Aus Industrie und Handel.

Der Beschäftigungsgrad im Kohlenbergbau.

Sehr langsam und ungleichmäßig vollzieht sich im internationalen Kohlenbergbau der Erholungsprozeß. Selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo doch die Eisenindustrie schon wieder im Zeichen des Aufschwungs steht und daher eine Vermehrung des Kohlenabzuges sehr begünstigt wird, ist die Lage des Kohlenmarktes noch keineswegs befriedigend, wenn sie auch im allgemeinen eine kleine Besserung gegenüber dem Vorjahre aufweist. Schon die Tatsache, daß der Kohlenexport der Vereinigten Staaten den vorjährigen fast in jedem Monat übersteigt, spricht dafür, daß der Inlandsbegehre noch nicht besonders rege ist. Dabei ist die Förderung von Anthrazitkohlen im laufenden Jahre sogar geringer als 1908 und nur Braunkohle wird etwas reichlicher gefördert. Von einer Herbstkrisis war bisher sehr wenig zu bemerken: höchstens die Tatsache, daß die Preise verhältnismäßig in die Höhe gehen, deutet auf den Eintritt einer Herbstkrisis hin. Während so in Amerika trotz der Aufwärtsbewegung im Eisenbergbau der Verkehr am Kohlenmarkt noch ziemlich träge ist, hat sich in Großbritannien, wo die Erholung im Eisenbergbau noch nicht entfernt die Fortschritte gemacht hat wie in Amerika, der Beschäftigungsgrad im Kohlenbergbau schon kräftig gehoben. Verfolgen wir für jetzt 650 000 britische Bergarbeiter, über deren Arbeitsleistung regelmäßig berichtet wird, die Zahl der wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden in den ersten acht Monaten dieses und des vorigen Jahres, so erhalten wir folgendes Bild. Die Zahl der Tage, die im Durchschnitt pro Woche gearbeitet wurde, betrug:

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
1908	5,44	5,86	5,49	5,05	5,48	4,75	4,93	4,93
1909	5,03	5,21	5,29	4,88	5,07	4,81	4,99	5,01
Differenz	-0,41	-0,35	-0,20	-0,19	-0,41	+0,06	+0,05	+0,08

Zum erstmaligen brachte der Monat Juni eine Steigerung des Beschäftigungsgrades gegenüber dem Vorjahre, die bis August weiter zunahm. Dabei war gerade im Monat August die Förderfähigkeit in den einzelnen Bezirken des britischen Bergbaues sehr ungleichmäßig; wenn auch der beschränkte Generalstreik nicht erfolgte, so befanden sich doch immerhin mehr als 100 000 Bergarbeiter im Ausstand. Infolge des regeren Geschäftsganges, der seit einigen Monaten zu beobachten ist, hat sich auch das Preisniveau bereits wieder etwas gehoben. In den Ländern, in denen der Beschäftigungsgrad im Kohlenbergbau sich im Laufe der letzten Monate gebessert hat, gehören vor allem auch Frankreich und Belgien. In Frankreich hat die Arbeitsintensität schon wieder recht merklich zugenommen: von annähernd 150 000 Bergarbeitern waren im Juli 83,8 Proz. voll, d. h. 6 Tage oder mehr in der Woche beschäftigt, und nur 16,1 Proz. arbeiteten 5—6 Tage in der Woche. Im Monat August hat sich das Verhältnis eher noch günstiger gestaltet. In Belgien wird die Bewegung des Beschäftigungsgrades nicht wie in Großbritannien und Frankreich statistisch erfasst, doch geht aus den Berichten von Arbeitgebern und Arbeitern hervor, daß auch in Belgien die Förderfähigkeit sich befriedigend entwickelt. In La Louvière gestaltete sich die Produktion zufriedenstellend, und findet infolge der stillen Nachfrage auch glatten Abzug. Aus Charleroi lauten die Berichte etwas weniger gut, während in Mons die Beschäftigung wieder als rege bezeichnet wird. Die Intensität der Beschäftigung hat zwar auch in Deutschland abgesehen nicht abgenommen, doch geht die Förderung hier doch noch beträchtlich über den Abzug hinaus. Zweifellos hat in Deutschland der Geschäftsgang im Bergbau erst die geringste Erholung aufzuweisen. Die leise Besserung, die die letzten Wochen gebracht haben, reicht an die Herbstbelebung der Vorjahre nicht heran.

Soziales.

Zum Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Magdeburg hat in ihrer Generalversammlung vom 9. April 1909 eine durchgreifende Aenderung ihres Statuts beschlossen. Die geplanten Aenderungen wurden der Aufsichtsbehörde in zwei Vorlagen unterbreitet. Einen dahingehenden Beschluß hatte die Generalversammlung gefaßt. Dafür war bestimmend, daß teilweise Aenderungen getroffen werden sollten, deren Zulässigkeit in Literatur und Rechtsprechung streitig ist. Die Generalversammlung beschloß, daß, wenn alle Aenderungen in einer Vorlage zusammengestellt würden, sich die Genehmigung auch der Aenderungen, gegen die Bedenken von vornherein nicht beständen, verzögern würde. Auf Anweisung des Regierungspräsidenten gab der Magistrat durch Verfügung vom 7. Mai 1908 der Ortskrankenkasse auf, die beschlossenen Aenderungen des Statuts in einer Vorlage an ihn einzureichen. Gegen diese Verfügung wandte sich die Kasse mit der Klage. Sie machte geltend, daß die Aufsichtsbehörde nicht befugt sei, von ihr die Einreichung der Statutenänderungen in anderer als ihr von der Generalversammlung beschlossenen Form zu verlangen. Der Bezirksauschluß wies indessen die Klage ab. Er nahm an, daß die Aufsichtsbehörde befugt sei, aus Zweckmäßigkeitsgründen die gestellte Anforderung an die Kasse zu erlassen! Die Entscheidung des Bezirksauschusses griff die Klägerin mit der Revision an, worauf sich der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts jetzt dahin schlüssig gemacht hat: Es ist gleichgültig, ob der Gehalt der Verfügung der Aufsichtsbehörde auf das Vorgehen des Regierungspräsidenten zurückzuführen sei. Die Verfügung fällt unter § 45 Abs. 1 des Krankenversicherungsgesetzes.

nach dem die Aufsichtsbehörde die Befolgung der gesetzlichen und statistischen Vorschriften seitens der Krankenkassen überwacht. Es kann nur verlangt werden, daß die Akte der Ortskrankenkasse, die der Aufsichtsbehörde zu unterbreiten sind, nicht diesen Vorschriften widersprechen. Davon kann hier keine Rede sein, wenn die beschlossenen Aenderungen des Statuts in einer Vorlage eingereicht werden. So ist die Verfügung als ungerechtfertigt aufzuheben.

Ostpreußen in Berlin.

Ein brutaler Arbeitgeber nebst Frau und Sohn standen dieser Tage in der Person des Kollereibesetzers Abbler, Stendalerstr. 14, vor dem Schöffengericht in Roßbit. Die drei waren der Körperverletzung angeklagt, begangen mit gefährlichen Werkzeugen an einem Stallschweizer, der bei Köhler in Arbeit stand.

Am 1. Juni fehlte im Stall der Kollerei Gassfurter. Der Kollereibesitzer war weggegangen um welches zu beschaffen, und wie er später, als die Futterzeit bereits überschritten war, zurückkam, brüllte das Vieh im Stalle. Dies brachte den Mann, der offenbar ostelbische Schule in Behandlung von Arbeitern genossen hatte, so in Wut, daß er in den Stall rannte und nach kurzem Wortwechsel mit einem Spaten auf den 53jährigen Stallschweizer, der die Kühe zu füttern hatte, einhieb. Auf sein Schreien kam sofort auch seine Frau und hieb mit einem Ochsenjocher auf den Arbeiter ein. Und schließlich bearbeitete auch noch der 15jährige Sohn den Schweizer mit dem umgekehrten Stiel einer Peitsche. Blutüberströmt rettete sich der Mißhandelte vor der brutalen Prügelfamilie in den Hof, wo er besinnungslos zusammenbrach und ins Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

In der Verhandlung leugneten die drei Angeklagten, den so schwer Jugerichteten überhaupt angefaßt zu haben. Die Zeugenaussagen bestätigten jedoch klar den vorgetragenen Sachverhalt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Kollereibesitzer, der wegen Körperverletzung bereits vorbestraft war, 14 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen den Mann nur auf 100 Mark Geldstrafe und die Kosten, gegen die Frau auf 20 Mark Geldstrafe und den 15jährigen Sprossen — auf einen Verweis. Ein überaus mildes Urteil!

Unter den Berliner Kollereibesitzern soll es noch mehr Leute geben, die im Umgang mit ihren Schweizern den Ton der ostelbischen Schnapsknecht anschlagen. Um solche Verhältnisse zu beseitigen, ist es für die Schweizer dringend nötig, in einer starken Organisation Schutz zu suchen. Eine solche ist der neugegründete Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter, Eich Berlin SO. 16, Michaelkirchplatz 1. Dieser Verband sucht die Interessen der Schweizer mit allen Kräften zu wahren. Kein Schweizer in Berlin sollte dem Verband fern bleiben.

Lohnbücher.

Die beständige Mißachtung der Bestimmungen über Führung von Lohnbüchern, wie sie für die Betriebe der Kleider- und Wäschekonfektion in der Bekanntmachung des Reichslandtags vom 9. Dezember 1902 vorgeschrieben ist, konnte gestern durch das Gewerbegericht dem Blusenfabrikanten J. Domnauer gegenüber festgesetzt werden. Die Blusenmacherin Frau T. klagte gegen die genannte Firma auf Nachzahlung von 21 M. Lohn, der ihr für 40 Blusen zu wenig gezahlt worden ist. Es soll ein Stüchlohn von 4,25 M. vereinbart worden sein, aber 3,50 M. hat sie nur erhalten. Die Klägerin erhält wohl zu jeder Arbeit einen Kommissionszettel, dieser enthält aber niemals eine Lohnangabe. Auch Bücher sind für die Arbeiterinnen vorhanden, die aber entgegen der Vorschrift des § 114 a der Gewerbeordnung nicht der Arbeiterin ausgehändigt werden, sondern bei der Beklagten verbleiben. Die Direktorin der Beklagten, die als deren Vertreterin den Termin wahrnahm, erklärte, es komme sehr oft vor, daß sie selbst die Preise mache. In diesem Falle will die Klägerin der Direktorin bei Ablieferung der ersten Blusen 4,25 M. als Lohn in Ansatz gebracht haben, der nicht beanstandet worden sei. Bei der zweiten Lieferung wurden aber bei der Abrechnung, die mit dem Liefermädchen der Klägerin erfolgte, nur 3,50 M. für die fraglichen Blusen verrechnet. Die Klägerin hat wohl gesehen, daß ihr das Mädchen zu wenig Geld bezahlt hat, monierte dies aber nicht sofort gegenüber der Beklagten, sondern erst bei der Restlieferung. Die Beklagte erblickte hierin eine Zustimmung der Klägerin zu dem von ihr festgesetzten Preise. Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Leo, empfahl, weil er im Verhalten beider Parteien ein Verschulden erblickte und zwar das größere auf Seiten der Beklagten, einen Vergleich auf 11 M. Der Vorschlag wurde beiderseits angenommen. Dieser Vergleich erscheint uns unbillig, zumal wenn man berücksichtigt, daß das Verschulden der Beklagten nach § 150 der Gewerbeordnung ein strafbares war. Sie hat eine auf Schutz der Arbeiterin abzielende Vorschrift verletzt, während ein Verschulden der Klägerin in dem Unterlassen sofortigen Protestes gegen die Minderzahlung oder gar ein Verzicht auf ihr Recht ohne Irrtum nicht erblickt werden kann.

Zahlung für Krankentage.

Die Wäschenmacherin G. war gegen 25 M. Wochenlohn bei der Firma Albersheim u. Gottschalk beschäftigt. Am 1. August erkrankte sie und am 22. August wurde ihr mittels Brief mitgeteilt, daß sie entlassen sei. Sie klagte gestern vor dem Gewerbegericht auf Zahlung des Lohnbetrages, der ihr nach Abzug des Krankengeldes für die Krankheitsdauer bis zum Entlassungstage zusteht. Die Beklagte bestritt die Rechtmäßigkeit des Anspruchs und die Höhe der Forderung. Sie sei zur Bezahlung der Arbeiterinnen in deren Krankheitszeit nicht verpflichtet. Jedenfalls habe sie höchstens für die Dauer der Krankheitsfrist, die auf acht Tage festgesetzt war, Zahlung zu leisten.

§ 610 B. G. B., Absatz 1, der hier in Betracht kommt, lautet: „Der zur Dienstleistung Verpflichtete, wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch verlustig, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden bei der Dienstleistung verhindert wird.“

Da die Beklagte von dem ihr nach § 123 der Gewerbeordnung zustehenden Rechte der sofortigen Entlassung erst nach drei Wochen Gebrauch gemacht hat, hielt das Gericht, wie der Vorsitzende Magistratsrat Dr. Leo sagte, entsprechend der konstanten Judikatur des Gewerbegerichts eine Krankheitsdauer von 14 Tagen als eine verhältnismäßig unerhebliche Frist, für die der Klägerin ein Lohnanspruch von 8 M. zustehe. Die Parteien verglichen sich auf diesen Betrag.

Landarbeiterlöhne.

Wie noch erinnert sein dürfte, war die „Deutsche Tageszeitung“ empört über die Behauptung des Pastors Witte aus Janow, daß es Landarbeiter gebe, die bei Stellung von drei Arbeitskräften nur 900 M. Einkommen jährlich haben, und bestritt es auf das entschiedenste, trotzdem 24 Pastoren ihm dieses bestätigt hatten. Nun sind wir aber in der Lage, wieder mal Verhältnisse auf einem hinterpommerschen Gute zu schildern, die die Behauptungen des Pastors unterstützen. Und zwar ist es das Rittergut Abl. Bütow, 3200 Morgen groß, auf dem sich, wie es ja in Hinterpommern üblich ist, eine Schnapsfabrik befindet. Es wird laut Vertrag Deputat gewährt. Die Wohnungen, elende Löcher, sehen sich aus. Stube, Kammer und Bleichstall unter einem Dache zusammen. Früher wurden 75 M., jetzt 100 M. als Darlohn jährlich gezahlt. Früher mußten zwei Hofgänger gestellt werden, die 30 und 50 Pf. täglich bekommen. In der Stube, deren Fußboden aus Lehm besteht, muß gekocht werden. Der Vertrag, ein Musterexemplar, den der Besitzer mit den Leuten abschließt, verdient weiter verbreitet zu werden. Er lautet wörtlich:

..... übernimmt von Marien 10 eine Deputatwohnung und erhält folgenden Kontrakt. übernimmt

4 Pferde der Arbeiter als Deputant, bei 4 Pferden, die er auf Verlangen auch allein füttern muß, muß im Sommer um 1/2 Uhr im Stall sein im Winter um 4 Uhr denselben ordentlich reinigen sowie seine Pferde gut abputzen gehörig schürzen und alles was zu den Arbeiten eines ordentlichen Pferdeknechtes gehört verrichten. Ferner seine Geräte und Wagen, die er für den Tag gebraucht besorgen. Arbeiten die Pferde nicht so muß er alle und jede Arbeit die andere Männer auch tun verrichten. Außerdem muß er täglich einen Zten Mann stellen welcher alle Frauenarbeit gut verrichten kann, sowie vom Vorchnitt der Wiesen bis Ende der Nachmittags beim Brudenanplanzen usw. einen Zten Mann stellen, der auf Verlangen am Nachmittag kommen muß. Er erhält die angewiesene Wohnung nebst dazu gehörenden Garten und 2 Morgen bedüngtes Kartoffelfeld im Felde 100 M. bar 18 Zentner Roggen 1 Zentner Erbsen und 1 Zentner Hafer der 2te Mann 30 Pf. Tagelohn der 3te 50 Pf. Ferner 4 Tage frei zum Torfmachen auf der angewiesenen Stelle muß aber des Morgens seine Pferde abputzen Holzgeld 12 M. welcher sich selbst in der Nähe kaufen muß Torf Holz und Kartoffelfuhrer frei 1 Tag frei geweidet 2 Fuhrer Heu Pollen und Stroh darf nicht aus der Forst geholt Enten und Gänse nicht gehalten werden. Stroh Heu und Dung darf nicht verkauft noch veräußert werden bei einer Strafe von 4 M. den Zentner Heu und Stroh und 6 M. die Fuhrer Dung kein Fremder darf ohne Erlaubnis in Quartier genommen werden und kein eigner auf fremde Arbeit gehen bei einer Strafe von täglich 2 M. Festtage und Markttag werden nur auf Erlaubnis gefeiert. Beim Fortziehen bleibt der Dung in der Wohnung.

Dieser famose Vertrag zeigt, was dem Landarbeiter bei einer Arbeitszeit von 12-16 Stunden geboten wird. Interessant ist in diesem Vertrag die Bewertung zweier Strafe. Heu und Stroh werden mit 4 M. die Fuhrer Dung mit 6 M. bewertet, wenn sie veräußert sind, dagegen die Arbeitskraft des Menschen mit 2 M. Gewiß ein besseres Beweismittel, daß Landarbeiter Sklaven sind, gibt es nicht. Nun, rechnen wir das Deputat in Geldwert um, dann erhalten wir folgende Jahressumme, vorausgesetzt, daß die Agrarier uns nicht den Vortour machen, wie rechnen zu billig. Lohn des Deputanten 100 M., Lohn des ersten Hofgängers 90 M., Lohn des zweiten Hofgängers 150 M., 18 Zentner Roggen a 8 M., 144 M., ein Zentner Erbsen 11 M., ein Zentner Hafer 7 M., Holzgeld 12 M., Torf 24 M., Heu 40 M., 2 Morgen Kartoffelfeld 50 M., 1 1/2 Morgen Gartenland 80 M., Weide für die Kuh 20 M., macht zusammen 678 M. Das ist der jährliche Lohn für drei erwachsene Personen. Bei 300 Arbeitstagen für jede Person täglich 75 Pfennig.

Es ist kein Wunder, daß die Landarbeiter sich danach sehnen, aus diesen Gefilden herauszukommen und kontraktbrüchig zu werden. Dies ist das wirkliche Los der Landarbeiter! Ob nun noch die „Deutsche Tageszeitung“ den Mut besitzt, diese wahren Tatsachen zu befreiten? Möglich wäre es, besonders mag ihr die jedem gesunden Empfinden höhnsprechende Vorchrift gefallen, daß Feiertage nur auf Erlaubnis gefeiert und die gesamten Leute nur zu den Hungerslöhnen arbeiten dürfen. Oder ist sie doch gegen diesen Zwangsgesindeindienst?

Widerrechtliche Ausweisung.

Nach dem Gesetz vom 1. Juli 1870 wird die Staatsangehörigkeit durch Abstammung und für Frauen durch Verheiratung, ferner durch Aufnahme von Reichsangehörigen und durch Naturalisation von Fremden erworben. Die Aufnahme und Naturalisation erfolgen durch eine von der höheren Verwaltungsbehörde, d. h. den Regierungspräsidenten ausgefertigten Urkunde. Ein Puffe F. hatte in Preußen seine Naturalisation beantragt und die Naturalisationsurkunde gegen eine Stempelgebühr von 50 M. erhalten. Später erhielt F. eine Ausweisungsurkunde, nachdem ihm die Naturalisationsurkunde mit dem Bemerkten abgenommen worden war, die Urkunde sei ihm durch einen Polizeibeamten lediglich aus Versehen ausgehändigt worden! Auf die von F. erhobene Klage hob der Bezirksauschuss die Ausweisungsurkunde auf, da anzunehmen sei, der Regierungspräsident habe die Naturalisationsurkunde genehmigt. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dieser Tage das Urteil des Bezirksauschusses und führte u. a. aus, die Staatsangehörigkeit werde dadurch erworben, daß von zuständiger Seite die Naturalisationsurkunde ausgehändigt werde. Die Zurücknahme dieser Urkunde könne nur in dem Falle erfolgen, wenn sie durch Verzug erlöschen sei. Solcher Fall liegt nicht vor. Durchaus unzulässig ist die Zurücknahme der Urkunde, wenn sie wie hier gehörig ausgestellt aber aus Versehen ausgehändigt worden sei.

Ein vierfacher Mörder und Brandstifter.

Eine Anklage wegen vierfachen Mordes und vorsätzlicher Brandstiftung beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II. Aus der Untersuchungsakten wurde der Feldarbeiter Gustav Murod vorgeführt, welcher eines der grauenvollsten Verbrechen beschuldigt wurde, die seit Jahren die Berliner Strafgerichte beschäftigt haben. Murod wurde beschuldigt, im Mai d. J. seine Ehefrau mit den Händen erwürgt und dann, um die Tat zu verdecken, die Wohnung in Brand gesetzt zu haben, wodurch seine drei Kinder den Erstlingsdod erlitten.

Der Angeklagte hatte beim Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt. In der geistigen Verhandlung wurde die scheußliche Tat durch die Beweisaufnahme voll erwiesen. Es konnte sich nur um die Frage drehen, ob der offensichtlich geistig sehr minderwertige Täter die Tat mit Ueberlegung ausgeführt hat. Die Geschworenen verneinten diese Frage, bejahten hingegen die Schuldfrage nach Totschlag, ferner nach vorsätzlicher Brandstiftung mit Todeserfolg in Idealformulierung mit Totschlag in drei Fällen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kühne beantragte 15 Jahre Zuchthaus und ferner wegen der Brandstiftung mit Todeserfolg die lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Auf die Frage des Landgerichtsrats Wilmitt, ob er noch etwas zu seiner Verteidigung anzuführen habe, erwiderte der Angeklagte kurz: „Nischt!“

Das Gericht erkannte wegen des Totschlages an der Ehefrau auf 15 Jahre Zuchthaus, ferner wegen der Brandstiftung und des Totschlages in drei Fällen an den Kindern auf die lebenslängliche Zuchthausstrafe und Ehrverlust.

Der Angeklagte erklärte, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Darf man überhaupt noch an einer Behörde Kritik üben?

Gelegentlich Vorkommnisse in dem Harzstädtchen Bennedenstein beschäftigten am Mittwoch die Strafkammer in Nordhausen in einem Verleumdungsprozeß, den der Bürgermeister Schöch aus Bennedenstein gegen den Provinzialredakteur der „Nordhäuser Zeitung“ angezettelt hatte. Der Prozeß ist nach mancher Richtung hin interessant, nicht bloß wegen der Tatsachen, die ihm zugrunde liegen, sondern besonders auch darum, weil hier einmal der bei uns in Preußen außerordentlich seltene Fall vorliegt, daß der Staatsanwalt selbst gegen die sich beleidigt fühlende Behörde Stellung nimmt und dem Beschuldigten die allermildernsten Umstände zubilligt.

Unter der Ueberschrift „Ueberschreitung der Polizeigewalt“ hatte die „Nordhäuser Zeitung“ im Februar d. J. einen Artikel aus Bennedenstein veröffentlicht, der von der Verhaftung des 60jährigen Arbeiters Spengler handelte. Spengler, ein armer, beschäftigungsloser Mann, hatte sich im Stadtwald einen Schlitten voll trockener Bohnenstangen abgehakt, war dabei vom Stadtförster abgefaßt und dem Bürgermeister Schöch in Bennedenstein vorgeführt worden. In dem Artikel war nun gesagt, der Bürgermeister habe den armen Teufel nach dem Verhör kurzerhand in das Polizeigefängnis gesteckt und erst am Nachmittag des anderen Tages freigelassen. Der Artikel schloß mit den Worten: „Dies zu Unrecht erfolgte Einsperren charakterisiert sich einfach als Verübung der Freiheit eines armen alten Mannes, dessen freies Herumläufeln doch, weiß Gott, keine bedrohliche Seite für die Allgemeinheit gebot hätte.“

Wegen dieses Artikels stellte Bürgermeister Schöch und seine vorgesetzte Behörde, der Landrat Schaefer in Nordhausen, Strafantrag. Die Nordhäuser Staatsanwaltschaft wies denselben jedoch zurück mit der Begründung, daß die behaupteten Tatsachen im allgemeinen richtig wiedergegeben seien und aus der Form des Artikels die Absicht der Verleumdung nicht hervorgehe. Auf die Beschwerde der Kläger ordnete darauf die Oberstaatsanwaltschaft in Raumburg dennoch die Einkerkung des Verfälschens an.

Der angeklagte Redakteur Spengler hielt in der Verhandlung die Behauptungen des Artikels aufrecht und erklärte, er habe sich zur Aufnahme desselben um so mehr verpflichtet gefühlt, als der Bürgermeister Schöch schon wiederholt sich eines Mißbrauchs seiner Amtsgewalt und unerlaubter Vereinstufung schuldig gemacht habe. So habe z. B. der Oberholzhauer Bod in Bennedenstein, dessen Haus abgebrannt war, beim Bürgermeister als dem besoldeten Vertreter der Städtischen Feuerzettel die Auszahlung der Versicherungssumme beantragt. Als er nach dreiwertigen Jahren noch nicht im Besitz des Geldes war, wandte er sich nochmals an den Bürgermeister. Dieser fragte ihn, weshalb er sich nicht direkt an die Sozialität wende, und als Bod erwiderte, daß er doch ihn als den Vertrauensmann der Sozialität nicht umgehen wolle, erklärte Bürgermeister Schöch:

„Aber bei den Wahlen konnten Sie mich umgehen. Ich werde mich mit Händen und Füßen dagegen sträuben, daß Sie Ihr Geld erhalten.“

Dem Konzertverein in Bennedenstein (dessen Vorstandsmitglieder wegen ihrer liberalen Gesinnung nicht das Wohlwollen des Stadtbürgermeisters genießen) habe der Bürgermeister fortgesetzt die Lokale abgetrieben, indem er den Wirten drohte, er werde bei einem Verkauf ihrer Hotels dafür sorgen, daß den Nachfolgern nicht die Konzession erteilt werde. Noch heute bekomme infolgedessen der Verein in der ganzen Stadt kein Lokal und habe seine lediglich der Kunst gewidmeten Bestrebungen einstellen müssen.

Bürgermeister Schöch, als Zeuge vernommen, schildert den von ihm verhafteten Arbeiter Spengler als einen arbeitsscheuen, vorbestraften Mann und notorischen Trinker, muß aber auf Befragen zugeben, daß dieser also geschilderte Mann jetzt schon seit mehreren Wochen in städtischen Diensten steht! Verhaftet will er ihn haben, damit er sich nicht mit den Hehlern in Verbindung setzen konnte, „wie das in Bennedenstein so üblich sei“. Auf die Frage, ob dergleichen denn oft vorgekommen sei, nennt er nur einige Fälle, die nach dem Spenglerischen Fall passiert sind.

Der Zeuge Stadtverordneter Biogenhennet bestätigt, daß Schöch dem Konzertverein, der über 100 Mitglieder zählt, alle Säle abgetrieben habe, was in Bennedenstein viel Empörung verursachte. Bürgermeister Schöch behauptet, der Verein sei von einem Wirte nur zu dem Zweck gegründet worden, um über das Maß der von ihm, dem Bürgermeister, erlaubten Lustbarkeiten hinaus noch besondere Vergnügungen veranstalten zu können.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Bulde, hält zwar eine Verleumdung für vorliegend, auch habe der Angeklagte nicht berechnete Interessen wahrgenommen. Wohl aber, fährt er fort, stehen dem Angeklagten Milderungsgründe sehr erheblicher Art zur Seite. Erstens hat er in gutem Glauben gehandelt, er war überzeugt, daß der Bürgermeister eine geschwundene Handlung vorgenommen habe; er hatte sich auch genügend informiert. Ferner kommt in Betracht, daß zwar die Festnahme des Spengler gesetzlich zulässig war, daß es aber fraglich bleibt, ob sie erforderlich war oder nicht. Ich will mich nicht darüber äußern, wie andere Beamte an der Stelle des Herrn Bürgermeisters Schöch gehandelt hätten; der größte Teil der Beamten, auch ich selbst, würde sicherlich nicht wie Herr Schöch gehandelt haben. Man sollte so geringe Delikte doch nicht als einen „ungeheuren Frevel“ ansehen, wie es Herr Schöch getan. Drittens ist strafmildernd, daß die „Nordhäuser Zeitung“ eine politische Partei vertritt, daß zwischen dieser und Herrn Schöch politische Mißverständnisse bestehen, die den Grund zur Unseindlichkeit gegeben haben, und daß der Angeklagte in diesem Falle nur das ausführende Organ und nicht der Alleinschuldige gewesen ist. — Der Staatsanwalt beantragt eine Geldstrafe von 20 Mark.

Der Angeklagte bemerkt noch, die Amtsführung des Herrn Schöch sei nicht nur von der „Nordhäuser Zeitung“, sondern auch von anderen Zeitungen in der gleichen Weise kritisiert worden.

Das Urteil lautet auf 100 Mark Geldstrafe. Die Zweckmäßigkeit der vom Bürgermeister getroffenen Maßnahmen, so führte der Vorsitzende aus, habe das Gericht nicht zu prüfen. Es frage sich nur, ob Bürgermeister Schöch sich bei seiner Handlung auf geschäftlicher Grundlage bewegt habe, und diese Frage sei zu bejahen. Dem Angeklagten sei es auch offenbar darauf angekommen, dem Bürgermeister einzuverleihen, der Ton des ganzen Artikels habe einen Stich ins Lächerliche. Die Strafe habe deshalb nicht so niedrig bemessen werden können.

Ein recht seltsames Urteil. Der angeklagte Redakteur wird öffentlich Verurteilung einlegen. Bei der Klarheit der Sachlage erscheint eine Freisprechung vor der Strafkammer selbstverständlich. Ober ist die in der Ueberschrift gestellte Frage auf Grund des Gesetzes zu verneinen?

Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dreier Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Briefkasten und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

P. S. 100. 1. Ja. 2. Nein. — Th. J. 100. Sind Sie nach B. rechtzeitig abgemeldet, so haben Sie noch Ablauf des Monats ab, in dem Ihre Abmeldung zur Kenntnis der Gemeinde von B. gekommen ist, nur in B. Steuern zu zahlen. Beantragen Sie Freistellung von der Steuer in B. — Treue Seele. Wenn die Kündigung spätestens am 31. August dem Betreffenden zugegangen ist, so ist sie in Ihrem Falle rechtlich. Rechtsgültig ist sie, wenn der Subskriptionsbesitzer schriftliche Zustimmung hat. Vorlegung der Vollmacht können Sie von der Generalpächterin verlangen. Eine Einziehung über den Empfang des Kündigungsbrieves ist zulässig. — G. S. W. 61. Zum Verkauf der Uhr sind Sie nicht berechtigt. Sie müssen dieselbe ausbessern. — Reife. Die Paktante genügt; weitere Schritte sind nicht erforderlich. — S. 39. Nein. — P. K. 1. 1. Ja; 2. Ja; die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Ein mehrschichtiges Testament braucht nicht zur Aufhebung einem Notar oder einem Gericht übergeben zu werden. Der Betreffende kann das Testament selbst ausbessern. — M. R. 100. Ja. Das Verbrechen des Mordes verjährt in zwanzig Jahren. Jede gegen den Täter gerichtete richterliche Handlung unterbricht oder die Verjährungsdauer. — Verführer. 44. Reklamieren Sie gegen die Veranlagung für das erste Quartal 1910. Sie haben lediglich bis zum Schluß dieses Jahres zu zahlen, da Sie 1909 aus der Kirche ausgetreten sind. — Moabit 87. 1. Die ermäßigte Steuer ist maßgebend für die Kirchensteuer. 2. Die Reklamation hebt die Veranlagung nicht auf. — M. W. D. 100. Nein. — R. G. 26. 1. Nein. 2. Zur Zahlung ist der Betreffende verpflichtet. 3. Ja. 4. Eine Befreiung wegen Stuppel wäre möglich, wenn die Mutter den intimen Verkehr in der Wohnung zugelassen oder gar begünstigt hat. — R. 1907. Reklamieren Sie. Sie haben seit dem 1. Januar dieses Jahres Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — R. S. 37. Der wegen Uebertretung geschiedene Gatte darf die Ehefrau nicht heiraten. Inwiefern ist Dispens von diesem Verbot zulässig. Das Verbot ist an das Landgericht zu richten. Zweckmäßig ist es, eine Bescheinigung der früheren Frau beizufügen, daß sie gegen die Beschließung nichts einzuwenden hat. — P. S. Sie hätten nur bis zum 31. Dezember d. J. Kirchensteuer zu zahlen. Reklamieren Sie gegen die Veranlagung für das 1. Quartal 1910. — P. S. 7. Leider steht Ihnen weder ein Anspruch auf Gratifikation zu, noch ist der Fabrikant zum Nachsehen verpflichtet. — C. 81. Sie müßten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Gericht laden. — M. 21. 1. Daß die Garderobe veräußert oder nicht vollständig zurückgegeben ist, müßte der Kläger beweisen. 2. Der Delinquent oder Richter der Garderobe, nicht aber der in Lohn stehende Arbeiter hätte den Schaden zu ersetzen. — St. 100. Der Ausschuss des Ausschusses der Verlobten muß zwei Wochen lang ausharren. Eine Veränderung ist nicht erfolgt. Damit die Frist gemacht werden kann, ist es ratsam, schon etwa sechs Wochen vorher das Aufgebot zu beantragen. — W. R. 1000. Sie sind im Recht. — M. S. 107. 1 und 2. Sie haben bis zum Schluß des Jahres 1909 die Kirchensteuer zu zahlen. Sind Sie für eine spätere Zeit veranlagt, so reklamieren Sie gegen die Veranlagung bei der in derselben angegebenen Kirchenbehörde. 3 und 4. Ein solcher Verweis ist uns nicht bekannt. Zukünftige Auskunft über die beste Art der Ausbildung und über die Kosten werden Sie von dem Rektor einer Fortbildungsschule erhalten. — A. W. 100. Nein. — R. S. 94. Eine Klage auf nachträgliche Zahlung hätte Aussicht auf Erfolg. — R. S. 100. 1. Jeder Ehegatte einer getrauten Ehe hat die Hälfte der Kirchensteuer zu zahlen. 2. Nein. — P. W. 100. 1. Beider der Vater noch der minderjährige heisst. Sie könnten gegen den Schuldner erst klagen, wenn er noch erreichte Volljährigkeit die Schuld anerkennt. 2. Wenn die Sachlage so bewiesen werden kann, wie Sie sie darstellt, so würde der hiesige Vormund für sein schuldhaftes Vorgehen schadenerschuldlich gemacht werden können. 3. Nein. 4. Sobald der Jahresbetrag 1500 M. nicht übersteigt, ist die Pfändung oder Beschlagnahme unzulässig. 5. Ja; den 1500 M. Jahresbetrag übersteigenden Teil des Verdienstes. 6. Den Kindern bleibt ihr Pfändungsrecht. 7. Ja. — M. C. 44. 1. Wenn Ihre Frau vollständig ist (über 21 Jahre), ist sie zur Zahlung verpflichtet. 2 und 3. Sie halten für die Schulden Ihrer Ehefrau nicht. — Wissensdurst 73. Ihre Tochter wird den Entlassungsschein erhalten. — R. G. 5. Reklamieren Sie gegen die Veranlagung für das erste Quartal 1910. Da Sie im Jahre 1908 aus der Kirche ausgetreten sind, haben Sie nur die Steuer bis zum Schluß des Jahres 1909 zu zahlen. — G. W. 22. 1. — er Gläubiger würde wie jeder andere die Ihnen gehörigen Sachen pfänden können. Ist mit dem Verkäufer der Möbel vertraglich ein Eigentumsvorbehalt ausgemacht, so kann der Verkäufer gegen die Pfändung intervenieren. 2. Wenn dies nicht vertraglich ausgemacht ist, nein. — S. 22. Die Umwandlung erfolgt nur bei der Steuerdeputation. Die Grundsteuer ist zu zahlen. — W. 21. Ja. — Kreuztiera. Gegen derartige Befähigungen gibt es leider einen gerichtlichen Weg nicht. — W. R. 49. Der Brief ist auf Grund Ihres Mietvertrages leider im Recht. — Ruffa. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. — R. G. 100. Sie müssen die Firma bei dem Amtsgericht verlagern, in dessen Bezirk sie sich befindet. Nur wenn die Form der Veranlagung nicht entspricht, würde ein Abzug zulässig sein. Ob die Form vertraglich war oder nicht, wird im wesentlichen durch Gutachten von Sachverständigen im Prozeß entschieden. — S. H. 100. Der Weinstempel wird für das Kalenderjahr erhoben, also für Januar bis Januar. Bohnl jemand am Oktober 1907 bis zum Oktober 1909, so hat er zu zahlen: den Weinstempel, der auf das Vierteljahr 1907 fällt, den Weinstempel für das Jahr 1908 und den Weinstempel für die drei Quartale 1909. Einen Weinstempel gibt es nicht. Sie hoch der von Ihnen zu zahlende Weinstempel ist, können wir ohne Kenntnis der Höhe des Weinstempels nicht angeben. — M. G. 4. Leider würde eine Klage auf sofortige Zahlung des Weinstempels wenig Aussicht auf Erfolg haben, weil Sie nicht ausdrücklich im Vertrage festgelegt haben, daß eine Weinstempel mit Maschinen während der Weindauer sich im Hause nicht befinden darf.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Leihhaus
Gegenheilkäufe vorfall. Gold-
und Silbersachen, Brillanten etc.
Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I
Ecke Ritterstr.

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensionen
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Preisver-
ein für Dr. u. Nicht-Druckverleger.
Berlin N.,
Lothringer Straße 60.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
u. Empfehlung. A. Prof. grad. u. Dr.
H. Enger. Gesundheitsrat
Berlin W. Friedrichstr. 91/92

Umschälhaber des Bert
Handwörterbuch der Staats-
wissenschaften, 2. Auflage,
herausgegeben v. Prof. Conrad Güter,
7 Bände, wie neu, billig abzugeben.
Anstr. unter P. 4 an die Exp. d. Zig.



Sunlicht Seife

ist für Wollfabrikate unersetzlich. Gestrickte Wollachen und Decken schrumpfen in der Wäsche nicht ein, gemusterte und farbechte Stücke verlieren nicht die Frische der Farbe, wenn sie mit Sunlicht Seife nach Vorschrift gewaschen werden. Sunlicht Seife wird vielfach nachgeahmt, aber in der Qualität niemals erreicht.



Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Dienstag, 28. September, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen.

I. Kreis.

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.
2. Einsetzung eines Wahlkomitees.
3. Bericht von der Provinzialkonferenz.
4. Diskussion.
5. Bericht vom Parteitag.
6. Diskussion.

II. Kreis.

Berliner Hochbrauerei, Tempelhofer Berg (gr. Saal)

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten für den 5. u. 8. Kommunalwahlbezirk.
2. Bericht vom Parteitag in Leipzig.
3. Diskussion.
4. Bericht von der Provinzialkonferenz.
5. Diskussion.
6. Vereinsangelegenheiten.

III. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.
2. Bericht vom Parteitag und Diskussion.
3. Bericht von der Provinzialkonferenz und Diskussion.
4. Wahl eines Mitgliedes zur Agitationskommission.
5. Vereinsangelegenheiten.

IV. Kreis.

Kellers Festsäle (Inh. Freyer), Kopenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag.
2. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.
3. Verschiedenes.

V. Kreis.

Altes Schützenhaus, Finienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag.
2. Bericht von der Brandenburger Konferenz.
3. Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahl im 28. Bezirk.
4. Parteiangelegenheiten.
5. Vereinsangelegenheiten.
6. Verschiedenes.

VI. Kreis.

Germania-Häle, Chausseestr. 110.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl.
2. Berichterstattung von der Provinzialkonferenz.
3. Berichterstattung vom Parteitag in Leipzig.

Teltow-Beeskow.

Adlershof: bei Raul, Bismarckstraße 16.
Referent Uhm.

Baumshuldenweg:

in Speers Festsälen, Baumshuldenstraße 78.
Referent Heinig.

Riedorf.

Außerordentliche General-Versammlung
in Hoppe's Festsälen, Hermannstraße 49.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Parteitag in Leipzig. Referent Genosse Pagels.
2. Diskussion.
3. Neuwahl eines Zeitungsredakteurs.
4. Anträge, Verschiedenes.

Zu allen Versammlungen legitimiert das Mitgliedsbuch des betreffenden Wahlvereins.

Die Beteiligung aller Genossen und Genossinnen erwarten
Die Vorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitgliederversammlungen:

Einseger.

Mittwoch, den 29. September, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Eingang B part. (Arbeitsloftsaal).

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht der Kommission.
2. Bericht über die Baueinrichtungen.
3. Branchenangelegenheiten.

Stellmacher.

Donnerstag, den 30. September, abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Branchenangelegenheiten.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Auer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt IV, 3014.

Möbel-Fabrik

5 Reichenberger Straße 5

liefert Einrichtungen von 200, 300, 400, 500, 600, 800 bis 10 000 Mark.

Anerkannt gediegene Arbeit! 2518L*

Außerst billige Preise!

Auch Teilzahlung! Auch Teilzahlung!

Wer eine wirklich gute Pfeife rauchen will, der wähle unter den

Kapitän-Rauchtabaken

die von hervorragender Qualität in den verschiedensten Mischungen und Preislagen (in Päckchen von 10 Pf. bis 1,50 M.) in den meisten Zigarrengeschäften zu haben sind.

Spezialität: Feiner Goldshag in roten Düten.

Man achte jedoch genau auf das ges. gesch. Wort „Kapitän“. Päckchen ohne diese Bezeichnung weisen man als unecht zurück. 2182L*

Gen.-Vertrieb Karl Röcker, Grüner Weg 112.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Bureau: Neue Königsstr. 6. Filiale Berlin III. Teleph. Amt 7. Nr. 6734

Donnerstag, den 30. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im Schweizergarten, am Friedrichshain 29-32, am Königsstor:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Wäsche- u. Krawatten-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Schädlich-Hamburg über: „Lohn- und Tarifverträge mit besonderer Berücksichtigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Wäscheindustrie“.
2. Diskussion.

Kollegen, Kolleginnen und Mitarbeiterinnen! Erscheint alle in dieser Versammlung! Parteigenossen! Macht eure Frauen und Töchter, welche in unserer Branche tätig sind, auf diese Versammlung aufmerksam!
Die Einberufer.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter. Filiale Berlin I.

Bureau: Sebastianstr. 37/38, Hof rechts II.

Achtung! Kollegen u. Kolleginnen! Achtung!

Mittwoch, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engelauer 15:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage im Schneidergewerbe und die Stellung der Arbeitgeberverbände. Referent: Kol. Schädlich-Hamburg.
2. Angehts der äußerst wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiches Erscheinen.

Gelegenheitskauf.

Der Mensch im Spiegel der Natur.

Ein Volksbuch von E. A. Rothmüller. Neu bearbeitet von Thomas Schlegel. 5 Bände in 1 Band gebunden. Mit 99 Textillustrationen. Statt 6 Mark nur 2,50 Mark.

Ein interessantes naturwissenschaftliches Buch, dessen Anschaffung empfohlen werden kann.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Holzgrabenbrunn. — Amt VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung. * Lieferant für alle Krankenkassen.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochlinstraße.

2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Reichstraße 14, Hofpartie.

Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.

3. Wahlkreis: St. Frid, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.

4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Andreasstraße 17, Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).

4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Vaußnerplatz 14/15 (Laden).

5. Wahlkreis: Leo Sucht, Immanuelstraße 12 (Hof).

6. Wahlkreis (Noahit und Hansviertel): Karl Eubers, Salzweberstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Zeise, Nazarethkirchstraße 49.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Adlerstr. 35, Eingang Anflamerstraße.

Geandbrunnen: H. Trapp, Stellinerstr. 10.

Schönhauser Vorstadt: Karl Rars, Dohnerstr. 123.

Adlershof: Karl Schmarzlose, Hoffmannstr. 9.

Alt-Gliencke: Wilhelm Dürre, Audowerstr. 83 II.

Baumshuldenweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.

Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Dohlestr. 74, part.

Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenbühlstraße 1, Ecke Gabelstraße, Laden.

Eichwalde, Zenthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Fritz Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzstr. 81.

Erkner: Carl Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.

Friedenau-Steglitz-Südende: H. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Vertretungen nehmen entgegen in Steglitz:

H. Röh, Duppelstr. 32, und H. Schellhase, Thornstr. 15a.

Friedrichshagen: Ernst Bertram, Friedrichstr. 67.

Grünau: Hans Klein, Bohnstr. 6 III.

Hohen-Neuendorf: Wilhelm Lentzner, Stolperstr. 50 I.

Johannisthal: P. Lichte, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Karlshorst: Richard Hüter, Adelerstr. 9, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bohnstr. 13.

Köpenick: Emil Böhler, Kiekerstr. 6, Laden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzstraße 4, I.

Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf, Waldesstr. 14.

Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 208, Hof.

Neu-Weißensee: Kurt Rudmann, Sebanstr. 103, parterra.

Nieder-Schöneweide: Paul Bengsch, Grünauerstr. 8.

Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.

Ober-Schöneweide: August Henjes, Kaulsdorferstr. 2, I.

Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Mühlenstraße 30.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: B. Gursch, Kamelestr. 12, I.

Rixdorf: R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.

Rummelsburg, Boxhagen: H. Kosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gurostraße 2.

Schöneberg: Wilhelm Baumler, Markth. Luth. 51, im Laden.

Spandau: H. Popen, Rangstr. 9.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riegal, Borsigwalde, Rangstr. 10.

Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Rehdorfer Str. 4.

Tempelhof: Albert Zittel, Friedrich Wilhelmstr. 20.

Treptow: Rob. Gramann, Reicholzstraße 412, Laden.

Wilmerdorf-Malensee: Bittnebel, Landsbergerstr. 27.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1*

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Auf die am heutigen Abend 8 1/2 Uhr stattfindenden Generalversammlungen der Wahlvereine, in welchen Bericht über den Leipziger Parteitag erstattet wird, machen wir besonders aufmerksam und erwarten zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlungslokale sind aus dem Inseratenteil ersichtlich.

Die Vorstände.

Schöneberg. Heute Dienstag, den 28. d. M., abends pünktlich 8 Uhr, findet in den Neuen Rathauskellern, Meiningstr. 8, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Leipziger Parteitag. Referent: Genosse G. Fischer. 2. Diskussion. 3. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Genosse E. Döb. 4. Aufstellung der Kandidaten. 5. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Lichtenberg. Heute abend findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht vom Leipziger Parteitag. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Redakteur G. Davidsohn. 2. Diskussion. 3. Die neue Bezirkseinteilung. 4. Kassenbericht vom III. Quartal. 5. Vereinsangelegenheiten. — Die Teilnahme aller Genossen und Genossinnen ist notwendig. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute Dienstag, den 28. September, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Der Parteitag in Leipzig. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Steglitz. Heute Dienstag, den 28. Sept., abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Schellhals, Ahornstr. 15a. Tagesordnung: 1. „Berichterstattung vom Parteitag.“ Referent: Wölke. 2. Diskussion. 3. Antrag des 10. Bezirks auf Ausschluß des Genossen Sotisch. 4. Bericht von der Schiedsgerichtssitzung in Sachen Kentsch. 5. Abrechnung vom Sommerfest. 6. Sonstige Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Lankwitz. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, 29. September, abends präzis 8 1/2 Uhr, bei Ebel, Mariensfelder Str. 9, statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag durch Genossen Fischer-Schöneberg. Diskussion. Beschlusfassung über die stattfindenden Frauen-Versammlungen. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Es ist Pflicht der Genossinnen, in dieser Versammlung zu erscheinen, um mögliche Wünsche betreffs der Ausgestaltung der Versammlungen zu besprechen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant der Witwe Perke, Friedrichstr. 112. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Bericht über die Generalversammlung des Wahlvereins in Berlin und des Kreises. Vereinsangelegenheiten. Darunter der Antrag über die Verlegung des Versammlungsabends. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Grünau, Zeuthen, Niedersorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Spätmann in Zeuthen statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins. 3. Ergänzung zum Vorstande. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf-Nö. Heute abend 8 Uhr findet bei Fall, Hausstr. 43 die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal von W. Otto, Berliner Str. 113, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse J. Woff. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 28. September, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstr. 42, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Gedenkfeier für Adolf Herrmann.

Zu einer wichtigen Demonstration gestaltete sich die am Sonntag erfolgte Enthüllung des Gedenksteines für den vor drei Jahren durch den Gendarmen Jude erschossenen Genossen Adolf Herrmann aus Hohen-Neuendorf. Gewaltige Menschenströme begaben sich nach Stolpe zu der Gedächtnisfeier hinaus. Lange vor der festgesetzten Zeit war der Saal des Bergemannschen Lokals überfüllt. Gegen 5000 Personen fanden keinen Einlaß mehr und warteten vor dem Lokal. Die Feier wurde von dem Gesangsverein „Rote Rose“ Berlin mit einem gefühlvoll gesungenen Arbeiterlied eingeleitet. Dann rief Genosse Stadthagen in einer kurzen, von häufigen spontanen Ausdrücken der Empörung unterbrochenen Rede den ungeheuerlichen nächtlichen Mordfall und das völlige Versagen der Justizbehörden ins Gedächtnis. Zum Schluß forderte er unter lebhaftem Beifall auf, den Dank an die opferfreudige Tätigkeit des so jäh aus dem Leben gerissenen Genossen abzujagen und Vergeltung an der bürgerlichen Gesellschaft, die ungeführt die Tat gelassen hat, zu üben durch unablässiges, nimmermüdes Eintreten für die Ziele der Sozialdemokratie und dadurch ähnliche Vorkommnisse unmöglich zu machen. Nach dem Schlußgefang des Liedes „Empor zum Licht“ zogen wohl gegen 6000 Personen, Männer und Frauen, darunter über 900 Mitglieder des Arbeiterabfahrerbundes, von Stolpe aus an dem Orte der ungesühnten Tat vorüber nach dem Kirchhof in Hohen-Neuendorf. Dort harrten mehrere Tausende bereits der Enthüllung des Denksteins. Gegen 1/4 Uhr erfolgte sie. Ein mächtiger Naturblitz aus rotem Granit trägt die Inschrift:

Unserem unvergeßlichen Bezirksführer Adolf Herrmann, erschossen auf dem Heimwege vom Jageländ in der Nacht zum 28. September 1906 durch den Gendarmen Jude.

Vor dem Denkstein hat der Arbeiterabfahrerbund einen einsachen, aber prächtig wirkenden Sarkophag gesetzt mit der Inschrift:

Dies ruht unser brader Sportgenosse Adolf Herrmann, geboren am 8. Dezember 1872, gestorben an einer Schußverletzung am

28. September 1906. Gewidmet vom Bezirk Gau IX des Arbeiterabfahrerbundes Solidarität.

Bis die vieltausendköpfige Menschenmenge an dem Grabhügel vorbeidestiliert war, vergingen wohl zwei Stunden. Teilnahmsvolles Schweigen, aber auch blühende Augen in kampfesfrohen Mienen ringsum. Ein erhebender Beweis dafür, daß die Arbeiter ihre Mitkämpfer nicht vergessen und daß Schreckenstaten nur erhöhte Kampfeslust und frohe Siegeszuversicht in ihr auslösen können. Im strahlenden Glanze lagen die letzten Strahlen des Tagesgestirns auf der eigenartigen Szenerie, die gegen 10000 teilnehmende Zuschauer umschloß. Wie flüssiges Gold leuchtete im Sonnenglanz die Inschrift in Blutbuchstaben, die den Schuldigen und Mitverantwortlichen wie Flammen in die Seele brennen mögen.

Keinerlei Disharmonie störte die erhebende Feier. Auf dem Bahnhöfen in Hohen-Neuendorf spielte sich noch eine kleine Szene ab. Dort entdeckten auf dem Perron Genossen in einem Mann mit roter Kette im Knopfloch den Kriminalschutzmänn Hartwig. Wie unsere Leser sich entsinnen, ist es derselbe Mann, der an der Wahlrechtsdemonstration teilnahm und sich darüber freute, daß sein Bezirksführer Siebe befam, derselbe Hartwig, der sich später unter die Zuhörer der Brandenburger Provinzialkonferenz gemischt hatte und dort hinausgewiesen wurde. Als mehrere Genossen diesen Hartwig mit bezeichnenden Blicken beaugenscheinigten und einer derselben ihn fragte: „Nun Herr Hartwig, was suchen Sie denn hier?“ nahm er von einer Ladefalbe begleitet schleunigst Reißens.

Der Fonds für städtische Kunstzwecke.

In den Etat der Stadt Berlin werden jährlich 100 000 M. für Kunstzwecke eingestellt, ein Betrag, der durchaus nicht als ein besonders nennenswerter zu bezeichnen ist. Trotzdem aber wird große Zurückhaltung geübt und alles getan, damit dieser Betrag ja nicht ausgegeben wird. Im Rechnungsausschuß wurde dieser Tage folgendes festgestellt: „Ausgegeben sind im Jahre 1906 nur 32 013 M., so daß also zu dem bereits zu Anfang des Jahres 1906 vorhandenen Restfonds von 394 729 M. wiederum 67 987 M. zugeflossen sind, so daß sich am Schluß des Jahres 1906 der Fonds für Kunstzwecke auf 462 716 M. erhöhte. Es dürfte nun wohl in Erwägung zu ziehen sein, so heißt es im Protokoll des Rechnungsausschusses, ob es für die Folge noch notwendig sein wird, alljährlich einen Betrag von 100 000 M. in den Etat einzustellen, und ob diese Summe für eine Reihe von Jahren nicht auf die Hälfte ermäßigt werden kann. Eine jährliche Bewilligung von 50 000 M. und der bereits vorhandene Fonds dürften sicherlich für eine Reihe von Jahren ausreichen, um dem Bedürfnis von Ausgaben für Kunstzwecke zu genügen.“

Im Rechnungsausschuß wandte sich Genosse Leid gegen die Anregung, in Zukunft eine geringere Summe als bisher in den Etat einzustellen, weil man ja gar nicht wisse, wie hoch im Augenblick der Fonds der Kunstdeputation sich belaufe und mit welchen Absichten sich die Deputation trage. Ein einziges größeres Kunstwerk kann sehr leicht auf einmal eine erheblich große Summe verschlingen. Zu verkennen ist allerdings nicht, daß die Anhäufung größerer Mittel dazu beitragen kann, Erwägungen auf Herabsetzung der jährlichen Zuwendungen zum Kunstfonds die Wege zu ebnen.

Die Markthallendeputation hatte sich in der letzten Sitzung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der in den Hallen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Handwerker zu befassen. Der Arbeiterausschuß hatte nachstehende Anträge gestellt:

- 1. Regelung bezw. Erhöhung der Löhne auf der Basis der Wochenlöhne für 7 Tage berechnet: Forderung für Fuhrkutschmänner und Arbeiter, Anfangslohn 28 M., jährlich steigend 1,05, nach 5 Jahren 33,25 M.; für Handwerker, Wochenlohn 33,25, jährlich steigend 1,75, nach 5 Jahren 42 M.; für Reinigungsfrauen, Wochenlohn 17,50, jährlich steigend 0,70, nach 5 Jahren 21 M.; für Lampenwärter, Kohrleger, Heizer, Monatslohn 180 M., jährlich steigend 10 M., nach 5 Jahren 180 M.
- 2. Für Ueberstundenarbeit in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends 50 Proz. für nicht arbeitsplanmäßige Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit (von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) 100 Proz. Zuschlag zu gewähren.
- 3. Verringerung des Sommerurlaubs und zwar: nach einjähriger Dienstzeit 7 Tage, nach fünfjähriger Dienstzeit 14 Tage.

Herr Stadtverordneter Sachs als Referent machte geltend, daß die Arbeiter erst vor kurzer Zeit aufgebessert seien, daß ein Anfangslohn von 3,75 zur Erhaltung genügen müsse, ja daß in unseren anderen Anstalten, wie in der Parkverwaltung und den Gasanstalten zum Teil bedeutend niedrigere Löhne gezahlt würden; die Höchstlöhne seien erheblich höhere als in anderen Anstalten. Dasselbe treffe auch für die Reinigungsfrauen und für die Handwerker zu. Die Lohnfrage wie auch die Urlaubsfrage könnten nur durch den Magistrat generell geregelt werden. Herr Sachs ersuchte um Ablehnung der Wünsche der Arbeiter.

Von der Direction wurde bekanntgegeben, daß die Durchführung der Forderungen eine Ausgabe von 12 000 M. erfordern würde, eine Summe, die bei dem Stande der Markthallen zu berücksichtigen sei. Stadtverordneter Gynge trat lebhaft für die Forderungen der Arbeiter ein; er wies namentlich auf die fortgesetzte Steigerung der notwendigsten Lebensmittel hin. Magistrat und Stadtverordnete hätten dies ja auch bei den Beamten anerkannt und dementsprechend die Gehälter zum Teil recht erheblich erhöht. Eine Rücksicht auf andere Verwaltungen und auf die finanzielle Lage der Markthallen sei nicht am Plage, wo es gelte, den Arbeitern die Mittel für den nötigsten Unterhalt zu gewähren. Die Forderungen der Arbeiter seien so beschiedene, daß sie schon aus Billigkeitsgründen bewilligt werden sollten. Eine ganze Reihe von Städten hätten den Anfangslohn auf 4 Mark und den Höchstlohn auf 6 Mark festgesetzt; es sei endlich Zeit, daß Berlin folge. Auf eine generelle Regelung durch den Magistrat könne nicht gewartet werden, da sich dieser immer auf die Vorschläge der einzelnen Verwaltungen beziehe. Ueberstunden und Nachtarbeit würden in einer ganzen Reihe von städtischen und Privatbetrieben mit 50 und 100 Proz. Zuschlag bezahlt; ebenso würde der Urlaub in einer größeren Zahl von Städten und Privatbetrieben schon nach einem Jahr gewährt. Alle diese Ausführungen waren vernehmlich, nur der deutschforstliche Kolosowsky stellte sich auf den Standpunkt von Gynge, während die Magistratsmitglieder und die übrigen Stadtväter stillschweigend sich Herrn Sachs anschlossen und sämtliche Anträge ablehnten. Die Arbeiter werden sich nun an den Magistrat um generelle Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wenden müssen; viel nützen wird es zwar auch nicht.

Vom Flugfeld.

Der für Sonntag anderamte Beginn der großen Berliner Flugwoche bei Johannisthal war durch den ziemlich starken Wind ungünstig beeinflusst und auch der Besuch der Veranstaltung am ersten Tage blieb hinter den gegebenen Erwartungen zurück. Inmmerhin hatten sich aber 10—15000 Personen auf den Tribünen und Stehplätzen eingefunden, während eine mindestens ebenso große Anzahl von Zuschauern auf den Feldern und Chaussees in der Umgebung des Flugplatzes Aufstellung genommen hatte. Der Anfang der Wettflüge war auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt, verzögerte sich aber ungewöhnlich lange. Um 1 1/2 Uhr wurde durch Flaggen-signal bekannt gegeben, daß eine Wettfahrt wahrscheinlich stattfinden werde. Später wurde ebenfalls mittels Flaggen-signal die Windstärke bekannt gegeben, sie betrug 5 bis 7 Sekundenmeter. Bei dieser Stärke war allerdings das Unternehmen eines Wettfluges zweifelhaft. Gegen 4 Uhr trat vorübergehend ein Rückgang in der Windstärke ein und nun wurde durch Flaggen-signal mitgeteilt, daß ein Wettflug bestimmt stattfinden würde. Es sollte ein Schnellflugsflug abgehalten werden. Gegen 1/2 5 Uhr wurde der Plan aber wieder aufgegeben und beschlossen, mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit und weil der Wind unbestimmt war, nur eine allgemeine Versuchsfahrt zu veranstalten, zu welcher zuerst der Zweibecker des Barons de Caters startete. Gegen 1/2 5 Uhr wurde der de Catersche Woffin-Doppelbecker aus dem Schuppen herausgebracht und von den Monteuren nach der Westseite des Flugfeldes geschafft. Zehn Minuten vor 5 Uhr wurde der Motor angebracht und nach einem Anlauf von zirka 120 bis 150 Meter erhob sich der Aeroplan in die Lüfte. Baron de Caters steuerte zunächst nach der Mitte des Feldes auf das Zielrichtscheutau zu, machte kurz vor dem Signalmast eine scharfe Wendung und flog in glatter Fluglinie in einer Höhe von etwa 10 bis 15 Meter an den Tribünen vorüber. An der Westseite des Geländes angelangt, bemerkte man, daß der Motor des Fliegers zeitweise verlagte, und nach zwei weiteren Minuten senkte sich der Apparat zur Erde, wo er ziemlich heftig aufschlug. Um 5 Uhr wurde der Einbecker Blériot aus der Halle herausgeführt. Nach kurzer Anlauf stieg der Kanalfieger an der Startlinie empor und erhob sich zu einer Höhe von zirka zwanzig Metern, in welcher er in gleichmäßigem Flug die gesamte Flugbahn umflog. Nach sechs Minuten landete Blériot in der Nähe der Halle. Um 1/2 6 Uhr fand die Wettfahrt um den Geschwindigkeitsspreis statt, zu welcher zuerst der Aeroplan des Barons de Caters startete. Er mußte jedoch schon nach vier Minuten niedergehen, und zwar infolge Verhinderung der Zündungstergen. Blériot erhob sich nach kurzem Anlauf in die Luft, landete jedoch bereits bei der vierten Runde. Die Zeiten, die der Kanalfieger erreichte, sind folgende: 1. Runde 2 Minuten 53 Sekunden, 2. Runde 2 Minuten 42 Sekunden, 3. Runde 2 Minuten 52 Sekunden, 4. Runde 4 Minuten. Während der vierten Runde senkte sich der Aeroplan Blériots zur Erde, der Grund war nicht ersichtlich. Während der Flüge Blériots verachte Sanchez Vesa mehrere Male mit seinem Flieger hochzukommen, jedes mal verlagte jedoch der Motor, so daß der Aviatiker vorläufig von einer Fahrt Abstand nahm. Le Blanc, der Schüler Blériots, startete gegen 6 Uhr auf dem Blériotischen Apparat im Geschwindigkeitsspreis. Er fuhr gut an und erhob sich bis zu einer Höhe von 50 Metern. In dieser Höhe überstieg sich der Flieger plötzlich und der Einbecker stürzte zur Erde nieder. Der Führer fiel auf die Hände und kam glücklicherweise ohne Verletzungen davon. Zehn Minuten nach 6 Uhr wurden die Wettflüge beendet.

Latham's Ueberlandflug.

Der kühne französische Aviatiker Latham, der sich durch seine schneidigen Flüge auf dem Tempelhofer Felde im Sturm die Sympathien des Publikums erobert hatte, führte am Montag nachmittag den ersten Ueberlandflug aus, den Deutschland bis jetzt gesehen hat. Kurz nach 3 Uhr wurde der Aeroplan ins Freie gebracht. 5 Minuten nach 1/2 4 Uhr erfolgte der Aufstieg, der diesmal nicht einer Vorführung vor dem Publikum galt, sondern dem Abflug nach dem Flugfeld bei Johannisthal. Die Flugmaschine erhob sich wie immer nach kurzer Fahrt gegen den Wind, der diesmal aus Westen kam, und bog dann nach Osten um. Bevor Latham seine Fahrt nach Johannisthal antrat, erhob er sich in eleganter Scheifensfahrt über dem Felde in immer größere Höhe, um dann in 80 Meter, später in 120—200 Meter Höhe, in der Richtung nach Südosten davonzukommen. In weitem Vogen durchflog die Maschine den in der Luftlinie 10 Kilometer weiten Weg, dessen Endziel durch einen Fesselballon markiert war. Von einem erhöhten Punkt am Tempelhofer Feld aus konnten wir beobachten, wie Latham, am Ziele angekommen, in gewaltiger Höhe den Ballon überflog und in weitem Vogen das Flugterrain erst noch in 200 Meter Höhe einmal umkreiste, bevor er niederging. Die gesamte Dauer dieses imposanten Fluges, der sich über mindestens zwei deutsche Meilen erstreckte, betrug 15 Minuten. Den wenigen Zuschauern, denen vergdunt war, diese grandiose Flugleistung von Anfang bis zu Ende zu verfolgen, erlebten einen noch ungleich stärkeren Eindruck, als selbst beim Besuche Zeppelins.

Bei den gestrigen Wettflügen handelte es sich zunächst um den Geschwindigkeitsspreis. Farman stieg um 5 Uhr 47 Min. auf und erzielte folgende Resultate: 1. Runde: 2 Min. 22 1/2 Sek., 2. Runde: 2 Min. 43 Sek., 3. Runde: 2 Min. 47 1/2 Sek., 4. Runde: 2 Min. 42 1/2 Sek., 5. Runde: 2 Min. 48 1/2 Sek., 6. Runde: 3 Min. 1 Sek., 7. Runde: 2 Min. 48 1/2 Sek., 8. Runde: 2 Min. 44 1/2 Sek. Der Aviatiker hat also insgesamt 20 Kilometer in der Zeit von 21 Min. 5 1/2 Sek. zurückgelegt.

Es starteten noch Moulon, Latham, Duffour, Sanchez Vesa und Baron de Caters, die jedoch mit ihren Apparaten nicht hoch kamen. Blériot stieg um 6,17 Uhr auf und erzielte folgende Resultate: 1. Runde 3 Minuten 18 Sekunden, 2. Runde 3 Minuten 59 1/2 Sek.; bei der dritten Runde mußte der Luftschiffer niedergehen. Le Blanc, der Schüler Blériots, legte vier Runden in je drei Minuten zurück. Damit waren die gestrigen Wettflüge beendet.

Ohne Licht.

Gestern abend um 7 Uhr verlagte plötzlich die elektrische Beleuchtung in der Friedrichstraße von der Leipziger Straße bis zur Behrenstraße und den anliegenden Straßenbögen. Der ganze Stadtteil war fast vollkommen in Finsternis gehüllt. Die großen Juwelengeschäfte schlossen sofort ihre Läden; die übrigen Geschäfte hielten sich notdürftig mit Kerzenbeleuchtung auf den Ladentischen und rasch herbeigeholten Petroleumlampen. Natürlich war die Finsternis auch dem Wagenverkehr, der gerade um diese Zeit stark einsetzt, sehr hinderlich. Jenseits der Leipziger Straße und Unter den Linden erstarkte alles in hellem Glanze. Nach 9 Uhr war die unangenehme Störung, die von der Zentrale in der Markgrafenstraße ausging, wieder gehoben.

Revolverszene im Bouillonkeller. Ein wüster Austritt spielte sich in der Nacht zum Sonntag in der Kleinen Frankfurter Straße 15, im Nordosten Berlins, ab. In dem Hause befindet sich ein sogenannter „Bouillonkeller“, der von dem Speisewirt Wilhelm Reonhardt betrieben wird. Das Lokal war am Sonnabend abend stark besucht. Gegen Mitternacht entspann sich zwischen Gästen und dem Wirt ein heftiger Streit, der schließlich zu Tötlichkeiten ausartete. Plötzlich zog Reonhardt einen Revolver hervor und feuerte mehrere Schüsse auf seine Gegner ab. Eine Kugel traf den 24jährigen Arbeiter Hans Lange aus der Gr. Frankfurter Str. 64, und zwar in das linke Auge. Schwerverletzt brach der Unglückliche

zusammen. Er wurde sofort nach der 1. Kl. Klin. in der Fiegelstraße gebracht, wo die Ärzte eine Operation vornehmen mußten. Wahrscheinlich wird lange das Augenlicht verlieren. Leonhardt wurde von der Polizei festgenommen, obgleich er in der Rotwehrt gehandelt haben will.

Geschädigte Straßendrücker. Nebel zugerichtet wurde in der Sonntagstraße durch seine Verfolger ein Straßendrücker, der in der Antrumerstraße im Rodden der Stadt einer Kassiererin aus Charlottenburg die Handtasche mit 50 M. Inhalt entriß. Es handelt sich um den 19-jährigen Goldschmiedehilfen Heinrich Gense, der aus Kolberg stammt und zurzeit wohnungslos war. Der junge Mann schlich sich hinter der Kassiererin her und raubte in einem günstigen Augenblick die Handtasche, um damit zu fliehen. Durch die Hilferufe der Bestohlenen wurden aber andere Straßendrücker auf den Durschen aufmerksam und verfolgten ihn. In der Sprengelstraße gelang es, den Flüchtenden zu ergreifen. In der Wut schrie der Verfolger über den Straßendrücker her und übte grausame Lynchjustiz. Nicht nur mit Stößen, sondern auch mit dem Messer wurde der Rebell bearbeitet. Dann übergab man ihn der Polizei, die den Schwerverletzten zunächst in dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus verbinden ließ und dann nach der Charité schaffte, wo er als Polizeigefangener Aufnahme fand. Die geraubte Handtasche wurde der Kassiererin wieder eingehändigt.

Wegen schwerer Verletzungen ist der Pastor Friedrich Jacobs aus Lausa bei Landsberg a. W., der in seiner Gemeinde vermisst wurde, verhaftet worden. Jacobs war der Seelsorger seiner kleinen Dorfgemeinde und der umliegenden Ortschaften. Er hat eine leidende Frau, zu deren Unterstützung er Dienstmädchen hielt. Diese erhielt er in der Regel aus Waisen- oder Erziehungsanstalten. Es waren Mädchen, die einer besonderen Obhut bedurften. An einigen von ihnen hat sich Jacobs vergangen. Auf Grund einer Anzeige wurden Ermittlungen eingeleitet, die dann auf die Spur eines Verbrechens gegen das leibende Leben führten. Bei einem Dienstmädchen Frida Vogenhardt hatte der Umgang mit dem Pastor Folgen gehabt. Nachdem es sich der Frau Pastor offenbart hatte, brachte Jacobs es nach Berlin zu der Kaiserin Amanda Passante. Diese beauftragte auf seine Veranlassung die Folgen und erhielt dafür 200 Mark. Unterdessen trat der Pastor auch zu seinem neuen Dienstmädchen schon wieder in Beziehungen. Nebenher erneuerte er seine Verbindung mit Frida Vogenhardt, die in Berlin geblieben war. Mit ihr und Freundin von ihr besuchte er sogar Nachtlokale der Berliner Lebewelt und sandte von hier aus Ansichtspostkarten ab, die er und die Mädchen unterschrieben und die zum Teil Berlin bei Nacht zeigten. In der Gemeinde war es schon aufgefallen, daß Jacobs häufig nach Berlin fuhr und auch die Nächte wegblieb. Aber niemand wußte bestimmt, was ihn dorthin veranlaßte. Ebenso wenig ahnte er selbst, daß sein ganzes Treiben allmählich der Staatsanwaltschaft bekannt geworden war. Diese verurteilte seine Verhaftung, und als er nun wieder nach Berlin kam, um sich mit Frida Vogenhardt in der Friedrichstraße zu treffen, wurde er hier beim Stehdiene in einem Lokale festgenommen. Auch die Kassiererin wurde verhaftet, aber nach mehreren Tagen einweisen wieder auf freien Fuß gesetzt. Jacobs blieb in Untersuchungshaft. Die Nachfolgerin der Vogenhardt, die den Dienst ebenfalls verlassen hatte, wurde jetzt auch in Berlin ermittelt.

Wegen Sittlichkeitsvergehens wurden ein Schuhmacher Oswald Christ aus der Eißelstraße und ein Berliner Kaufmann in der Wilsdorfstraße verhaftet. Jener verging sich an mehreren Mädchen unter 14 Jahren, die er aus dem Hause und der Nachbarschaft in seine Wohnung lockte, dieser an einem sechsjährigen Mädchen, das er in einem Laden traf.

Schmer verunglückt ist gestern Abend der 53 Jahre alte Kaufmann Eugen Dorn, Bamberger Straße 4. Beim Ueberfahren des Fahrdammes an der Kreuzung der Augustburger und Passauer Straße geriet D. so unglücklich zwischen einen Motorwagen der Linie 54 und ein Privatautomobil, daß er förmlich zwischen die beiden Gefährte eingeklemmt wurde. Er erlitt schwere innere Verletzungen und eine Wehrerschütterung und mußte in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Der Tod im städtischen Obdach. Auf der Prüße hat der 68 Jahre alte Arbeiter Friedrich Wendler sein Leben ausgehaucht. Der alte Mann war längere Zeit arbeits- und wohnungslos und hatte im städtischen Asyl in der Preußische Straße Zuflucht gefunden. Während der Nacht wurde er plötzlich von einem Herzschlag getroffen, dem er nach kurzer Zeit erlag. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

In einem bellagendwerten Zustand wurde gestern im Tegeler Forst die Ehefrau des Kaufmanns Sager aus der Grünhaldener Straße aufgelesen. Der Förster Monks traf sie nur mit einem Hemd bekleidet an, das vollständig durchnäßt war. Die Unglückliche bot ein Bild grenzenlosen Elends. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine Geistesranke handelte. Sie wurde zunächst nach dem nahen Forsthaus und später nach einer Heilanstalt gebracht.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonntag früh eine Arbeiterfrau erlitten, indem sie am genannten Tage gegen 10 Uhr vormittags in der Eberlystraße ein Portemonnaie mit 70 M. in Gold und 250 M. Silbergeld verlor, ihre gesamten Vorräte. Sie bittet den eventuellen Finder um Abgabe Eberlystr. 43 I.

Feuerwehrrücktritt. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde in der Nacht zum Sonntag der 16. Zug nach der Weissestraße 20 gerufen. Das Feuer war um Mitternacht ausgebrochen und hatte gleich eine ziemlich Ausdehnung erreicht. Die Bemühungen der Feuerwehr gelang es indes, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Schaden ist bedeutend, die Entstehung unbekannt. Am Sonntag gegen 11 Uhr mittags wurde die Feuerwehr von fünf verschiedenen Seiten nach der Gormannstraße 10/11, Ecke der Puladstraße, alarmiert. Die Feuerwehr rückte mit 20 Fahrzeugen aus in der Annahme, daß mindestens „Mittelfeuer“ die Ursache der zahlreichen Alarme sei. Es stellte sich aber heraus, daß nur ein Milgenlager brannte. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Ferner hatte die Feuerwehr noch in der Reichsberger Straße 144, Gerichstr. 8 und anderen Stellen zu tun. Feuermeldungen liefen noch aus der Strakmannstr. 37, Lotzring Straße 82, Weissestraße 39 und anderen Orten ein. Die Charlottenburger Feuerwehr wurde in der letzten Nacht höflichstweise alarmiert. Der Täter ist entkommen. Außerdem kam in einer Raubei durch Unvorsichtigkeit Feuer aus, wobei ein Hah mit Del in Brand geriet. Es gelang aber die Gefahr schnell zu beseitigen und die Flammen auf ihren Herd zu beschränken.

Vorort-Nachrichten.

Zehlendorf (Teltow-Weesstow).

Aus der Gemeindevertretung. Im Monat August wurde im „Berliner Tageblatt“ ein Artikel veröffentlicht, in dem dargelegt wurde, daß im letzten Herbst in Zehlendorf viel eingeschossen worden sei, ohne daß es gelang, die Täter zu entdecken. Die Gemeindevertretung beschloß sich sehr eingehend mit diesem Artikel, der ihre höchste Entschiedenheit hervorgerufen. Es wurde erwandt, daß das Wächterpersonal nicht sehr geeignet sei. Man solle kräftige, ausgebildete Soldaten heranziehen, die sich nicht scheuen, den Eindringern eventuell entgegenzutreten. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß er schon bestrebt sei, diesem Uebelstand abzuwehren. Die Wächter werden nicht mehr auf Lebenszeit, sondern mit kurzfristigen Kündigungsfristen eingestellt, um so leichter einen Wechsel vornehmen zu können. Damit hat der Herr Bürgermeister zwar ungewollt, den einen Grund der Unsicherheit Zehlendorfs berührt. Welches Interesse soll denn aber ein Nachwächter an der Sicherheit Zehlendorfs haben, wenn er mit seiner Tätigkeit auf so unsicheren Boden steht, daß er schließlich wegen eines geringen Vergehens den Kaufpaß erhält? Einen anderen Grund, den die Gemeindevertretung nicht erkannt zu haben scheint, wollen wir hier mitteilen. Die erbärmliche Be-

zahlung zwingt diese Sicherheitsbeamten der Nacht, den Tag, den sie doch dringend zur Ruhe bedürfen, zur Beschaffung der nötigen Frischmittel zur Hilfe zu nehmen. Sie müssen Totengräberdienste und sonstige Nebenarbeiten verrichten; und das mit Wissen, ja sogar wohl unter dem Protektorat der Gemeindeverwaltung. Ist es denn da ein Wunder, daß die Sicherheit Zehlendorfs in Frage gestellt wird? Eine anständige Bezahlung ohne den Zwang der Ueberbürdung würde tüchtige Leute genug veranlassen, sich zur Verfügung zu stellen. Man kennt wohl die Notwendigkeit guter Bezahlung und kurzer Arbeitszeit bei den hohen Beamten, gegenüber den niederen versteht aber leider die Einsicht. Da helfen auch keine Polizeifunde. Im übrigen war es interessant, zu hören, daß Zehlendorf mit seinem Spürhund Hiaslo gemacht hat. Jedenfalls ist dieses Zugeländnis geeignet, die großen Erwartungen von den vierbeinigen Detektiven etwas herabzumindern. Die Gesamtkosten der Kanalisation für Zehlendorf werden circa 2,8 Millionen Mark betragen. Ueber die Art der Ausführung dieser Kosten wird voraussichtlich in Kürze eine Sitzung der Gemeindevertretung stattfinden. Die Auffassung des Gemeindevorstandes, daß der interessierte Grundbesitz die Mittel aufzubringen hat, scheint bei diesem nicht gerade auf Gegenliebe zu stoßen. Man kann sich also auf einen interessanten Kampf gefaßt machen. Wer der leidende Teil sein wird, läßt sich noch nicht absehen, denn in Zehlendorf herrscht bekanntlich das nackte Geldjagdinteresse.

Ober-Schöneweide.

Ein Einbruchdiebstahl wurde in der hiesigen Ortskrankenkasse in der Nacht zum Sonntag verübt. Den Einbrechern, welche wohl mit größter Sachkenntnis zu Werke gegangen sind, fielen circa 6000 M. als Beute in die Hände.

Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Von der liberalen Fraktion lagen drei Interpellationen vor, die zunächst zur Verhandlung kamen. Die erste Anfrage bezog sich auf die Pflasterung der Luisenstraße, welche sich augenblicklich in einem trostlosen Zustande befindet. Die Antwort des Magistrats lautete, daß durch die Rohrlegungsarbeiten zur Kanalisation der Boden derartig aufgewühlt sei, daß, um die Pflasterung nicht durchbrechen zu lassen, derselbe erst sodann müsse. Im Frühjahr soll mit den Arbeiten begonnen werden. Die zweite Anfrage nahm Bezug auf die Zusammenstellung der Elektrizitätskommission; derselben gehören drei Stadträte an. Die Interpellanten wünschten Aufklärung, nach welchen gesetzlichen Bestimmungen der Magistrat zu dieser Vertretung in der Kommission gekommen sei. Bürgermeister Dr. Vangerhans berief sich auf die Städteordnung; nach § 59 derselben läge es dem Bürgermeister anheim, die Zahl der Mitglieder für die einzelnen Kommissionen zu ernennen resp. den Vorsitzenden zu bestimmen. Auch die Geschäftsordnung der Elektrizitätskommission vom 27. März 1908 belege daselbe. Stadtr. Gumig (Lsb.) wies in der Debatte darauf hin, daß in allen anderen Kommissionen vom Magistrat nur ein Vertreter fige. Um zu verhindern, daß der Magistrat die Mehrheit in der erwähnten Kommission hat, müssen von der Stadtverordnetenversammlung mehr Vertreter gewählt werden. Nachdem Bürgermeister Dr. Vangerhans darauf hingewiesen, daß zwischen Kommission und Ausschuss ein Unterschied besteht, schloß auch diese Debatte. Im Hause Vorkommnisse. 18 ist die Gasleitung abgebrochen, trotzdem die Mieter ihren Verpflichtungen in finanzieller Beziehung pünktlich nachkommen sind. Da vom Magistratsrat erklärte wurde, daß in der Angelegenheit ein Verfahren schwebt, weitere Mitteilungen aber nicht zu machen sind, beantragten die Anwesenden, diese Vertagung in die geheime Sitzung zu verlegen. Stadtr. Wolf (Soz.) wandte sich entschieden gegen dieses Verfahren, wenn Interpellationen einen Zweck haben sollten, dann doch nur dadurch, daß sie öffentlich verhandelt würden. Stadtr. Rieck (Soz.) vertrat den Standpunkt, daß, wenn den Mietern ohne eigenes Verschulden die Gasleitung genommen worden sei, die Betriebsleitung der Gasanstalt nicht den richtigen Weg eingeschlagen habe. Der Antrag auf Vertagung der Sache in die geheime Sitzung wurde zurückgezogen, hiermit war auch die dritte Anfrage erledigt. Zur Begründung einer neuen Oberlehrerstelle an der Realschule wurde darauf hingewiesen, daß zurzeit 55 Lehrstunden unterricht sind. Nach kurzer Debatte wurde diese Stelle genehmigt. Der Anschaffung der Pumpsation IV aus dem Betriebe der Kanalisation wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Stadtr. Jaskob (Lsb.) trat bei dieser Gelegenheit wieder für den Bau der elektrischen Straßenbahn nach den Müggelbergen ein.

Töblicher Abbruch von der Straßenbahn. Der Mann Teubner vom 1. Garde-Infanterie-Regiment, das gegenwärtig noch in Köpenick im Quartier liegt, hatte vorgestern einen Strohhalmwagen vom Bahnhof nach der Stadt benutzt; an der Kasseiße in der Friedrichshagener Straße sprang er von dem Wagen herunter, während dieser sich noch in der Fahrt befand. Er kam zu Fall und erlitt einen schweren Schädelbruch. In befremdlichem Zustande wurde der Soldat nach einem in der Nachbarschaft wohnenden Arzt gebracht und später nach dem Tempelhofer Garnisonlazarett übergeführt, wo die Ärzte aber nur noch den inzwischen eingetretenen Tod bei ihm konstatieren konnten.

Trebbin (Kreis Teltow).

Mit der Bierfrage beschäftigt sich eine von über 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung. Genosse Heintze schilderte die von einer hierzu eingesetzten Kommission mit dem hiesigen Gastwirtverein in der Bierpreisangelegenheit gepflogenen Verhandlungen. Derselben sind jedoch, wie der Referent betonte, durch Verschulden des Gastwirtvereins nicht zum Abschluß gelangt. Die Vertagung der Angelegenheit führte eine lange Diskussion herbei, in welcher beklort wurde, daß die Konsumenten nicht bereit seien, die aber die Regierungsvorlage hinausgebenden Wehrforderungen der Geschäftsleute zu tragen. Die Gastwirte mögen vielmehr sehen, wie sie die Dividenden der Branereien etwas beschränken und ihnen die Steuern überlassen können. Als Nebenredner in der Versammlung traten das Verhalten des hiesigen Gastwirtvereins, welcher durch Ignorierung der Kommissionsvertreter die gütlichen Verhandlungen zum Scheitern gebracht hätte. Sie forderten deshalb die Verbestattung des alten Rates zu den früher gezahlten Preisen. Es waren nur vier Gastwirte anwesend, drei davon erklärten, daß sie nur als Privatperson, nicht aber in Vertretung des Gastwirtvereins anwesend seien. Nur der Bahnhofswirt Herr Ribbel ging sachlich auf die Diskussion ein, konnte es aber doch nicht verhindern, daß die bekannte Berliner Resolution mit dem Nachsatz: „Die Partei, Gewerkschaften und Sportvereine werden verpflichtet, überall da, wo obige Bedingungen nicht eingehalten werden, von Vergnügungen oder Versammlungen jeder Art Abstand zu nehmen“, angenommen wurde. Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Leiter derselben die Anwesenden, in Anbetracht des Beschlusses vom Leipziger Parteitag sich jedes Schnapsgemisches zu enthalten.

Tegel.

Einem schrecklichen Tod hat der 83 Jahre alte Monteur Karl Armelung geschunden. Er hatte für die Firma Drunmann u. Co. auf dem Gelände der Berliner städtischen Gasanstalt 70 Zentner schwere eiserne Stäben für die Errichtung eines neuen Heiortenhauses aufgestellt. Während er mit mehreren Arbeitern mit dem Hochwinden der Stäben beschäftigt war, stürzte plötzlich ein eiserner Klöben, der sich aus der Konstruktion gelodert hatte, in die Tiefe und traf K. so unglücklich am Kopf, daß der Kernste zu Boden geschmettert wurde und in eine Fundamentgrube stürzte. Er wurde sofort aus der Grube herausgeholt, doch mußte ein herbeigerufener Arzt bei ihm leider den Tod feststellen. Der Schädel war dem Unglücklichen fast vollständig zerschmettert worden.

Potsdam.

Der Zusammenbruch der Baufirma Hohbe, welche vor mehreren Jahren die sogenannten Stieffens Wiesen als Baugelände erschlossen hat, scheint nun doch ein endgültiger zu sein. Die Stadtgemeinde Potsdam hat mehrere Male bei einer Finanzierung des Unternehmens mitgewirkt. Vor circa Jahresfrist kaufte sie der

Firma sämtliche noch vorhandenen unbauten Terrains ab, wovon sie einige, infolge ihres ungünstigen Baugrundes, nicht wieder los werden wird. Erst vor kurzer Zeit stellte sie der Firma mehrere Hypotheken zur Verfügung, die Oberbürgermeister selbst kaufte für sich ein Grundstück in der Wehlerstraße. Es half alles nichts. Am Sonnabendmittag stellte die Firma die Zahlungen ein und circa 150 Handwerker und Arbeiter wurden entlassen. Die Arbeiter sollen noch einmal nach acht Tagen anfragen, da man immer noch hofft, den Betrieb wieder weiter zu führen. Der Zusammenbruch der Firma selbst wird am kommenden Freitag die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen und es wird sich dann zeigen, ob und wie weit der Stadtgemeinde selbst ein Schaden erwachsen wird.

Die Konsumgenossenschaft „Vereinigung“ für Potsdam und Umgegend hat im letzten Geschäftsjahr gute Fortschritte gemacht. Der Umsatz fiel um 41 108 M. (von 110 619 M. im Vorjahre auf 152 027 M.). Die Mitgliederzahl vermehrte sich um 106. In nächster Zeit wird die Genossenschaft in Gemeinschaft mit dem Konsumverein Rowata eine eigene Wäckererei errichten.

Ertrunken ist am Sonnabendabend die im Restaurant Fremdenkassetteinzel beschäftigte Schwägerin des Besitzers. Sie fiel beim Ausgießen von Wirtschaftswasser in die Havel und, ohne daß der Vorfall beobachtet wurde, ertrank sie in den Fluten. Die Leiche wurde am Sonntagvormittag von Fischern geborgen.

Vermischtes.

Ueber das Unwetter in Thüringen wird uns noch aus Jena geschrieben: Am Sonnabendmittag ist in der Gegend zwischen Weimar, Blankenhain, Jena und Bürgel ein Wollenbruch niedergegangen, der nicht nur ungeheuren Materialschaden verursachte, sondern auch viele Menschen in Lebensgefahr brachte und einige schwer verletzte. Am schlimmsten ist Jena heimgesucht worden. Feuerwehre, Sanitätskolonne und das 94. Infanterieregiment waren bis in die Nacht hinein in angelegentlichster Tätigkeit. In der vom Volkshaus abgehenden Talstraße sind drei Häuser buchstäblich weggerissen worden. Sieben andere mußten gestürzt werden, um sie vor den Wasserfluten zu schützen. Für mehrere Frauen und Kinder aus den geschädigten Häusern machte sich die Ueberführung ins Krankenhaus nötig. In den tiefer gelegenen Stadtteilen Jenas stand das Wasser einen Meter hoch. Der Stadtpark „Paradies“ glich einem See. An mehreren Stellen ist das Straßenpflaster aufgerissen worden. Der Straßenbahnbetrieb mußte eingestellt werden. Die Bahnlinie Jena—Eisenberg—Grossen konnte nicht mehr befahren werden. Auf der Saalbahn wird der Verkehr durch Umsiegen aufrechterhalten, weil bei Station Vorstendorf der Bahndamm völlig weggeschwemmt wurde. Auf der Linie Weimar—Gera hatten die Jäger erhebliche Verpämungen. Die Umgegend hat ebenfalls schwer gelitten. In Magdala wurde das Rathaus durch die Wasserfluten zerstört. Kartoffeln und Futterrüben sind von den Feldern weggespült worden und alles gemähte Grummet wurde fortgeführt. Die ältesten Leute erinnern sich nicht an ein Unwetter von ähnlichem Umfange. Viele Leute sind ruiniert und um ihre ganze Hab und Gut gebracht.

Vom Eisenbahnzuge abgestürzt und getötet ist auf der Fahrt in die Heimat zwischen den Stationen Einzig und Remagen der Postkutscher Wilhelm Schöne aus Düßeldorf, der bei der 8. Kompanie des 2. elsässischen Infanterieregiments Nr. 187 in Hagenuau diente. Wie man uns mitteilt, fuhr der Zug, der die Reservisten in die Heimat bringen sollte, am Freitag früh 5 Uhr ab und traf abends 10 Uhr in Köln ein. Eine Reihe Wagen waren ohne Aborte. Infolge der langen Fahrt mußten daher eine Anzahl der Reservisten ihre Bedürfnisse von der Plattform aus befriedigen. Der Verunglückte ist ein Opfer dieses Umstandes geworden.

Es ist unternehmlich, daß die Eisenbahnbeförderung für eine so lange Fahrt überhaupt Wagen ohne Aborte einstellen läßt.

Auf der Straße ermordet. Einer Meldung aus Bremen zufolge wurde vorgestern Abend 6 1/2 Uhr die unerschrockene Maria Wlad auf offener Straße — in der verlängerten Molerstraße — durch mehrere Schüsse in den Hinterkopf getötet; dann raubte der Täter eine Kassetten mit 9—400 M. Inhalt und entflo.

Ein Schneezug von einem Felssturz betroffen.

Der Schneezug Gals—Vogen—München, der fahrsamäßig nachmittags 4 Uhr in München eintrifft, ist, wie eine Meldung aus München besagt, infolge eines Felssturzes, von dem er zwischen Walddruch und Klaffen betroffen wurde, mit 80 Minuten Verspätung in München eingetroffen. Von den verabschiedeten Feldmassen wurden 4 Wagen so schwer beschädigt, daß sie abgehängt werden mußten. Der übrige Teil des Zuges fuhr nach Jandobrad—München weiter, verletzt wurde niemand.

Freie Jugendorganisation. Trebbin. Baumfällungsweg. Mittwoch, den 29. September, abends 8 Uhr, im Lokal von Erbe, Baumfällungsweg, Baumfällungsweg 14 (Ecke Ernststraße) Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Vetter: Die Erziehung zum Lebenskampf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag. Zufuhr stark, Geschäft regt, Preise für Kalbfleisch ansehend. Bild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Schlacht: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise ungewandelt. Gemüse, Obst und Säfte: Zufuhr meist reichlich, Geschäft lebhaft, Preise gedrückt.

Witterungsüberblick vom 27. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft 6 u. 9 Uhr	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft 6 u. 9 Uhr
Stettin	762	NO	3	bedeckt	13	Liparanda	767	W	3	wolkig	6
Darmstadt	764	NO	2	bedeckt	13	Berchtesgaden	769	D	3	wolkig	8
Berlin	763	NO	2	bedeckt	13	Schiff	767	NO	3	bedeckt	13
Frankfurt a. M.	764	NO	1	wolkig	12	Worms	768	NO	1	bedeckt	8
München	764	NO	3	bedeckt	13	Garis	766	W	2	bedeckt	13
Wien	763	NO	2	bedeckt	13						

Wetterprognose für Dienstag, den 28. September 1909. Heiligabend, zeitweise auflockernd, aber vorherrschend wolkig bei mäßigen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 9. 1909.		am 27. 9. 1909.		
	cm	mm	cm	mm	
Remel, Elbe	122	0	129	+7	
Tegel, Ankerberg	-85	+4	Havel, Spandau	33	-6
Stiefel, Elbe	46	+4	Havel, Rathenow	33	+2
Oder, Rathenow	40	-5	Spree, Spremberg	66	0
• Krosen	65	-1	Weser, Verden	50	+4
• Frankfurt	62	-1	Weser, Minden	-64	+1
• Schwarm	92	-1	Weser, Bielefeld	31	-9
• Landsberg	-12	+2	Weser, Marienhausen	305	+5
• Bredde	-20	-1	Weser, Bielefeld	174	-8
• Eibe, Reimberg	-94	-2	Weser, Bielefeld	175	-7
• Dresden	-162	-2	Weser, Bielefeld	76	+14
• Barba	50	-7	Weser, Bielefeld	—	—
• Magdeburg	61	-3	Weser, Bielefeld	49	+4

• + bedeutet Hoch, — Niedrig, — ? Unterbeug. In der preussischen Weichsel ist weiteres Steigen des Wassers zu erwarten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 28. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Lohengrin. (Anfang 7 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Der eingebildete Kranke.
Deutsches Haus.
Kammerstücke. Der Graf von Gleichen. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater. Paragraphe-Schuster.
Vorläufer. Einer von unsrer Zeit.
Neues. Das Urbild des Tartüffe.
Neues Schauspielhaus. Die Duelle.
Leffing. Des Pizarro Tochter von Stralendorf.
Volkoper. Ein Maskenball.
Thalia. Prinz Duff.
Komische Oper. Der Bildhauer.
Heddel. Hanna Jagert.
Trianon. Pariser Blüten.
Zustpielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Wesken. Der ideale Bauer.
Schiller O. (Kallner-Theater.) Die Hure.
Schiller Charlottenburg. Das Mädchen von Heilbronn.
Friedrich. Wilhelmshöhe. Schauspielhaus. Himmelskinder.
Luisen. Die Herren Söhne.
Vernhard Hofe. Die Jägermeisterin.
Metropol. Galloß II — Die große Revue.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.
Sivola. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Webr. Herrfeld-Theater. Frau Elzams Friseur. Meine-Deine-Tochter.
Gastspiel. Ungerade Tage. Der Deserteur. Cousin Pamoulette. Anf. 8 1/2 Uhr.
Palast. Großstadtzauber. Spezialitäten.
Hoads Theater. Am Jrenhanje. Vainage. Spezialitäten.
Volksgarten. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haverland-Theater. Spezialitäten.
Cafino. Onkel Gohn.
Prater. Einer von unsrer Zeit.
Urania. Taubentrache 48/49. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Invalidenth. 57/58.
Lessing-Theater. 8 Uhr: Des Pizarro Tochter von Stralendorf.
Mittwoch, 8 Uhr: Die Gefährtin.
Dienstag: Ganneles Himmelfahrt.
Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsrer Zeit.
Morgen: Einer von unsrer Zeit.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Das Urbild des Tartüffe.
Freitag zum erstenmal:
Ein königlicher Spaß.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr: Der ideale Bauer.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr, halbe Preise:
Ein Walzertraum.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 28. September, Anf. 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Hinrich Lornsen.
Mittwoch: Der Widerspenstigen Zähmung.
Donnerstag: Hinrich Lornsen.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Größte in 3 Akten von Davis und Updell.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 3. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Kümmere Dich um Amelia.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Man soll keine Briefe schreiben.
Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
Zum erstenmal:
Ein Maskenball.
Oper in 5 Aufzügen v. Giuseppe Verdi.
Anfang 8 Uhr.
LOISEN-OPERN-THATER
Abends 8 Uhr:
Die Herren Söhne.
Sollstück in 3 Akten von Kallner und L. Stein.
Mittwoch: Von Heden die Gähliche.
Donnerstag: Welches Opern-Gastspiel: Das Mädchen des Eremiten.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

ROSE-THEATER

Große Hauptstr. Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Jägermeisterin.
Sollstück in 4 Akten von Charlotte Eylergaard.
Mittwoch: Im Café Noblesse.

Gastspiel-Theater

Röpenider Straße 87/88.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die keusche Toilette.
Cousin Pamoulette.

Passage-Theater.

Das führende Variété-Programm Berlins!
Claire Waldoff.
Lucie König.

The Monte-Carlo-Girls

und 12
Variété-Attraktionen!!!

Passage-Panoptikum.

Täglich zu sehen: Die Traum-Malerin
Wilhelmine Asmann
Bilder aus d. Jenseits!
Malsitzungen im Trance
finden tägl. v. 11-1 U.
u. von 3-1/2 U. statt.
Zutritt jederzeit.
Ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf. Kind., Soldaten 25 Pf.

Apollo Theater

Nur noch 3 Tage!
9 1/2 Uhr: SÉVERIN
in Conscience.
Vorher die glänzenden Attraktionen mit Humpsti-Bumsti, Emir, d. lachende Wunderpferd, Gebr. Schwarz usw.
Freitag, den 1. Oktober Premiere: Tohuwabohu.

WINTERGARTEN

Letzte Woche!
des abwechslungsreichen sensationellen Eröffnungs-Programms!
Metropol-Theater.
Zum 11. Male:
Halloh!!
Die große Revue!!
Humorist.-satir. Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Willy Bishop.
Madge Lessing. Fritzl Nassary.
Jos. Giampleto. Guido Thielcher.
K. Plann. M. Kettner.
Ida Perry. W. Bishop usw.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Kallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Käthechen v. Heilbronn
Großes historisches Mitternachtspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Brauerei Friedrichshain

Am Königtor.
Heute Dienstag und folgende Tage:
Der Luftballon ins Reich des Humors
veranstaltet von dem berühmtesten Feuilletonisten
Schorsch Ehrengreber
mit seiner Delikatessengruppe aus München.
Extra stark gebr. Bier in v. oberbayr. Maß in fern. Tanzkränzchen. — Belustigungen usw.
Anfang 7 Uhr. Entree 20 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.

Herrfeld Theater

Kommandantenstr. 57. T. N. 4, 5083.
Die erfolgreichsten Nach-Komödien.
Meine-Deine-Tochter
Frau Elzams Friseur
mit Anton und Donat Herrfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Zum 25. Male:
Großstadtzauber
mit Dir. Rob. Dill in der Hauptrolle.
Dazu das kolossale ersteklassige Spezialitäten-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf. bis 2 M.
Vorzugsarten überall zu haben.

Casino-Theater

Vollreiner Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Düffel Gohn
Düffel Gohn
Düffel Gohn
Düffel Gohn
Düffel Gohn
Sonntag 4 Uhr: Familie Kliefert.

Sanssouci, Kottbuser

Straße 9.
Direktion Wilhelm Kolmer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Große Elite-Soiree
von Hoffmanns Nordd. Sängern
Tanzkränzchen.
Neues hochakt. Programm.
Beginn Sonnt. 5, wochent. 8 Uhr.
Mittwoch, 6. Okt.: Theaterabend.

Freibank für den Gemeindebezirk Berlin

Die bisher Gärliczer Str. 70 befindliche Freibank-Verkaufsstelle wird mit dem 1. Oktober nach Manteuffelstr. 74, Ecke Reichenberger-Straße verlegt.
231/3

Borsigwalde, Großstr. am 2. Oktober Ernststraße 3 ein

Barbier- und Friseurgeschäft.
Jeder Herr erhält auf Wunsch eigenes Rasierzeug u. Wäsche. Um gütigen Zuspruch bittet Karl Matzenauer, Friseur und Haarl. gepöhl. Gellgelte. Lang. Verbandmitgl. der Friseurgehilfenorganisation. 10295

Möbel auf Teilzahlung

(geringe Anzahlung) M. Goldstaub
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
Ecke Gneisenaustraße.
Kein Abzahlungsgeschäft!

Möbel

Anerkannt größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN
brauchen Vergleiche mit anderen und vielfach teureren Marken nicht zu scheuen. Die sorgfältigste Nachprüfung ihrer Eigenschaften kann auch dem schärfsten Kritiker nur Veranlassung geben, dem allgemeinen guten Urteil über ihren erstklassigen Charakter zuzustimmen. Der Kenner weiß, dass er bessere Qualitäten in keiner anderen Marke findet und jeder Raucher, der sie noch nicht geprüft, wird sich schon bei dem ersten Versuch davon überzeugen, dass er etwas Besseres für sein Geld in keinem anderen Fabrikat erhalten kann.
Josetti-Juno m. u. o. Mundstück
10 Stk. 20 Pf.

JOSETTI CIGARETTES

JOSETTI CIGARETTES

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, 28. September, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
The Arleys
mit ihren großartig dressierten ballspielenden Hunden.
15schottisch.Hochländer
in ihren militärischen Evolutionen.
Jim und Jam,
die Hefomischen.
Mme. de Bainville
aus Paris mit ihren Freiheitspferden.
Ritter v. Renroff mit seinen neuesten Original-Schulakt
„Pferd und Ballerina“
sowie die übrigen Attraktionen.

Karl Haverland Theater

77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang präzis 8 Uhr.
Das Neueste vom Neuesten
sind die wunderbaren
14 September-Spezialitäten.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 10-20, Rosenthal-Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen
September-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.
Jeden Sonntag u. Mittwoch:
Große Soiree der Apollo-Sänger.
Sonnt. Anf. 7 Uhr, Mittwoch 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.
Jeden Donnerstag: Elite-Ball.
Dienstag, den 5. Oktober:
Der Barbier von Sevilla.

W. Noacks Theater

Oranienstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Sensationell! Hochaktuell!
Im Jrenhanje.
Sensationsschauspiel in 5 Akten.
Anfang 7 1/2 Uhr: Der
Sonntagabend: Gastspiel Margarete Herke von Darmen: Mutterliegen.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 28. September, abends 7 1/2 Uhr präzis:
Gala-Abend!
U. a.: Die Inländer in ihr Sportspielen und Künsten der Selbstvertheidigung. Ferner: Herr Georg Burkhardt-Foottit, Schulleiter a. d. neudressierten irischen Wallach Boy.
Um 9,30 Uhr ca.: Farmerleben!
Gr. Original-Manegechausé d. Zirkus Busch in fünf Bildern. Besonders hervorzuheben zum Schluss: Mr. Eugen mit seinem Eindecker Aeroplan.
Sonntag, den 3. Oktober, nachm. 4 Uhr, wird der 2. Akt aus der sensal. Pantomime Farmerleben gegeben.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.
Volksgarten-Theater
(früher Weimanns.)
Badstraße 8, Bellermannstraße.
Heute Sonntag, den 26. Septbr.:
Rongert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.

Theater des Südens.

Dresdener Str. 97 a. d. Prinzstraße.
Künstlerpech
oder: Meine Nichte — Ihre Nichte.
Wolle von Max Leuter, Wulf von F. Gerlach.
Anf. Sonnt. 8 Uhr, wochent. 8 1/2 Uhr.
Loge 3.—, Parterre 2.—, 1. Par. 1.50.
Entree 0.50. 15045*

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Anfang:
Wochent. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Möbel

Polsterwaren, fertige Küchen
halb umsonst
auf Abzahlung
und gegen bar
lieferen an Jedermann
ohne Ausnahme.
100 bessere und billige
Wohnungs-Einrichtungen
von 150-500 Mk.
Anzahlung 15 M. an.
Einzelne Möbel
schon 5 M. an.
alten Kunden ev. auch
ohne Anzahlung.
Ferner empfehle Herren- u. Damen-Garderobe, Pelz-Stolas, Muffen, Leib- u. Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Portieren, Gardinen, Bilder, Uhren, Gas- und Petroleum-Kronen, Sport- und Kluderwagen
wöchentlich 1 M. an.
Möbel- und Waren-Kredit-Haus
S. Dorn
Alte Schönhauser Str. 3
Ecke Linienstraße
am Tor.

S. Dorn

Alte Schönhauser Str. 3
Ecke Linienstraße
am Tor.

BOHMISCHES BRAUHAUS

Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen, Kanzen und Syphon.
Tel. VII, 4023, 93, 90.



JLA : Frankfurt a. Main

3. bis 10. Oktober 1909:

Internationale Fliegerwoche

unter Beteiligung Erster Aviatiker

Preise und Garantien 300 000 Mark.

257/1

Engelhardt aramel-Bier

Das beliebteste
alkoholarme Spezialbier

Ueberall käuflich

Blaues Etikett — gesetzlich geschützt

Sofastoffe

Rosenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquetts.
Plüsch-Sattelstaschen.

Zimmer und Treppen
Läuferstoffe

Kokos Haargarn, Velour etc.
Muster beinaheher franko.
Angabe

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Mein neuer Pracht-Katalog
mit ca. 650
Abbildungen gratis u. franko.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei dem Hinscheiden un-
seres teuren Entschlafenen, des Gast-
wirts

Karl Barnack

sage allen denen, die so regen Anteil
genommen haben, im Namen der
Hinterbliebenen herzlichsten Dank.

September 1909.
Pauline Barnack geb. Uhlig
nebst Kindern.

Dankagung.

Sage allen, die meinem lieben
Nann, dem Tapezierer

Franz Wulf

die letzte Ehre erwiesen, insbesondere
Herrn Weiss sowie den Bekannten
und Kollegen, die mir während der
Krankheit meines Mannes hilfreich
zur Seite gestanden haben, dem Ver-
band der Tapezierer, der Freien
Hilfskasse der Tapezierer, den Kollegen
der Firma Weiss auf diesem Wege
meinen herzlichsten Dank.

Frau Wulf, Wilmstr. 24.

Für die herzliche Teilnahme und
zahlreichen Kränzchen bei der Be-
erdigung unserer ungeliebten
Tochter Gertrud sagen wir allen
Beteiligten sowie dem Gefangsverein
„Vorwärts“ unseren tiefgefühlten Dank.

26182 Paul Tischer nebst Frau.

Orts-Krankenkasse
der Kürschner und
verwandt. Gewerbe
zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung
der Delegierten

am Mittwoch, den 29. September,
im Alten Schützenhaus, Wilmstr. 5.
In getrennter Versammlung abends
Punkt 8 Uhr: Versammlung
der Arbeitgeber.

Tages-Ordnung:
1. Erwahlung eines Vorstands-
mitgliedes bis Ende 1910. 2. Re-
wahl eines Vorstandsmitgliedes auf
3 Jahre. 278/3

Um 8 1/2 Uhr: Versammlung
der Arbeitnehmer.

Tages-Ordnung:
1. Erwahlung eines Vorstands-
mitgliedes bis Ende 1911. 2. Re-
wahl von zwei Vorstandsmitgliedern
auf 3 Jahre.

Um 9 1/2 Uhr: Gemein-
schaftliche Versammlung
mit folgenden Punkten:

1. Verlesung des Protokolls. 2. Wahl
von drei Revisoren zur Prüfung des
Jahresabschlusses. 3. Berichterstattung
vom Kongress. 4. Einführung einer
Gehaltskala für die Beamten laut
Beschluss der General-Versammlung
vom 22. April 1909. 5. Sonstige
Kassenangelegenheiten.

Um pünktliches Erscheinen wird
dringend ersucht.

Die zugesandte Einladung
legitimiert, ohne dieselbe kein Einlass.
Der Vorstand.

C. Fritze, Berl., Köpenicker Damm 95.

Sozialdemokratisch. Wahlverein

des

6. Berl. Reichstagswahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 25. September verstarb
unser Mitglied, der Grünfram-
länder

Gottfried Schulz

Wilmstr. 126a.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 29. d. M., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle
des Philippus-Kloster-Friedhofes,
Käferstraße, Ecke Gertrude, aus
statt.

Um rege Beteiligung ersucht
231/6 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags- Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 24. September verstarb
unser Mitglied, Frau

Marie Briedenhagen

Stolpstr. 39.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 28. September, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bethemann-Kirchhofes
in Nieder-Schönhausen-Kordens
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
231/5 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 25. September verstarb unser
Mitglied, der Wilmfrämder

Paul Weigt

Wilmstr. 29.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 28. September,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Delandtschhofes,
Pöhlgenstr., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
231/7 Der Vorstand.

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse

d. deutsch. Drechsler u. Berufsg.

(C. S. 86 Hamburg.)

Vorwärtungstelle Berlin A.

Nachruf.

Den Mitgliedern hiermit zur
Nachricht, daß unser Mitglied

Gustav Habbigt

am 21. September verstorben ist.

Die Beerdigung hat bereits am
Sonntag, den 25. September,
stattgefunden.

259/1 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Stukkateure

Deutschlands.

Am Sonntag, den 25. Sep-
tember, starb nach langem Leiden
der Kollege

Paul Meißner

im Alter von 37 Jahren. (174/10)

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 29. September,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Bethemann-Kirch-
hofes, Kordens, aus statt.

Rege Beteiligung erachtet
Die Ortsverwaltung.

Luise Strentzsch

geb. Rodewald

im 24. Lebensjahre. 26192

Die Beerdigung findet am Mit-
woch, den 29. d. M., nachmittags
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Linden-Kirchhofes, Neuer Färber-
brunnen Weg, Westend, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung bitten
Die Hinterbliebenen.

Charlottenburg, Helmholzstr. 14.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Be-
kanten zur Nachricht, daß meine
liebe Frau, unsere gute Mutter,
Schwägerin und Tante, Frau

Martha Iglar

geb. Schneider

am 26. September nach schweren
Leiden sanft entschlafen ist.

Dies zeigt tiefbetraut an

Richard Iglar nebst Söhnen.

Die Beerdigung findet Mit-
woch, den 29. September, nach-
mittags 4 Uhr, in Ahrensfelde
statt.

Die
siegende Sonne

AUTOMORS
desinfiziert
geruchlos
giftfrei!

AUTOMORS
besitzt die
5fache Stärke
der
KARBOLSAURE

Erhältl. in Apothek. u. Droger.
100 250 500 Gramm
0,50 1,75 3.— Mark
Bei Ballonbestellen für ge-
werbliche Betriebe und für
die Landwirtschaft wolle
man Preise einfordern

Gehr. Heyl & Co., A.-G.
Charlottenburg

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Wir kochen
braten
backen mit
PALMIN

Des Freisinn „Lehrerfreundlichkeit“ in „bengalischer Beleuchtung“.

Dem Berliner Stadtfreisinn beginnt Gange zu werden vor den Folgen der „Lehrerfreundlichkeit“, die er bei der letzten Neuregelung der Volksschullehrergehälter bekundet hat.

Der Verfasser bemüht sich, die „Lehrerfreundlichkeit“ des Berliner Stadtfreisinn und insbesondere des Stadtverordneten Cassel möglichst vorteilhaft zu beleuchten.

Amüsant ist, wie da in dem Streit um die Ortszulage die Verteidigung geführt wird. Wenn im Landtage freisinnige Abgeordnete für Erhöhung der Höchstgrenze der Ortszulage eingetreten seien, so sei damit nicht die Zusage übernommen worden, daß sofort in den Gemeinden die Erhöhung bis zur Höchstgrenze eingeführt werden sollte.

Daß übrigens dem Beschluß der Schuldeputation, der in dieser Frage dem Magistrat und der Stadtverordnetenmehrheit als Grundlage diene, die in der Schuldeputation sitzenden „drei

Volksschullehrkräfte“ (so steht's im Artikel) zugestimmt haben, ist unwar. „Drei“ waren's auf keinen Fall; diese irzige Meinung wurde hervorgerufen schon durch eine Casselsche Äußerung in der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Juni und wird nun aufs neue bestärkt durch die von der „Freis. Ztg.“ veröffentlichte Darstellung, daß der grundlegende Beschluß der Schuldeputation einstimmig gefaßt ist und an diesem einstimmigen Beschluß auch drei Volksschullehrkräfte mitgewirkt haben.

Für die Ortszulage hat im Rathaus Herr Cassel sich als Premier betätigt. Der Artikel unterläßt es, auf diesen seinen Anteil an der neuesten Leistung des Kommunal Liberalismus ausdrücklich hinzuweisen. Dafür preist er um so lauter die Verdienste, die Herr Cassel sonst sich um die Lehrerschaft erworben habe.

Abg. Cassel ist sicherlich zu allen Zeiten von den besten Gesinnungen für die Schule und die Lehrkräfte befeelt gewesen und hat in sehr ausgiebiger Arbeit und Bemühung an allen Verbesserungen auf diesem Gebiete mitgewirkt.

Abg. Cassel hat sich zweifellos auch große Verdienste um das Zustandekommen des neuen Lehrerbefolgungsgesetzes erworben, das zu den jetzigen Verbesserungen in den Gemeinden Anlaß gegeben hat.

Wiedergegeben wird auch eine ihm überhöchlich huldbigende Notiz, die in der „Pädagogischen Zeitung“ vom 10. Juni 1909 zu

seinem 60. Geburtstag veröffentlicht wurde und ihm seine „hin- gebende Arbeit für eine würdige Gestaltung der Berliner Gehaltsverhältnisse“ attestierte.

Wenn man sich nun Herrn Cassel zuwendet, so muß man zunächst daran erinnern, wie er in der Stadtverordnetenversammlung mit Genehmigung sich selbst bezeugt hat, daß er den Dank der preussischen Lehrerschaft verdient habe und gewillt sei, für das Wohl der Lehrer weiterzuarbeiten.

Diesem Freisinnführer wurde dann in der Diskussion sogar von einem seiner intimen Parteifreunde „Doppelspiel“ vorgeworfen. Und einer der Diskussionsredner brachte so die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck:

„Wer hat im Abgeordnetenhaus am schärfsten den Stadtschen Bremserlaß bekämpft? Herr Cassel. Wer hat sich im Abgeordnetenhaus am lebhaftesten gegen die Grenze von 900 M. für die Ortszulagen gewandt und ist für mindestens 1000 M. Ortszulage eingetreten? Herr Cassel.“

Eine wirksame Antwort auf den neuen Millionen-Steuer-Raub ist für denkende Arbeiter und ihre Frauen der Beitritt in die Schutzorganisation der Konsumenten: Hinein in die Konsumvereine!

Die Propagandakommission zur Förderung des Genossenschaftswesens für Berlin und Umgegend.

Für die Gewerkschaften: Eugen Brückner. C. Giebel. Kari Hetzschold. Adolf Ritter. E. Wutzky. Für die Genossenschaften: M. Hoppe. R. Junger. C. Mücke. Aug. Winter.

Mitglieder werden in nachstehenden Verkaufsstellen jederzeit aufgenommen:

- Adlershof (Konsumgenossenschaft): Bismarckstr. 11. Alt-Gliencke, Köpenicker Str. 32. Bohnsdorf, Straße 1. Erkner, Königstr. 55. Friedrichshagen, Friedrichstr. 98. Grünau, Königstr. 2. Johannisthal, Bismarckplatz 6. Ober-Schöneweide, Edisonstr. 48. Louisenstr. 12. Berlin (Bäckerei-Genossenschaft): Glogauer Str. 28. Böklerstr. 30. Yorkstr. 65. Hohenlohestr. 18. Berlin O.: Markusstr. 37. Zorndorfer Str. 61. Lößigstr. 7. Kopernikusstr. 33. Stralauer Allee 20a. Berlin NO.: Böttzowstr. 34. Winstr. 63. Kochhannstr. 14. Büschingstr. 12. Berlin SO.: Forster Str. 20. Michaelikirchplatz 4. Berlin: Forster Str. 20. Rixdorf, Falkstr. 1. Steinmetzstr. 109. Issarstr. 11. Britz (Käuferverein): Britz, Werdener Str. 31, Ecke Rungiusstr. Charlottenburg (Konsumverein): Wallstr. 23. Tauroggenstr. 10. Potsdamer Str. 12. Weimarer Str. 29. Wilmsdorf, Wilhelmstr. 27. Charlottenburg: Christstr. 18 (Bäckerei). Bleibtreustr. 21. Bäckerei-Verkaufsstellen. Cauerstr. 27. Königs-Wusterhausen (Konsum-Genossenschaft): Berliner Str. 26. Nowawes-Neuendorf (Konsumverein): Nowawes, Priesterstr. 29. Wilhelmstr. 60. Neuendorf, Ziothenstr. 16. Drewitz, Sternstr. 10. Potsdam (Konsumgenossensch. „Haffnung“): Potsdam, Junkerstr. 15. Victoriast. 71. Bornstedt, Kaiser-Wilhelm-Str. 32. Spandau (Konsumverein „Merkur“): Mittelstr. 13. Tegel (Konsumverein): Tegel, Schlieperstr. 70. Borsigwalde, Schubertstr. 21. Hermsdorf, Berliner Str. 15a. Reinickendorf, Eichbornstr. 16. Waidmannslust, Freie Scholle. Wilhelmsruh, Prinz-Heinrich-Straße, Ecke Linden-Allee. Zehlendorf (Konsum-, Produktiv- und Sparverein): Teltower Str. 1. Berlin N.: Toristr. 28a. Antwerpenerstr. 4. Willdenowstr. 30. Maxstr. 13a. Prinzen-Allee 85. Swinemünder Str. 44. Hussitenstr. 53. Gartenstr. 3. Greifenhagener Str. 84. Schivelbeiner Str. 9. Berlin W.: Goebenstr. 17, Ecke Culmstraße. Berlin SW.: Zimmerstr. 22. Arndtstr. 5. Berlin NW.: Erasmusstr. 5. Hostocker Str. 35. Emdener Str. 50. Stendaler Str. 5. Berlin S.: Gräferstr. 65. Alte Jakobstr. 57-59. Weißensee: Langhansstr. 144/145. Lichtenberg: Bürgerheimstr. 102. Kronprinzenstr. 1. Rummelsburg: Türschmidtstr. 6. Wismarplatz 3. Karlshorst: Gundelälinger Str. 51. Rixdorf: Weisestr. 62. Emsenstr. 33. Wildenbruchstr. 61/62. Rixdorf: Friedelstr. 15. Böhmisches Str. 47. Reinickendorf O.: Hoppestr. 16. Tempelhofer: Berliner Str. 42/43. Mariendorf: Kaiserstr. 110. Schöneberg: Apostel-Paulus-Str. 40. Gothenstr. 1. Friedenau: Meselstr. 7. Friedrichsfelde: Capriviallee 41.

Die Verkaufsstellen sind geöffnet von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends.

Turmstr. 76 Warenhaus

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

Lachmann & Scholz doppelte Rabattmarken



